

43. Sitzung

am Dienstag, dem 21. Januar 2003

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1955
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1955

Fragestunde

Turnhallengelände der Bürgermeister-Smidt-Schule

Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen vom 14. Januar 2003

Die Grünen vom 14. Januar 2003	1955
--------------------------------------	------

Aktuelle Stunde	1956
------------------------------	------

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Arbeit und Gesundheit	1956
--	------

Bürgernahe Verwaltung voranbringen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 22. Oktober 2002

(Drucksache 15/634 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. November 2002

(Drucksache 15/653 S)

Abg. Herderhorst (CDU)	1957
Abg. Kleen (SPD)	1959
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	1962
Senator Dr. Böse	1964
Abg. Herderhorst (CDU)	1966
Abg. Kleen (SPD)	1968

Saubere Stadt - Bestehendes Ordnungsrecht nutzen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 18. November 2002
(Drucksache 15/641 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002

(Drucksache 15/664 S)

Lebenswerte Stadt durch Sauberkeit und Ordnung garantieren

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 27. November 2002
(Drucksache 15/654 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2003

(Drucksache 15/666 S)

Abg. Dr. Schuster (SPD)	1970
Abg. Herderhorst (CDU)	1971
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	1974
Abg. Dr. Schuster (SPD)	1976
Senatorin Wischer	1977
Senator Dr. Böse	1978
Abg. Herderhorst (CDU)	1979

**Ausbau des Weserstadions - Mantelbau an der Nordgeraden
Finanzierungs- und Verkehrskonzept, Umfeldmaßnahmen**

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2002
(Drucksache 15/657 S)

Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)	1979
Abg. Gerling (CDU)	1981
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1983
Senator Hattig	1984

Leseförderung für Kinder und Jugendliche

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Dezember 2002
(Drucksache 15/662 S)

Abg. Frau Hövelmann (SPD)	1985
Abg. Rohmeyer (CDU)	1987
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	1989

Senator Lemke	1990
Abstimmung	1992

Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2003

(Drucksache 15/665 S)	1993
-----------------------------	------

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 54
vom 14. Januar 2003**

(Drucksache 15/668 S)	1993
-----------------------------	------

Ökologie muss bei der Abfallsammlung an erster Stelle stehen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. Januar 2003

(Drucksache 15/671 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1993
Abg. Dr. Schuster (SPD)	1994
Abg. Frau Mull (CDU)	1997
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1999
Abg. Dr. Schuster (SPD)	2000
Abg. Eckhoff (CDU)	2001
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	2003
Abstimmung	2004

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Kastendiek, Dr. Kuhn, Leo, Frau Schnakenberg, Dr. Schulte, Frau Wangenheim.

Vizepräsident Ravens

Präsident Weber

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Hannken
Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 43. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Bebauungsplan 2270, Blatt 1 und 2, mit Deckblatt, Blatt 1 und 2
Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtbezirk Bremen-West für bestimmte Gebiete
Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2003
(Drucksache 15/669 S)
2. Bebauungsplan 2278
für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits Krummacherweg zwischen Hausnummern 7 und 8 und öffentlicher Grünanlage
Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2003
(Drucksache 15/670 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Busbahnhof für Fernreisebusse am Breitenweg
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 6. November 2002
Dazu
Antwort des Senats vom 7. Januar 2003
(Drucksache 15/667 S)
2. Neubau eines Heimes an der Anna-Stiegler-Straße
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. Januar 2003

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, die Tagesordnungspunkte fünf und sechs, hierbei handelt es sich um die Großen Anfragen „Saubere Stadt - Bestehendes Ordnungsrecht nutzen“ und „Lebenswerte Stadt durch Sauberkeit und Ordnung garantieren“, miteinander zu verbinden.

Wer mit der interfraktionellen Absprache einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit der interfraktionellen Absprache einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegt eine frist- und formgerecht eingebrachte Anfrage vor.

Diese Anfrage bezieht sich auf das **Turnhallengelände der Bürgermeister-Smidt-Schule**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den geplanten Verkauf des zur Bürgermeister-Smidt-Schule gehörenden Turnhallengrundstücks an der Contrescarpe?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Errichtung eines Turnhallenneubaus auf dem Schulhofgelände vor dem Hintergrund der daraus folgenden Einschränkung der Bewegungsflächen für die Schulkinder und der zukünftigen Planungsmöglichkeiten der Schule?

Drittens: Gibt es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, bei der die zu erzielenden Verkaufserlöse aus der Grundstücksveräußerung den Kosten eines Turnhallenneubaus gegenübergestellt werden, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Im Rahmen der Bestandsoptimierung des bremischen Immobilienvermögens prüft auf Anregung der Senatoren für Bau und Umwelt und für Bildung und Wissenschaft der Senat durch die GBI unter anderem auch, ob das Turnhallengrundstück an der Contrescarpe einer hochwertigen Wohnungsbebauung zugeführt werden kann. Da der Bedarf für eine Schulturnhalle weiterhin gegeben ist, hängt der Verkauf des Grundstücks davon ab, ob für einen Turnhallenneubau ein geeigneter Ersatzstandort gefunden werden kann und ob eine Verlagerung wirtschaftlich ist. Die Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zu zwei: Eine der zu prüfenden Optionen ist ein Turnhallenneubau auf dem Schulhofgelände. Bei der Abwägung der Alternativen wird auch die Beschränkung der Bewegungsflächen für die Schüler als ein Aspekt zu berücksichtigen sein.

Zu drei: Es gibt bisher nur erste grobe Schätzungen zur Höhe des erzielbaren Verkaufserlöses sowie zu den Kosten eines Turnhallenneubaus. Eine Verlagerung der Turnhalle setzt voraus, dass die Grundstückserlöse mindestens ausreichen, um die Kosten eines Turnhallenneubaus zu finanzieren.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin etwas überrascht, Herr Bürgermeister! Ich hätte eigentlich die Bausenatorin oder auch den Bildungssenator hier erwartet.

(Widerspruch bei der SPD)

Sind Sie denn mit dem Kollegen Lemke einig über einen möglichen Abriss der bestehenden Turnhalle und einen Neubau auf dem vorhandenen Schulgelände gerade vor dem Hintergrund, dass man doch allgemein sagt, Kinder brauchen Bewegungsfreiheit, und wie ist das damit zu vereinbaren, dass ein jetzt sehr schön gestalteter Schulhof möglicherweise dann einem Neubau weichen muss?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Frau Abgeordnete, ich habe das eben vorgetragen! Meine Zuständigkeit, weil Sie das indirekt angefragt haben, ergibt sich daraus, dass der Senator für Finanzen für die Gesellschaft Bremer Immobilien zuständig ist. Die Gesellschaft Bremer Immobilien arbeitet im Auftrag des Senats und der Ressorts und prüft das, was die Ressorts in diesem Bereich für die Sanierung und Flächenoptimierung anbieten. Ein solches Angebot ist gemacht worden, und die GBI ist beauftragt worden, das zu prüfen und dafür die ökonomisch-wirtschaftlichen und fachlichen Rahmenbedingungen zusammenzutragen, damit eine Entscheidung zu diesem Thema getroffen werden kann.

Diese Arbeit ist nicht abgeschlossen. Deshalb macht es relativ wenig Sinn, nachdem die Gesellschaft, die das fachlich aufarbeitet und dies noch nicht abgeschlossen hat, dass ich jetzt mit Ihnen in eine Diskussion darüber eintrete, ob das nun alles geht oder ob das nicht geht. Wenn das Ergebnis vorliegt, werden wir das gemeinsam zu entscheiden haben. Wir werden Sie dann natürlich

auch über das Ergebnis der Prüfung durch die GBI unterrichten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Aber Sie sind hoffentlich mit mir einer Meinung, dass bei einem geplanten oder gedachten Abriss einer vorhandenen Sporthalle sehr sorgfältig abgewogen werden muss, gerade auch vor dem Hintergrund der Debatten, Pisa nenne ich einmal als Stichwort, und was auch in der Stadt allgemein diskutiert wird, wie man das Bildungswesen reformieren kann, Stichwort sechsjährige Grundschule, Ganztagschule! Dies alles wird hoffentlich auch in Ihre Erwägungen einbezogen, bevor man so einen, aus meiner Sicht, unsinnigen Vorschlag hier macht.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Die GBI wird ihrerseits eine Stellungnahme erarbeiten, und darüber wird der Senat entscheiden, wenn wir unter den zuständigen Ressorts eine Entscheidung herbeiführen. Wir werden mit Sicherheit all das, was Sie in Ihrer Frage fragend darstellen, auch berücksichtigen, weil das natürlich auch der Sinn dieser Untersuchung ist. Ob es Sinn macht, kann man dann beantworten, wenn die Prüfung beendet ist.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Krusche** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke! Ich werde zu gegebener Zeit noch einmal nachfragen!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist der Tagesordnungspunkt eins erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Arbeit und Gesundheit

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bürgernahe Verwaltung voranbringen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 22. Oktober 2002
(Drucksache 15/634 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. November 2002 (Drucksache 15/653 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse und Bürgermeister Perschau.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Herr Bürgermeister Perschau und Herr Senator Dr. Böse, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, so dass wir dann in die Debatte eintreten können.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die große Koalition in Bremen hat Verwaltungsreform seit 1995 praktiziert und hat Reformen realisiert. Die Ankündigungen in den Koalitionsvereinbarungen von 1995 und 1999 sind zu fast 100 Prozent umgesetzt worden. Ich meine, das ist ein Wert, der nicht hoch genug einzustufen ist. Lediglich ein Punkt fehlt in diesem Katalog, und auf den komme ich gleich noch zu sprechen.

Meine Damen und Herren, Bremer Verwaltungsreform hat inzwischen bundesweit einen Namen. Es ist gelungen, einen neuen Geist in die Verwaltung zu tragen. Alte bürokratische, obrigkeitliche, bevölkerungsferne Verwaltung gehört inzwischen überwiegend der Vergangenheit an. Dort, wo noch wie eh und je verfahren wird, muss noch Überzeugungsarbeit geleistet werden, aber ich bin sicher, das wird auch noch gelingen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich brauche nicht darauf hinzuweisen, dass die Reformen auch aus dem Zwang zum Sparen und Sanieren entstanden sind. Gleichwohl ist dies positiv zu werten, denn die durchgeführten und noch anstehenden Reformen gehen absolut in die richtige Richtung. Sie sind begrüßenswert, weil sie mit und für die Bürger dieser Stadt, und ich sage auch dieses Landes, gestaltet werden. Die Bürgerorientierung, die Dienstleistung bürgernah und bürgerfreundlich steht an erster Stelle. Bei all diesen Reformen sind und werden die Mitarbeiter der Verwaltung einbezogen, und dies nicht nur auf Grundlage des Verwaltungsreformabkommens.

Auch die so genannte Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung, die in diesem Haus jüngst debattiert wurde, als Ergebnis der Arbeit von Beraterfirmen hat die Reformen erheblich forciert. Darüber hinaus, das sei an dieser Stelle auch einmal gesagt, objektive Beurteilungen von Außenstehenden sind nun einmal eher umzusetzen, als wenn Betroffene in der Verwaltung Reformen planen, denn jeder weiß, an den Ast, auf dem er sitzt, darf er nicht die Säge anlegen.

Der Senat, meine Damen und Herren, hat alle Verwaltungsbereiche und Möglichkeiten im öffentlichen Dienst reformerisch und aufgabenkritisch auf den Prüfstand gestellt. Das, was bis heute daraus resultierte, ist schon beachtenswert. Aber nicht nur der Senat hat sich im Rahmen der Verwaltungsreform mit Riesenschritten bewegt, sondern es gibt auch darüber hinaus eine Bürgerstiftung, die sich unter anderem mit dem Thema Bürgerstadt, also auch mit Verwaltung, auseinandersetzt. Alles in allem sind wir in dieser Stadt auf gutem Wege, in Teilen, was die Modernisierung der Verwaltung angeht, führend in Deutschland.

Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich es an dieser Stelle nicht versäumen, allen in der Stadt und im Lande, die an diesen Prozessen direkt oder indirekt beteiligt sind, für ihr hervorragendes Engagement zu danken.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Koalition hat vom Senat auf ihre Große Anfrage zum Thema „Bürgernahe Verwaltung voranbringen“ eine umfangreiche, detaillierte Antwort erhalten, die im Ergebnis deutlich macht, mit welcher Intensität daran gearbeitet wird, die Verwaltungsreform voranzubringen und dabei die Kundenfreundlichkeit und Serviceorientierung für den Bürger und mit dem Bürger allem voranzustellen.

Die Koalitionsvereinbarung, meine Damen und Herren, das darf man, glaube ich, in diesem Zu-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

sammenhang erwähnen, ist unter der Rubrik Verwaltungsreform bis auf einen Punkt vollständig abgearbeitet, ich habe es gesagt, und im Bereich Ortsämter/Bürgerämter nicht nur erledigt, sondern weit über die eigentlichen Bürgeramtseinrichtungen hinaus zu Dienstleistungszentren entwickelt worden. Ich glaube, dazu können wir uns in der Koalition beglückwünschen, denn derjenige, der Verwaltung und Dienstrecht kennt, weiß, welche schwierige Arbeit bewältigt werden musste und noch muss.

Meine Damen und Herren, ich habe eben gesagt, ein Punkt der Koalitionsvereinbarung ist nicht umgesetzt, und der betrifft das Personalvertretungsgesetz. Wir werden in dieser Legislaturperiode auch wohl nicht mehr dazu kommen, wenn man einmal vom Radio-Bremen-Gesetz absieht. Ich glaube aber, auf Dauer werden wir nicht darum herumkommen, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Personalvertretungsgesetz Schleswig-Holsteins umzusetzen und dann gleichzeitig die Gelegenheit zu nutzen, das Personalvertretungsgesetz zu modernisieren. Auch das ist ein Stück Verwaltungsreform.

Die CDU hat seit langem einen fertigen Entwurf in der Schublade. Die Personalvertretung darf auch nicht außen vor bleiben, wenn es darum geht, Verwaltungsabläufe zu verschlanken. Im Übrigen verweise ich dazu auf die Debatte in diesem Haus vom 26. September 1996, in der die damalige Kollegin Hülsbergen für die SPD-Fraktion erklärte, ich zitiere: „Aber es werden auch für Bremen Konsequenzen gezogen werden müssen.“ Die Kollegin bezog sich dabei eben auf dieses Bundesverfassungsgerichtsurteil.

Meine Damen und Herren, so sehr Reformen auch schon gegriffen haben, man darf nicht übersehen, dass Verwaltung auf der Basis von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Erlassen oder auch Verwaltungsvorschriften arbeitet. Das heißt, ausgewiesene Stellen mit Personal sind notwendig, um Recht umzusetzen, egal, ob Fischereischein, Baugenehmigung, Steuererklärung et cetera.

Alles wird auf der Basis von Rechtsgrundlagen bearbeitet. Deshalb ist nicht nur Privatisierung an den Stellen notwendig, wo nicht zwingend Verwaltung beziehungsweise öffentlicher Dienst tätig sein muss, deshalb muss kontinuierlich an Deregulierung und Entschlackung der Rechtsgrundlagen und dieses Dschungels gearbeitet werden.

Antrags- beziehungsweise Genehmigungsverfahren müssen verkürzt werden, Formulare für jeden Bürger lesbar sein. Hilfreich werden sicher die Servicecenter sein, doch das darf nicht davon ab-

halten, weiterhin deregulierend zu wirken, Bestimmungen befristet gelten zu lassen und so weiter.

Nun, meine Damen und Herren, werden Sie sagen, die CDU will hier den Versuch unternehmen, sich in die Initiative des Fraktionsvorsitzenden der SPD hineinzuhängen und sich unter Umständen an die Spitze der Bewegung zu setzen. Doch weit gefehlt, wie ich Ihnen gleich beweisen werde! Zunächst einmal war ich geradezu begeistert, als der Bericht am 14. Januar im „Weser-Kurier“ erschien: „Verfallsdatum für Verordnungen“. Als ich jedoch den Bericht gelesen hatte, musste ich feststellen: Nichts Neues!

Meine Damen und Herren, zunächst erst einmal zur Historie! Sowohl die Koalitionsvereinbarungen von 1995 sowie 1999 zeichnen klare Ziele der Verwaltungsreform und damit auch der Deregulierung und Privatisierung vor. Die SPD-Fraktion war also beteiligt! Für die CDU war gerade auch die Deregulierung ein großes Anliegen. Im Wahlprogramm der CDU von 1995 ist bereits ein Abschnitt enthalten, der titelt: Deregulierung und Privatisierung in Bremen. Da wurden bereits genau die Zielsetzungen beschrieben, die Eingang in die Koalitionsvereinbarungen fanden und auch umgesetzt wurden. Für die große Koalition von 1995 und 1999 war es dann auch ein Anliegen, Rechtsbereinigungen vorzunehmen. 1996 wurde der Senat aufgefordert, und zwar per Beschluss der Bürgerschaft, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die ein Gesetz zur Bereinigung und Vereinfachung bremischen Rechts und der Verwaltung erarbeiten sollte.

Der Beschluss der Bürgerschaft wurde umgesetzt. Am 16./17. Dezember 1998, also in der Stadtbürgerschaft und im Landtag, gab es Mitteilungen des Senats über das Gesetz zur Bereinigung des Rechts und Vereinfachung der Verwaltung. Ich erspare es mir, die gesamte Debatte zu wiederholen, aber auf eines möchte ich doch verweisen: Es wurden damals 1746 Verwaltungs- und Rechtsvorschriften durchforstet. 500 bis 600 wurden gestrichen oder geändert, alles Landes- oder Kommunalrechtsgrundlagen. Diese Koalition war also entsprechend aktiv, um das zu erreichen, was Herr Böhrnsen nun einfordert. Darüber hinaus wurde von der Arbeitsgruppe des Senats festgelegt, dass die Überprüfung bremischen Rechts kontinuierlich fortgeführt werden sollte. Auch Verfallsdatum, Folgekostendarstellung et cetera, das ist damals alles berücksichtigt worden.

Herr Böhrnsen, ich darf Sie darauf hinweisen, auch wenn Sie damals noch nicht Fraktionsvorsitzender waren, auch die SPD hat das Arbeitsergebnis seinerzeit ausdrücklich gelobt. Im Übrigen, da zitiere ich Senator Perschau, diese

Deregulierung damals wurde erst 1998 abgeschlossen, weil vor 1996, also 40 bis 50 Jahre, von Legislative und Exekutive Vorschriften produziert, aber nie zurückgenommen wurden. Das zeigt, glaube ich, deutlich, dass Herr Böhrnsen mit seinen Vorschlägen überflüssigerweise und viel zu spät an die Öffentlichkeit getreten ist.

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass es auch einen Großteil Bundesrecht gibt, das wir allenfalls über den Bundesrat beeinflussen können. Wenn damalige Deregulierungsinitiativen auf Bundesebene eingeleitet wurden - ich erinnere zum Beispiel an die so genannte Schlichterkommission um Professor Rupert Scholz -, dann wurden sie zum Teil als gesetzliche Neuregelung und Vereinfachung von Verfahren in Bremen konterkariert, indem man Ausführungsbestimmungen erließ. Ich will hier nicht tiefer einsteigen. Ich empfehle der SPD-Fraktion, gemeinsam mit uns den Senat aufzufordern, den damals eingeschlagenen Weg kontinuierlich weiterzugehen.

Noch zwei Punkte aus dem „WK“-Bericht! Herr Böhrnsen, Regelungen des Melderechts, die in Bundesrahmenrecht eingebunden sind, als Quatsch zu bezeichnen, halte ich doch für recht oberflächlich. Nicht zuletzt weise ich auch auf die Mittelstandsinitiative hin, die über das BAW Vorschläge zur Deregulierung hat erarbeiten lassen. Dort ist besonderer Wert auf den Bereich Baurecht gelegt worden, um entsprechend gewerbliche Bauten im Verfahren schneller abschließen zu können. Es ist das Verfallsdatum gefordert worden, es sind im Umweltrecht entsprechende vereinfachende Bestimmungen gefordert worden, und es ist eine Mittelstandsklausel gefordert worden. Auch das liegt bereits weit vor dem Zeitpunkt, als Herr Böhrnsen mit seinen Vorschlägen an die Öffentlichkeit trat, und ich könnte jetzt auch noch Herrn Zachau aus der Debatte von 1998 zitieren, der sich genau über diese Punkte, die Sie auch angesprochen haben, die ich hier jetzt gar nicht vortragen möchte, in diesem Hause recht lustig gemacht hat.

Ich fasse zusammen: Ich appelliere sehr an die SPD-Fraktion, dass wir möglicherweise auch im Rahmen einer Änderung des uns vorliegenden Antrags zu diesem Thema noch einmal darüber reden und Möglichkeiten suchen, hier wesentlich schneller genau in diese Spur zu kommen, die im Tenor durchaus in Ordnung und richtig ist und auch von uns unterstützt wird. Das ist gar keine Frage.

Meine Damen und Herren, ich will dann noch zu einem anderen Punkt kommen, der auch in der Meldung im „Weser-Kurier“ zum Ausdruck kam, nämlich der luxuriösen Ausstattung in den Verwal-

tungsspitzen mit Staatsräten in CDU-geführten Ressorts!

(Zurufe von der SPD: Was?)

Ich kann nur sagen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Senatskanzlei, wenn man die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund einbezieht, zwei Staatsräte ausweist, zusätzlich ist im Justizressort von Herrn Scherf an der Spitze ein Staatsrat beschäftigt und dass es zum Beispiel in der Ampelzeit eine Kultursenatorin gab, die sich nur um Kultur gekümmert hat. Wir bescheiden uns hier mit einer Staatsrätin. Dann haben wir im Wirtschaftsbereich zwei Staatsräte, in der Tat, weil Herr Beckmeyer es damals für richtig befunden hat, das Hafenressort aufzuteilen und eine Dependence in Bremerhaven zu errichten. Dem musste Rechnung getragen werden in der Führung, in der Verwaltungsspitze. Deswegen gibt es dort ebenfalls zwei Staatsräte.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Schauen Sie doch einmal nach vorn!)

Ich sage, hier sollte man zurückhaltend argumentieren und zunächst einmal in die eigenen Reihen schauen. Ich will die Darstellungen hier jetzt gar nicht ausufern lassen, aber ich glaube schon, dass auch die SPD das Recht, das sie hat, voll in Anspruch nimmt, wenn es um die Besetzung von Funktionen geht. Ich muss hier zunächst meine Rede beenden, darf mich aber gleich noch einmal melden!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mir zwei Vorbemerkungen erlauben, die nicht auf meine Zeit angerechnet werden müssen! Herr Herderhorst, es kann sein, dass tatsächlich, wenn wir an der Spitze sind, die CDU verliert, allerdings haben wir als Partner die Handelskammer, und ich will jetzt nicht unbedingt sagen, das ist ein ebenbürtiger Partner, um die „Regelungswut“ zu deregulieren, aber wir nehmen das zunächst einmal hin, dass Sie sich hinten an-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

stellen und wir zusammen mit der Handelskammer dann weiter vorn an der Spitze marschieren.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Bemerkung: Sie haben den „Weser-Kurier“ zitiert und dass Herr Böhrnsen das Wort Quatsch benutzt hat. Wenn Sie hier die Zahl Ihrer Staatsräte, der Doppelstaatsräte, wirklich vergleichen wollen mit der Regelung, dass der Bürgermeister einen Staatsrat im Rathaus und einen Staatsrat in Berlin hat, wenn Sie das wirklich miteinander vergleichen wollen,

(Zuruf von der CDU: Und im Justizressort!)

dann kann ich nur sagen, das ist nun wirklich absoluter Quatsch!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Thema ist heute die schöne neue Welt der Verwaltung, in der das Management bei „Bürger-King“ herrscht, also da, wo der Bürger Kunde und König ist. Ich darf auch einen ganz kleinen Blick zurückwerfen: Ich erinnere mich noch gut daran, dass wir Anfang der neunziger Jahre als Bremer nach Heidelberg und Bielefeld gepilgert sind, um uns Bürgerbüros anzuschauen. Wir kamen zurück und waren mächtig stolz auf unsere Ortsämter. Was in diesen Ortsämtern damals schon dezentral alles angeboten wurde, das konnte sich auch nach einem Blick über den Tellerrand gut sehen lassen.

Das gilt heute nicht mehr viel, denn wir lesen in der Antwort des Senats auf Seite 13, dass unter der Struktur der Ortsämter die Transparenz der Angebotsstrukturen für Bürgerinnen und Bürger leidet. So ändern sich die Zeiten, aber wer sich heute noch vor Ort in unseren Ortsämtern umsieht, darf trotzdem noch ein bisschen stolz darauf sein. Ich will nur eines herausgreifen, nämlich das Ortsamt Hemelingen. Wenn ich sehe, was dort geleistet wird, was dort zum Beispiel für den gesamten Bremer Osten geleistet wird, dann kann ich nur meinen hohen Respekt zollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das gilt selbstverständlich auch für andere Ortsämter, aber da der Präsident im Ortsamtsbereich Hemelingen wohnt, habe ich das herausgegriffen!

Bei meinem Blick zurück möchte ich an Innensenator Ralf Borttscheller und seine historischen Auftritte bei der Eröffnung der Bürgerämter in Horn und Vegesack erinnern. Vielen Skeptikern in den Ortsteilen, aber auch in der Deputation hat

damals schon nicht gefallen, dass es mit drei Pilotämtern losgehen sollte und abzusehen war - und wohl auch gewollt war -, dass nicht alle Ortsämter Bürgerämter werden konnten. Die Grünen haben damals einen Antrag eingebracht. Das musste logischerweise weitere Wege für viele Bürger bedeuten, für viele hier im Haus war es ein echter Lernprozess, dass weitere Wege mehr Bürgernähe bedeuten sollten.

Das Ergebnis ist bekannt, auch wenn wir darüber nur selten offen diskutiert haben. Die Bürgerämter sind mit einem Crash an der Wand gelandet. Mit falschen Erwartungen und völlig unzureichender Ausstattung - hier insbesondere Horn-Lehe, es hat einmal mit acht Mitarbeitern angefangen, und auf einmal waren es nur noch 1,5 Mitarbeiter - sind sie in den Ruin getrieben worden. Parallel dazu wurden die Ortsämter, die keine Modellbürgerämter waren, ebenfalls heruntergewirtschaftet. Fragen Sie einmal in der Neustadt bei Herrn Fischer, was einmal war und was heute noch ist, Herr Köhler in Hemelingen hat es sogar zu Zeitsungsruhe gebracht: „Herr Köhler allein zu Haus!“

Jetzt kommen also die Dienstleistungszentren, lokale und soziale oder sogar beides an einem Ort. Bei den lokalen Dienstleistungszentren sind es dieses Mal vier Pilotprojekte. Das mit den Pilotprojekten kennen wir ja schon, aber neu ist daran zumindest, dass bei der Ausstattung keine halben Sachen gemacht werden sollen. Im Gegenteil, sogar Kritik aus den eigenen Reihen wird laut, die Ausstattung des BSC in der Pelzerstraße, des Bürgerservicecenters, sei völlig übertrieben, und zwar zu Lasten der Stadtteile.

Ein CDU-Ortsamtsleiter hat ausgerechnet, dass die Ausstattung der Pelzerstraße erst dann genauso wirtschaftlich sei wie etwa die des DLZ in Horn, wenn es 240.000 Fälle im Jahr bearbeite. Also, der Countdown läuft, und wir können mitzählen!

Meine Damen und Herren, ein weiterer Vergleich mit den Bürgerämtern, und zwar ein positiver, sei erlaubt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hoch motiviert. Wer sich selbst einen Einblick in der Pelzerstraße verschafft, wird angesichts der Atmosphäre, der flotten Abläufe, des Ambientes schnell vergessen, dass er sich in einer Behörde befindet. Das Lob gilt der Spitze, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Leiterin Frau Schuh mit ihrem Stab - der Stab heißt heute Management -, aber auch Herrn Wilkens oder Frau Heins beim Stadtamt, die mit großem Engagement am Erfolg des BSC arbeiten.

Auch das Konzept der lokalen Dienstleistungszentren stimmt, die Antwort des Senats gibt da un-

fassend Auskunft. Wir müssen aber feststellen, und das sollten wir bedauernd tun, dass das Konzept nur bedingt umgesetzt werden konnte. Vom integrierten Angebot ist nicht viel übrig geblieben, auch wenn der Senat in der Antwort zu Frage elf betont, dass schon in der Startphase das Bürgerservicecenter Dienstleistungen verschiedener Fachämter und Ressorts umfasst. Gemeint ist damit offensichtlich, dass im Hinblick auf Wohngeld oder Erziehungsgeld eine qualifizierte Antragsannahme stattfinden soll. Das ist aber meilenweit entfernt vom Gedanken des One-face-to-the-Customer. Es entsteht in dieser ersten Phase in der Pelzerstraße ein wesentlich moderneres und besseres, allerdings auch teureres Teilstadtamt, andere nennen es unverblümt weiter Meldestelle Mitte.

Dazu kommt untervermietet ein bisschen Finanzamt mit sehr kompetenten Steuersachbearbeitern, ohne Zweifel ein tolles und überaus freundliches Angebot, über das man gar nicht so viel reden sollte, weil das dann nachher schnell wieder überlaufen ist. Dazu kommt in der Pelzerstraße, auch untervermietet, die Neubürgeragentur, die jetzt Bremen Service genannt wird und nicht nur Neubürger, sondern auch Bremerinnen und Bremer anziehen soll.

Das alles ist neu und toll, aber eigentlich zurzeit noch das schönste Bürgeramtmodell 1998, denn es ist leider nicht gelungen, das in der Antwort zu Frage acht hoch gelobte, bundesweit einmalige, immer wieder angekündigte, innovative Betreibermodell auf der Basis der Fallentgeltfinanzierung zu verwirklichen. So gelingt vielmehr in der Pelzerstraße nur ein Einstieg in das, was auch in dieser Antwort auf vielen Seiten als Teilprojekt des Gesamtumbaus der Verwaltung gepriesen wird, ein Einstieg, aber eben leider auch nur ein Einstieg.

Diese Einschätzung ändert sich auch nicht, obwohl es in Verhandlungen mit dem sehr verantwortungsbewussten Gesamtpersonalrat gelungen ist zu erreichen, dass auch Sonnabend vormittags gearbeitet wird. Auch wenn die Symbolkraft nicht zu unterschätzen ist, dass damit, wie es manchmal euphorisch tönt, die völlige Umkehr von Örigkeitsstaatlicher Ordnungsverwaltung zu kundenorientierter Dienstleistung gelingen kann, bleibt das Ergebnis noch abzuwarten.

Etwas zu dick aufgetragen wird auch oft die Bewertung der Tatsache, dass es gelungen ist, eine Handvoll Mitarbeiter, die bisher noch nicht im bremischen öffentlichen Dienst waren, einzustellen. Man darf sich auf deren erhöhte Einsatzbereitschaft und Flexibilität, auf das professionelle Eingehen auf Kundenwünsche freuen. Ob hier aber

ein ganz neuer Typus Verwaltungsangestellter erfunden wurde, das bleibt ebenfalls abzuwarten.

Nicht freuen aber darf man sich als Innenpolitiker auf die Folgen der Vorfinanzierung der Pelzerstraße, insbesondere in personeller Hinsicht für das Stadtamt. Die Mitarbeiter der Meldestelle, Ordnungsbehörden im Stadtamt und in den Ortsämtern sind gefragt worden, ob sie eine breitere inhaltliche Anforderung, die neue Philosophie der Kundenorientierung inklusive neuer Flexibilität der Dienstzeiten zu ihrer Sache machen wollen. Viele haben sich das nicht zugetraut, manche altersbedingt. Deren Aufgaben aber sollen künftig in den Bürgerservicecentern erledigt werden. Damit dennoch die Stellen über kurz oder lang im Stadtamt erwirtschaftet werden können, dürften über eine lange Zeit keine neuen Mitarbeiter ins Stadtamt kommen. Das darf nicht so sein!

Meine Damen und Herren, die Antwort des Senats zeigt zwar, dass wir gerade in der Frage des Verwaltungsvertriebs auf dem Papier nicht nur gut aufgestellt sind, sondern nach meiner Überzeugung vor dem bremischen Haushaltshintergrund auch auf einem alternativlos richtigen Weg sind. Ein Ressort ist damit aber offenkundig überfordert. Schickt man ein Ressort los, bekommt man ein Ressort zurück, eine Binsenweisheit. Davon zeugt überdeutlich, dass eine ganze Etage in der Pelzerstraße, auf der sich das Bürgerservicecenter abspielen sollte, leer steht. Der Vermieter muss jetzt andere Mieter finden. Wenn die Ressorts in ein paar Jahren so weit sind, dass es mit dem integrierten Ansatz doch noch klappt, ist in der Pelzerstraße alles vermietet, und dann fasst man sich an den Kopf.

Ein erster Schritt zur Lösung des Problems könnte vielleicht eine ressortübergreifende Verantwortlichkeit für den Umbau der Vertriebswege von Standardverwaltungsdienstleistungen sein. Selbst wenn die einzelnen Dienstleistungszentren in unterschiedlichen Trägerschaften verbleiben, muss eine zentrale Steuerung, eine eindeutige Ressourcenbündelung unter einer eigenen Haus- oder Haushaltsnummer und eine klare politische Verantwortung her, entweder durch Aufgabenzuweisung an ein kommunal handlungsfähiges Ressort, also entweder Inneres, Soziales oder Bau, oder durch die Bildung einer Senatskommission spätestens in der nächsten Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, es geht in unserer Frage um das Verhältnis zwischen den Dienstleistungszentren, Bürgerservicecentern und den übrigen Ortsämtern.

(Glocke)

Dann hebe ich mir das auf!

Präsident Weber: Den Satz dürfen Sie gern noch beenden!

Abg. **Kleen** (SPD): Das ist so ein langer Satz, dass ich lieber noch einmal wiederkomme. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Herderhorst, ich dachte eigentlich, dass wir heute in dieser Debatte im Wesentlichen die Große Anfrage, die Sie und die SPD gestellt haben, behandeln. Sie haben nun in Ihrem ersten Beitrag etwas weiter ausgeholt.

Wenn von Ihrer Seite das Wort Deregulierung fällt, dann hat es mich so ein bisschen gezwickt und gezwackt, muss ich ehrlich sagen, weil immer dann, wenn man das dann wirklich möchte und es nicht nur auf das Papier schreibt, sondern irgendwo sagt und erzählt, wie zum Beispiel, als es darum ging, endlich diese unsinnige und die Bürger drangsalierende Vermieterbescheinigung abzuschaffen, und zwar ersatzlos abzuschaffen, haben Sie, die CDU, aus Sicherheitsinteressen eine neue Regelung herbeigeführt, die nun die Vermieter heranzieht, die nun wiederum die Meldebescheinigung kontrollieren müssen und so weiter. Immer dann, wenn man tatsächlich deregulieren will, kommen Sie und haben ganz viele andere Interessen, und dann kommt etwas dabei heraus, was regulierter ist als das, was man vorher hatte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben vorhin noch einen kleinen Ausflug in die Geschichte gemacht und das Verfallsdatum angesprochen, ehrlich gesagt, mich hat das ein bisschen auch an Ihr Gesellschaftsunwesen erinnert. Vielleicht sollte man bei Gesellschaftsneugründungen und Ausgliederungen aus der bremschen Verwaltung auch ein kleines Verfallsdatum anbringen, in dem man sagt, innerhalb von drei oder vier Jahren, wenn sich herausstellt, dass die neue GmbH kostenträchtiger und ineffizienter ist als das, was vorher da war, dann haben wir ein kleines Verfallsdatum auch bei diesen Gesellschaften, von denen Sie inzwischen zirka 270 ge-

gründet haben, und dann sind wir bereit, hier wieder zurückzukehren, Herr Herderhorst!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt lassen Sie mich aber zu dem kommen, worüber wir eigentlich heute hier reden wollen, und das ist die so genannte bürgernahe Verwaltung! Ich glaube, und das ist die erste grundsätzliche Aussage in Richtung Innensenator, weil es bei dem letztendlich wirklich hängen geblieben ist, da stimme ich auch voll meinem Vorredner Hermann Kleen zu, dass wir im Grundsatz nicht nur auf dem richtigen Weg sind, sondern dass auch eine ganze Reihe richtiger Schritte gerade, und auch das muss man sagen, in der Amtszeit von Ihnen, Herrn Böse, gemacht worden sind. Wir haben in diesem Punkt - und ich finde, die Ehrlichkeit gebietet es, dass man das hier auch sagt - in den Amtszeiten der Innensensatoren Borttscheller und Schulte ziemliche Katastrophen erlebt oder auch Nichtstun, eine Mischung eigentlich aus beiden, das Bürgeramtsbeispiel ist nur eins von vielen, und wir sind jetzt, weil Sie doch relativ viel Kraft und Energie in diesen Punkt hineingesteckt haben, ein ganzes Stück weiter. Das, glaube ich, ist wichtig, dass wir das am Anfang so festhalten, auch die Opposition hier in diesem Hause.

Aber, und dann kommt leider eine Reihe von Aber, und der rote Faden bei diesen Aber ist dieser, Herr Senator Böse: Ich glaube, dass Sie einen Fehler gemacht haben, Sie haben das, was Sie an Publikumserfolgen, an Marketingerfolgen, an Ausstrahlung in die Bevölkerung hinein wollten, einfach ein ganzes Stück zu hoch angesetzt und haben sich selbst dabei und dem Senat die Latte zu hoch gelegt. Da besteht die Gefahr natürlich, dass man darunter durchspringt. Wenn man es sich einmal genau anschaut, dann kann man vielleicht drei, vier Bereiche identifizieren, wo Sie Ankündigungen gemacht haben, die so nicht eingehalten werden können und wo Sie so, was eigentlich ein Fortschritt ist auf dem Weg zu bürgernäherer Verwaltung, stattdessen wieder Enttäuschung bei den Bürgern produzieren.

Erster Punkt: Ich habe das in der Pelzerstraße im Selbstversuch getestet, der „Weser-Kurier“ hat im Dezember getitelt, völlig zu Recht: „Die Wartemarken haben ausgedient.“ Als ich aber gleich nach der Drehtür dann in einer langen Schlange stand, dachte ich mir, ja, aber die Warteschlangen ganz offensichtlich nicht! Es ist dort so gewesen - und ich habe es auch verschiedentlich zu anderen Zeiten dort beobachtet, ich bin dort vorbeigegangen -, dass wir nun statt der Wartemarken gleich nach dem Eingang eine lange Schlange haben,

(Senator Dr. Böse: Heute auch noch?)

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

dass der Computer des Öfteren ausgefallen ist, so dass die Termine nicht vergeben werden konnten. Wenn man sich dann so ein bisschen in dieser Schlange unter den Leuten umgehört hat, die keine Politiker sind, sondern die nur Zeitung lesen und die die Ankündigungen gelesen haben, die in die Zeitung gesetzt worden sind, dann hätten Sie einmal das gehört, dann hätten Sie genau das erlebt, was den Unterschied zwischen der Ankündigung und der Realität ausmacht, nämlich das Ausmaß der Enttäuschung der Bürger. Es ist ein großer Fehler gewesen, die Latte so hoch zu hängen, wie Sie das hier für sich selbst getan haben, Herr Böse!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt: Wenn ich eine Umfrage machen würde unter den Kolleginnen und Kollegen im Hause, die Zeitung lesen und auch ansonsten blendend informiert sind in dieser Stadt, ob sie, wenn sie ein Lesegerät und eine digitale Signatur besitzen, sich heute digital an-, um- oder abmelden können in Bremen, dann bin ich mir ziemlich sicher, dass eine große Mehrheit allein aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit denken würde, dass man das kann. Wenn Sie auf das Internetangebot von bremen.online-Services gehen - dann ist es auch noch auf der vorletzten Seite, bevor Sie merken, dass man es nicht kann -, dann steht da auch noch, dass man es kann. Ich darf es einmal mit Genehmigung des Präsidenten zitieren:

„Im Bereich Umzug nimmt Ihnen der Bremer Online-Service lästige Wege ab.“ Klingt sehr gut! „Auf diesen Seiten können Sie vieles rund um Ihren Umzug von der Ummeldung bis hin zum Nachsendeauftrag online schnell und sicher erledigen.“ Ausdruck von heute Morgen, Herr Senator!

Auf der nächsten Seite kommt dann der Katalog dessen, was Sie tatsächlich, real, wirklich online machen können, und da ist von Um-, Ab- oder Anmelden keine Rede mehr, sondern Sie können Nachsendeaufträge eingeben und bei der Telekom irgendetwas machen, aber Sie können sich nicht ummelden. Das ist der Unterschied zwischen Marketing und der Realität, und das werden die Bürger merken, meine Damen und Herren, früher oder später werden sie es merken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nehmen wir ein weiteres Beispiel, warum ich ein dickes Aber hinter das grundsätzliche Lob für den Weg des Senats hier setze! Sie haben der Zeitung der Arbeitnehmerkammer im letzten Monat ein Interview gegeben, und ich darf daraus eine Ihrer Antworten, Herr Böse, zitieren:

„Der Bürger verlangt von der Verwaltung Öffnungszeiten in gut erreichbaren Dienststellen, die stärker auf seine Bedürfnisse zugeschnitten sind, abends soll länger geöffnet sein, auch am Wochenende.“ Vollkommen richtig, haben Sie völlig Recht! Jetzt lese ich Ihnen einmal die Öffnungszeiten des neu eröffneten Bürgerservicecenters Horn-Lehe vor, und zwar die Schließungszeiten: Montag 12 Uhr, Dienstag 13 Uhr, Mittwoch 13 Uhr, Donnerstag 15 Uhr, Freitag 12 Uhr, und einmal ist am Montag von 14.30 Uhr bis 18 Uhr geöffnet. Das ist die Realität der Öffnungs- und Schließungszeiten des neuen Bürgerservicecenters in Horn-Lehe. Auch besteht wieder ein großer Unterschied zwischen dem, was Sie ankündigen, und dem, was Sie für die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich vorhalten, Herr Senator.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt noch zwei andere Gedanken, die ich an dieser Stelle gern zu der neuen Verwaltungswunderwelt sagen möchte. Ich glaube, wir dürfen eines nicht tun, wir dürfen uns nun nicht freuen, dass in der Mitte, in Horn-Lehe und in Vegesack und später in diesem Jahr in Gröpelingen die neue Verwaltungswelt mit all ihren Kinderkrankheiten einzieht, von denen einige auch noch ausgemerzt werden können, ganz bestimmt.

Ich glaube, wir müssen natürlich auch an die Bevölkerung in Osterholz, in Hemelingen, in Huchting und in Obervieland denken, und wir müssen ganz genau hinschauen, dass sie nicht sozusagen die Verlierer sind,

(Beifall bei der SPD)

die dann erstens ganz spät an die Reihe kommen, die zweitens kaum noch Ressourcen bekommen, die nötig sind, um auch dort eine vernünftige Angebotsstruktur zu machen, und die drittens - und das geht überhaupt nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - dann alle diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen, Kollege Kleen hat davon gesprochen, die sich nicht freiwillig für die neuen Modellämter gemeldet haben, sondern die erst noch zurückhaltend gewesen sind. Sie werden letztlich dort landen, wo als allerletztes dann die Bürgerservicecenter eingeführt werden, und das kann man dem Bremer Osten, Südosten und Süden nicht antun, hier ist noch ein großer Nachholbedarf, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube auch, dass generell die Formel, wir zentralisieren, und wir machen die Wege real - auch wieder real und Ankündigung - weiter für viele Menschen, und es gibt viele Menschen, die in

der Mobilität etwas behindert sind als vielleicht der Durchschnittsbürger, sprechen aber immer von kürzeren Wegezeiten, nicht gelten kann. Es gibt eine ganze Reihe von Bürgern, für die ein Weg von der Peripherie in die Innenstadt oder in diese zwei, drei neuen Zentren durchaus eine große Schwierigkeit darstellt, und auch für sie muss es eine Struktur geben. Hier haben wir eine soziale Verantwortung. Wir müssen ihnen dort auch ein Angebot machen und dürfen sie nicht allein lassen.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Ich glaube, dass Sie die Defizite richtig erkannt haben und dass Sie auch energische Schritte eingeleitet haben! Ihr Marketing war viel zu hoch aufgeblasen, als dass es nicht eine Reihe von Enttäuschungen produzieren müsste. Wenn Sie es etwas herunterschrauben und wenn Sie geduldig auf dem Weg weitergehen, die Kinderkrankheiten und die Schwachstellen, die jetzt noch vorhanden sind, auszumerzen, dann werden wir langsam, aber sicher, zwar nicht mit einem Ruck, aber in einigen Jahren, auch dort sein, wohin wir wollen, nämlich bei einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Heute sind wir es noch nicht, aber das ist auch kein Wunder.

Wir haben viel aufzuholen, wir gehen einige Schritte. Vermitteln Sie das auch dem Bürger, und dann können Sie die Bürgerinnen und Bürger auch auf diesen Schritten mitnehmen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einem Wort: schade! Schade, dass ein Projekt, mit dem Bremen bundesweit Aufsehen erregt, das neu konzipiert ist, das versucht, hier eine neue Art des Bürgerservice zu entwickeln und anzubieten, nunmehr quasi für eine Wahlkampfdiskussion genutzt wird. Ich habe irgendwo gelesen, der Wahlkampf in Bremen ist nach Ostern, soll dann kurz und heftig werden, er ist anscheinend lang und quälend.

Ich habe, meine Damen und Herren, hier Monita gehört vom innenpolitischen Sprecher der SPD, die bei fünf oder sechs Präsentationen, Diskussionen unseres Projektes in der Innendeputation nicht ein Mal anklagen. Man kann aber natürlich die Dinge herunterreden, anstatt sie heraufzureden, und ich will das auch ganz deutlich sagen,

Herr Kleen, das ist kein Projekt eines CDU-Senators,

(Abg. Kleen [SPD]: Das ist völlig klar!)

von Inneres, sondern das ist ein Projekt, und dafür bin ich sehr dankbar, des Gesamtssenats und vor allem der drei Ressorts - und ich nenne einmal Inneres nicht am Anfang - Soziales, Bau und Inneres, und dann weiß ich nicht, ob Ihre Kritik dann noch die CDU oder den CDU-Senator trifft und damit Teil eines Wahlkampfprojektes ist oder nicht.

Meine Damen und Herren, wir haben hier in einer Staatsräte lenkungsgruppe - auch das war eine, aber eine sehr erfolgreiche, wo ich einmal die beiden ehemaligen Kollegen und jetzt noch tätigen Staatsräte Logemann und Dr. Knigge herausheben will - gearbeitet und haben gesagt, wir müssen ein neues Konzept von Bürgerservice erarbeiten, denn das, was ist, geht so nicht weiter. Herr Kleen, da haben Sie in Ihrer Zustandsschilderung ja sehr Recht gehabt. Was wir vorgefunden haben, waren in der Tat Ortsämter, die kaum noch funktionsfähig waren, die im Zuge von Stellenstreichungen, PEP-Quote, manchmal nur noch stundenweise oder gar nicht mehr geöffnet waren. Wir haben in den drei von Ihnen genannten Bereichen Bürgerämter vorgefunden, in denen die Ansätze gut waren und die auch gut hineinpassten in die Bürgerämterbewegung der Bundesrepublik Deutschland. Das Konzept, Herr Borttscheller, das will ich ausdrücklich noch einmal sagen, war ein gutes Konzept, nur die Mitarbeiter waren im Rahmen der Stellenstreichungen abhanden gekommen.

Meine Damen und Herren, da galt es, etwas Neues anzufangen. Da galt es auch zu überlegen: Können wir etwas ganz Neues machen? Die Bürgerämter, wie sie von Heidelberg bis Soest, Unna, Berlin, und ich weiß nicht wo noch, aufgebaut sind, sind hinlänglich bekannt, in einem Shop-in-the-Shop-System, dass hier Leistungen angeboten werden, meistens aus einer Verwaltung, in der Regel, und dann gab es vielleicht noch davon separat einen anderen Shop, eine andere Verwaltung. Wir wollten etwas anderes machen. Wir wollten eine integrierte Verwaltung und wollen das auch weiterhin machen, und das ist auch die Absicht, und das wird auch in mehreren Schritten getan. Insofern stimmt es nicht, dass jetzt gegenwärtig nur Anträge entgegengenommen werden. Wir haben aber auch gesagt, und da bitte ich auch, unsere Presseerklärungen zu lesen, wenn sie denn zu weit greifen, dass dies in mehreren Schritten geht, in der Pelzerstraße und auch in Horn-Lehe.

Meine Damen und Herren, Bürgerservice der öffentlichen Hand ist ein Standortfaktor, und zwar ein zunehmend wichtiger werdender genauso wie alle anderen Standortfaktoren. Es gilt in dieser Stadt, wenn wir sie denn attraktiv machen wollen, diese Dienstleistung der öffentlichen Hand neu zu organisieren. Das, was war, ging jedenfalls nicht mehr weiter. Deswegen ist der Ansatz der, nicht mehr nur von der Innenverwaltung, Meldeangelegenheiten, Passangelegenheiten und so weiter anzubieten in spezialisierten, fachamtsbezogenen Büros, sondern die Dienstleistungen der Innenverwaltung insgesamt, bis hin zu Kfz-Angelegenheiten, Standesamtsangelegenheiten - das ist alles aus dem Katalog, der Ihnen vorliegt, nachlesbar - und auch die Integration von Dienstleistungen anderer Verwaltungen. Sie haben von Erziehungsgeld gesprochen, ja, das ist richtig, das ist ein großer Schritt, bundesweit übrigens der erste und einmalig, dass die Sozialverwaltung bereit ist, dies hier in Bremen zu machen. Wohngeld! Ja, das ist bundesweit der erste Schritt in einer integrierten Verwaltung, die die Bauverwaltung hier mitmacht. Ich bin sehr dankbar, dass das geschehen ist, und das wird auch weitergehen.

Wir müssen hier neue Wege finden, und Bremen steht, was Verwaltungsreform betrifft - da müssen Sie einmal einen Verwaltungsreformkongress besuchen, ob er von der Bertelsmann-Stiftung durchgeführt wird oder von wem auch immer -, einsam an der Spitze, ob das die Projekte der Finanzverwaltung sind mit E-Government und anderem mehr, oder ob das dieses Projekt der Innenverwaltung, der Sozialverwaltung und der Bauverwaltung ist. Hier erbitte ich doch ein bisschen mehr Gerechtigkeit und auch ein bisschen mehr Respekt vor der Leistung der Mitarbeiter!

Um das vorwegzunehmen: Man kann natürlich sagen, die Öffnungszeiten zu verändern, was ist das schon, und am Wochenende! Nur, Sie müssen auch sehen, was das in der Umsetzung und auch in der Beteiligung der Mitarbeiter bedeutet. Wir haben hier - und da danke ich auch dem Gesamtpersonalrat - nach anfänglicher Auseinandersetzung einen Weg zur Verlängerung der Öffnungszeiten gefunden. Herr Güldner, wenn Sie sich Horn-Lehe anschauen, dann müssen Sie auch sagen, warum die Öffnungszeiten bisher so kurz sind: weil wir Mitarbeiter aus anderen Bereichen konzentrieren mussten, weil sie Lehrveranstaltungen machen müssen, sich weiterbilden müssen und weil zwei, drei von ihnen den Aufstieg in den gehobenen Dienst vornehmen. Das wird ja bald zu Ende sein, und dann haben wir diese erweiterten Öffnungszeiten.

Dass hier ein Durchbruch gelungen ist, und dann auch noch in Zusammenarbeit mit ver.di, ein ge-

meinsames Projekt, ver.di mit einem Projekt in Heidelberg, in Berlin und in Bremen, in der Untersuchung von Öffnungszeiten auch am Wochenende, auch im Hinblick darauf, ob junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht darauf angewiesen sind, heutzutage flexiblere Arbeitszeiten zu haben, auch am Wochenende, das ist ein bundesweit beachtetes Modell. Ich danke dem Gesamtpersonalrat, dass er sich darauf eingelassen hat, dass er das mitmacht. Wir werden es auch wissenschaftlich begleiten und dann sehen, ob die Bürger dies denn wollen, ob sie überhaupt Öffnungszeiten zu diesen Zeiten wollen. Es soll ja nichts Unsinniges geschehen. Wenn sie das nicht wollen, wenn sie das nicht annehmen, werden wir das nicht weiter anbieten. Oder aber: Wird es angenommen? Aus welchen Gründen? Wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies? Ich glaube, mehr Mitarbeiterpartizipation, Bürgerpartizipation kann man gar nicht herstellen. Auch dies ist ein, wie ich meine, bundesweit beachtetes Vorgehen, das wir hier an den Tag legen.

Meine Damen und Herren, dass es in der Pelzerstraße am Anfang Probleme gegeben hat, Datenverarbeitungsprobleme, war nicht Schuld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort vor Ort, sondern einer hier für die Datenverarbeitung zuständigen Einrichtung. Da ist ganz einfach der Computer abgestürzt. Das passiert Ihnen vermutlich auch das eine oder andere Mal, wenn Sie einen privaten PC zu Hause haben. Dass es am Anfang Schwierigkeiten gab, gestehe ich gern zu, aber gehen Sie jetzt einmal hin, Sie werden keine Warteschlangen mehr haben, sondern das, was wir vorgesehen haben: Die Bedienung der Bürger unmittelbar und direkt, wenn sie da sind, nach Terminvereinbarung; das funktioniert im Moment. Ich habe mich heute Morgen noch einmal sachkundig gemacht bei den Zuständigen, es funktioniert!

Meine Damen und Herren, wenn Sie das Thema Zentralisierung ansprechen und der Süden und der Osten müssen auch beteiligt werden, und das Geld geht in die Mitte, so hätte ein Ortsamtsleiter dies ausgerechnet. Ich habe von Anfang an in mehreren Gesamtbeiratssitzungen und in Besuchen verschiedenster Beiräte - ich bin wirklich von Beirat zu Beirat gegangen - immer wieder dargestellt, dass es in der Mitte etwas geben muss in der Zentralität, als Ersatz nicht nur für die Bahnhofstraße, sondern für all das, was dazukommt, dass wir aber im Sinne eines Geleitzuges, dass das Dickschiff vornweg fährt und die anderen hinterher kommen, aber in einem geordneten Verfahren, hinbekommen, indem Mitarbeiter umgeschichtet wurden, zum Beispiel von der Meldestelle Schwachhausen nach Horn-Lehe - das war al-

les nicht so ganz einfach -, dass auch in der Fläche die anderen Projekte mitkommen.

Horn-Lehe ist vor Weihnachten eröffnet worden, Vegesack ist nur deswegen noch nicht eröffnet worden, weil es hier Probleme mit dem Gebäude gibt, ansonsten hätte es auch schon eröffnet werden können. Es wird demnächst eröffnet. In Gröpelingen, in einem Modellversuch zusammen mit dem Sozialzentrum, haben wir es einvernehmlich und auf Bitten der Zuständigen vor Ort zurückgestellt. Jetzt wird es in Angriff genommen, weil zunächst einmal das Sozialzentrum arbeiten sollte. Also, die Fläche wird einbezogen.

Ich habe auch immer wieder in diesen Sitzungen der Beiräte und des Gesamtbeirats gesagt, dass wir nicht am Anfang flächendeckend überall diese Bürgerservicecenter oder lokalen Dienstleistungszentren einrichten können, weil wir ja unterschiedliche Modelle haben. Wir haben eben das Modell in der Mitte umfassend, wir haben das Modell in Horn-Lehe, auch weitgehend umfassend, aber trotzdem mit Nuancen, und in Vegesack, und wir haben in Gröpelingen die Zusammenarbeit mit dem Sozialzentrum. Wir haben darüber hinaus ein Servicecenter an der Universität, wie Sie wissen, speziell für eine Zielklientel, nämlich die Tätigen an der Hochschule, ob das Studenten oder Dozenten sind, auch Ausländer, die hier ihre ausländerrechtlichen Angelegenheiten erledigen können, und wir haben ein Servicezentrum in Hastedt in der Stresemannstraße rund um das Kfz herum.

Das sind Modelle, die erprobt werden müssen, und wir müssen dann entscheiden, so ist das auch politisch verabredet mit den Koalitionsfraktionen, welches dieser Modelle dann flächendeckend eingesetzt werden kann, und in diesem Fall habe ich nicht die Furcht, dass uns das Personal abhanden kommt, denn zu dieser Neuorganisation des Bürgerservice gibt es keine Alternative.

Meine Damen und Herren, ich darf hier noch einmal zusammenfassend sagen, dass diese Bürgerservicecenter, die hier gemacht werden, eine wirkliche Vorwärtsbewegung sind, inhaltlich und organisatorisch. Der Bürger wird erstmals aus einer Hand an einem Ort bedient, nach Terminabsprache, er wird nicht mehr zurückgeschickt. Er kann es darüber hinaus auch online machen. Auch wenn noch nicht alle Funktionen in Betrieb sind, dies ist fest geplant und wird auch kommen. Wir müssen und werden dieses Angebot hier haben, dass diejenigen, die es wollen, ihre Dienstleistungen online abrufen mit der digitalen Signatur, die dazu auch notwendig ist, Herr Güldner, um ganz bestimmte Meldevorgänge und Serviceangelegenheiten abzurufen. Wir müssen dafür auch erst einmal die rechtlichen Grundlagen konkret haben.

Das wird in einem ersten Schritt bundesweit nur hier in Bremen angeboten werden.

E-Government, Beteiligung der Mitarbeiter, Bürgerpräsenz, Bürgerservice, all dies sind die Stichworte, unter denen die Bürgerservicecenter stehen. Ich glaube, wir können hier bundesweit Ehre mit dem, was wir gemacht haben, einlegen. Es ist für unsere Bürger, es ist auch für die Attraktivität der Stadt, auch für Neubürger, deswegen haben wir auch die Neubürgeragentur, jetzt mit einem anderen Namen, in die Pelzerstraße integriert.

Meine Damen und Herren, Kritik ist notwendig, und ich gebe gern zu, dass hier noch nicht alles erreicht ist, dass noch vieles zu machen ist und dass es weitergehen muss, aber Kritik muss auch konstruktiv sein. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will kurz noch mit einem Satz auf Herrn Kleen eingehen! Herr Kleen, ich will es Ihnen noch einmal sagen: In Sachen Deregulierung, Verwaltungsvereinfachung ist der Senat seit langem Herr des Verfahrens. Alles, was jetzt kommt, ob Handelskammer, ob SPD-Fraktion oder das gesamte Haus, ist ein

(Abg. Kleen [SPD]: Alles die gleiche Mischpoke, oder was?)

Nachkarten dessen, was bereits besteht und was bereits zum großen Teil durchgeführt ist. Ich glaube, wenn von den 1700 Vorschriften insgesamt als Sammelbegriff 500 bis 600 abgeschafft, geändert worden sind oder neu gefasst worden sind, wo es notwendig war, dann, meine ich, ist das seinerzeit schon ein Erfolg gewesen, den es fortzusetzen gilt. Deswegen kann ich nur noch einmal sagen, wir sollten alle gemeinsam dafür Sorge tragen, dass diese Arbeit fortgesetzt wird. Das Problem, das ich natürlich sehe, wie an vielen Stellen in der Verwaltung, ist: Welches Personal steht dafür zur Verfügung, diese sehr intensive Arbeit zu betreiben?

Zu Herrn Dr. Güldner! Herr Dr. Güldner, ich will da nur sagen, wie so oft haben Sie hier auf der einen Seite zunächst gelobt, und dann haben Sie auf Deutsch gesagt alles wieder mit dem Hintern umgestoßen. Sie wollen hier in einer Phase des Auf-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

baus und des Umbruchs schon Kritik loswerden, die leider verfehlt und verfrüht ist. Wir müssen doch erst einmal ein bisschen Zeit geben, um die Dinge da richtig ins Laufen zu bringen und da den richtigen Schwung hineinzubekommen. Dass das immer wieder an der einen oder anderen Stelle hakt, ist doch völlig verständlich. Deswegen, glaube ich, sollte man hier Ruhe bewahren. Ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass wir mit diesen Einrichtungen und mit weiteren folgenden Einrichtungen einen wahnsinnig großen Schritt getan haben und tun werden in die Richtung, die wir für eine moderne und sehr schnell arbeitende Verwaltung brauchen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass dieses Thema in der Tat nicht neu ist, auch hier für Bremen nicht. Vielleicht erinnert sich Frau Linnert noch, die damals gemeinsam mit mir in dem Parlamentsausschuss „Verwaltungsreform“ saß, dass wir uns einen Vortrag anhörten eines Vertreters der Stadt Hagen auch zu diesem Thema Servicecenter. Nachdem wir das zur Kenntnis genommen hatten, sind wir dann im Grunde zur Tagesordnung übergegangen, weil wir gesagt haben, was die uns vorgetragen haben, das haben wir in Bremen bereits, und deswegen brauchen wir da nichts zu machen. Von daher hat das die ganze Zeit geruht. Insofern bin ich froh, dass unter anderem durch den Senator für Inneres, insbesondere natürlich deswegen, erst auf dieser Basis, was verwaltungsmäßig im Innenbereich gelaufen ist und weiterhin laufen wird, Melderecht et cetera, diese Schiene angedacht worden ist.

Daraus hat sich ja mittlerweile, der Senator hat es eben vorgetragen, ein wesentlich breiterer Verwaltungsfächer ergeben, der andere Bereiche einbezieht. Ich glaube, das kann auch nur das Ziel dieser Planungen sein, dass möglichst, und ich gehe noch darüber hinaus, nicht nur diese drei Ressorts, sondern alle Ressorts im Rahmen dessen, was sie verwaltungsmäßig abarbeiten müssen, hier beteiligt werden, um einen Allroundservice herzustellen, der dann letztendlich wirklich für die Bürgerinnen und Bürger erhebliche Vereinfachungen und auch Zeitersparnis bedeutet.

Nicht zuletzt, und das wird die Zukunft erweisen, werden wir weitere Dienstleistungszentren bekommen, die an verschiedenen Standorten etabliert werden müssen. Ich gehe davon aus, dass wir auch das, was insbesondere hier das Sozialressort installiert hat, die Sozialzentren, dass dies alles weiterhin vernünftig verbunden wird mit dem, was ansonsten an Dienstleistungen in diesen Dienstleistungszentren angeboten wird. Dabei kommt sicherlich auch den Verwaltungen die neue und fortschreitende Technik zugute.

Meine Damen und Herren, es darf in der Verwaltung zukünftig nur so viel zentral wie nötig und so viel dezentral wie möglich gemacht werden. Das sollte der Grundsatz sein. Deswegen halte ich es auch, das will ich an dieser Stelle in einem Nebensatz sagen, für wenig dienlich, wenn im Vorfeld, ohne dass auch nur im düstersten Nebel erkennbar ist, welcher Standort gewählt wird, sich hier bereits dann Stadtteile darum streiten, wo nun dieser Standort sein soll. Es ist egal, ob wir in den Osten gehen, wo Hemelingen und Osterholz vor ein paar Tagen eine leichte Kontroverse im Beirat geführt haben, oder aber auch, da ist glücklicherweise zurzeit keine Kontroverse erkennbar, im Süden, wo die Frage zwischen Huchting und Obervieland insbesondere geklärt werden muss. Das ist Zukunftsmusik. Wir sollten das abwarten. Wir sollten auch in den Gremien weiter daran zielgerichtet arbeiten wie in der Deputation.

Ich darf auch daran erinnern, dass wir eine Arbeitsgruppe nach wie vor in der Koalition unter Einschluss der Opposition haben. Leider ist es aus verschiedenen Gründen das eine und andere Mal nicht gelungen, die Oppositionsvertreter dort begrüßen zu können. Gleichwohl, grundsätzlich ist das so geregelt, auch in dieser Arbeitsgruppe werden wir eng diese Entwicklungen begleiten und, wo es sein muss, auch sicherlich beeinflussen. Ich glaube jedenfalls, dass insgesamt die Antwort des Senats, die eine Reihe von Verwaltungsreformen aufzeigt, einige sind eben schon vom Senator genannt worden, ich erspare es uns und mir jetzt, hier weitere anzufügen, ich glaube aber insgesamt, dass diese Verwaltungsreform, die bis heute hier in Bremen realisiert worden ist, sich absolut sehen lassen kann.

Wir brauchen auch keine Sorge zu haben, glaube ich, dass das letztendlich an irgendeiner Stelle zum Flop wird. Wenn festgestellt wird, dass etwas offenkundig nicht läuft, muss versucht werden, es abzustellen, und wenn es keinen Sinn hat, dann muss man auch den Mut haben, einmal eine Maßnahme zurückzunehmen. In der Tat, das gilt auch sicherlich für bremische Gesellschaften, aber mir ist zurzeit nicht bekannt, welche Gesellschaft hier in dieser Form unrentabel arbeitet und wo es vernünftiger wäre, das wieder zu reorganisieren und zu integrieren in die Verwaltung selbst, denn da, glaube ich, werden wir nicht dazu kommen, dass etwas kostensparender gemacht werden kann.

Als Letztes will ich noch darauf hinweisen, wir werden in Zukunft sicherlich erneut mit der Frage konfrontiert werden, in welcher Form die Ortsamtsbereiche im Zusammenspiel mit den Dienstleistungszentren so richtig in der Struktur festgelegt sind. Wir müssen sicherlich auch noch einmal überlegen, wenn Dienstleistungszentren mit Orts-

ämtern verbunden sind und damit auch mit den Beiräten, auf der einen Seite der Ortsamtsleiter die kommunale Arbeit für den Beirat leisten soll und auf der anderen Seite dann möglicherweise einen mehr oder weniger großen Verwaltungsapparat bedienen soll, ob das vereinbar ist. Möglicherweise kommt man dazu, den Leiter eines Dienstleistungszentrums mit einem gelernten Verwaltungsbeamten zu besetzen und die Beiratsarbeit von kommunalen, ich sage jetzt einmal, „Bürgermeistern“, die gewählt werden wie bisher oder möglicherweise, auch das könnte man einmal angedenken, in einer Direktwahl, auch das hat für mich zumindest einen Charme, machen zu lassen.

Das sind aber alles Fragen der Zukunft, die wir dann lösen müssen. Alles in allem, wie gesagt, aus unserer Sicht können wir mit dem Stand der Entwicklung Verwaltungsreform sehr zufrieden sein.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Dr. Böse, man kann nur sagen, schade! Schade, dass Sie gar nicht mehr sehen, wo Ihre Leute sind! Dass das Konzept der bürgernahen Verwaltung, der Dienstleistungszentren bundesweit einmalig ist, daran hat hier kein Mensch irgendeinen Zweifel angemeldet. Es geht doch nur darum, dass wir hier versuchen, mit einzelner Kritik auch dort zu verhindern, dass Chancen nicht ergriffen werden, die wir heute ergreifen müssen.

Es ist doch falsch, wenn wir weiter in diese Richtung gehen wollen, wie Sie völlig zu Recht sagen, wo wir hinwollen, diese integrierte Situation im Moment, dass wir jetzt zulassen, dass die Pelzerstraße an andere, Versicherungen, Schildermacher oder sonst etwas, vermietet werden muss, weil sie sonst leer steht, sondern es wäre doch richtiger zu sagen, wir müssen einen Kraftakt probieren, um auf dem Weg weiterzugehen. Wenn wir diese Etage jetzt nicht für uns nehmen, und in ein paar Jahren, wenn Sie mit diesem Dampf weitermachen, dann ist das doch überhaupt nicht zu verhindern, dass Sie erfolgreich sind. Ich unterstütze Sie auch sehr gern dabei. Wenn wir so weitermachen, dann stehen wir vielleicht in ein paar Jahren vor dieser Situation, dass wir in der Pelzerstraße wesentlich mehr neue Leute brauchen, und dann stehen Sie vor verschlossener Tür, weil wir

heute diese Chance verpassen. Das darf doch nicht sein! Deshalb ist es doch eine konstruktive Kritik, wenn wir sagen, wir wollen an dieser Stelle nicht stehen bleiben.

Ich bin, das sage ich Ihnen ganz ehrlich, zutiefst erschüttert, wenn Sie mir hier Wahlkampf vorwerfen. Das eignet sich doch nur für einen großkoalitionären Wahlkampf, Sie wissen doch gar nicht, ob ich den machen will!

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Insofern hat das hier nur mit konstruktiver Kritik daran zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite: Ich greife den CDU-Senator an! Ich bin ein ganz bisschen hier auch ein Parlamentarier, der zwar den einen Teil des Senats mit größerer Zuneigung und den anderen Teil mit ein bisschen geringerer Zuneigung gewählt hat, aber ich bin doch Parlamentarier! Ich sage, der Senat darf diese Chance nicht ungenutzt lassen, nicht Senator Dr. Böse! Ich mag auch Senator Gut, also nicht nur den einen!

(Heiterkeit bei der SPD - Abg. Borttscheller [CDU]: Wie fänden Sie denn Senator Kleen?)

Zum Süden oder noch besser zum Osten: Sie wollen doch nicht zwei Jahre lang zwei Resenstadtteile wie Hemelingen und Osterholz mit der Begründung hängen lassen, wir müssen da erst schauen, ob es am Ende ein Sozialzentrum wird, ob es ein Dienstleistungszentrum wird oder sonst irgendetwas. Das geht nicht! Am besten läuft so wieso im Moment das an der Universität, aber das können Sie doch nicht auf Osterholz oder Hemelingen übertragen. Ich glaube, wir müssen da vorher Entscheidungen fällen. Wir müssen denen vorher sagen, wo es hingehet. Bei zwei so großen Stadtteilen muss man vielleicht sogar zu dem Ergebnis kommen oder zu der Erkenntnis kommen, da kommen wir mit einem Dienstleistungszentrum und mit einer Agentur nicht aus, sondern das sind möglicherweise Notwendigkeiten, auch noch mehr zu wollen.

Im Süden ist es ähnlich. Wenn ich jetzt sehe, dass wir an zentraler Stelle, nämlich im Roland-Center, Anfang oder Mitte Mai die Stadtbibliothek einziehen lassen, dann ist doch die Frage, ob das nicht ideal wäre, um auch dort möglicherweise zukunftsgerichtet in diese Richtung weiter zu gehen. Da sind Sie doch Gesamtchef, auf der einen Seite mit Kultur und auf der anderen Seite mit Inneres. Auch da wollen wir doch einfach nur hinter Ihnen

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

stehen und Sie weiter freundschaftlich anschubsen.

Der dritte Punkt, den hat Rolf Herderhorst auch angesprochen, ist die Frage der Ortsamtsleiter im Verhältnis zu den Dienstleistungszentren oder Bürgerservicecentern und den übrigen Ortsämtern. Ich habe mich sehr gefreut, dass der Senat neben vielen hübschen Ankündigungen von Hausbesuchen und Bringdiensten, von Zugangs- und Wahlfreiheiten, von Bündelung und „alles in einer Hand“ auch ganz klar gesagt hat, dass eben nicht alles schöner, größer, neuer, toller wird, sondern dass es auch einer bezahlen muss und dass das in der Fläche natürlich nur darüber geht, dass die Verwaltung in den Ortsämtern auf weniger Stationen konzentriert wird. Das ist so, das haben wir auch so angelegt. Dadurch verlieren die anderen Ortsämter ihre Verwaltung. Sie machen in Zukunft, und das ist doch unser Weg, da gibt es doch gar keine Herausforderung, lieber Rolf Herderhorst, noch etwas zu klären, sie werden in Zukunft die Geschäftsführung für die Beiräte machen und Stadtteilmanagement. Was das ist, das muss man dann doch auch, denke ich, entwickeln. Die einen sagen, sie werden reduziert, die anderen sagen, sie werden konzentriert.

Dass man mit dieser Aufgabenbeschreibung ordentliche Arbeit leisten kann, das beweist das Ortsamt Mitte schon seit vielen Jahren. Die Ortsamtsleiter Mitte, ob sie Wulfekuhl, Heck oder Bücking heißen, waren immer auch eine richtige Nummer, auch ohne dass sie über Vertretungsregelungen in der Meldestelle oder Achtundfünfziger-Lösungen in wirtschaftlicher Hilfe entscheiden mussten oder durften. Andere haben in unseren internen Runden längst gesagt und gezeigt, dass sie diesen Weg mitgehen wollen. Ich denke eben an Leute wie Kück in Lesum oder wie Mühl, der genau das geleistet hat, nämlich seine Meldestelle an die Vahr abgegeben hat und dort erst gesichert hat, dass in der Vahr weitergearbeitet werden konnte.

Das ist die Fläche unter sich. Es ist im Bürgerservicezentrum, das hätten Sie dann an dieser Stelle ruhig auch sagen können, ich hatte Ihnen diesen Ball eigentlich einschussbereit hingelegt, überhaupt keine einzige Stelle aus der Fläche in das Bürgerservicecenter Mitte in die Pelzerstraße gegangen, im Gegenteil! Das BSC Mitte hat sogar noch Horn-Lehe geholfen. Also, dieser Vorwurf ist richtig falsch!

Was wir aber schaffen müssen, ist, dass wir auch mit den übrigen Ortsamtsleitern einen vernünftigen Weg finden, dass wir nämlich in Gesprächen das reformierte Gesetz über Beiräte werbend nahe bringen, dass sie in Zukunft eben keine kleinen

Rathäuser sind und die Ortsamtsleiter Stadtdirektoren und Bürgermeister wie in Niedersachsen in den Kommunen. Soweit sind wir noch nicht, und soweit wollen wir doch eigentlich auch nicht kommen.

Lassen Sie mich noch einen kleinen, letzten Punkt ansprechen! Das ist auch keine böse Kritik an Ihnen als Senator! Wir sind doch heute auch in der Stadtbürgerschaft und überhaupt nicht in Barcelona, sondern wir sind hier, und deshalb darf ich auch noch einen kleinen Wermutstropfen hineinbringen, ohne dass das böse Kritik sein soll. Es ist nicht gelungen, weil die Pelzerstraße immer weiter reduziert worden ist, ein neues zentrales Domizil für die Freiwilligenagentur zu schaffen, was eigentlich vernünftig wäre und was versucht worden ist. Darüber habe ich auch mit Frau Heinz, die da sich im Stadtamt sehr bemüht, noch einmal gesprochen, und sie gibt sich nicht mit dieser Nicht-Lösung zufrieden. Sie hat noch Ideen, wie man vielleicht doch Platz in der Pelzerstraße für die Freiwilligenagentur finden kann. Wir würden das sehr begrüßen und sie dabei unterstützen. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Saubere Stadt - Bestehendes Ordnungsrecht nutzen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 18. November 2002
(Drucksache 15/641 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002 (Drucksache 15/664 S)

Wir verbinden hiermit:

Lebenswerte Stadt durch Sauberkeit und Ordnung garantieren

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 27. November 2002
(Drucksache 15/654 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2003 (Drucksache 15/666 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antworten auf die Großen Anfragen in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Sehr geehrte Frau Senatorin, ich gehe davon aus, dass Sie davon Abstand nehmen wollen, so dass wir in die Debatte eintreten können.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mangelnde Sauberkeit in der Stadt beeinträchtigt die Lebensqualität, das ist, glaube ich, unbestritten. Wenn man sich verschiedenste Umfragen anschaut, sobald es im Stadtteil, in der Straße oder auch in der Innenstadt schmutzig aussieht, fühlt der Bürger sich unwohl. Das ist eine Tatsache, der man ins Auge schauen muss, und ich kann das auch persönlich nachvollziehen. Gerade wenn man mit kleinen Kindern durch die Stadt geht oder auf den Osterdeichwiesen, es ist nicht immer angenehm. Man hofft manchmal doch, dass sie um den Hundekot gerade noch darum herum kommen.

Das ist die eine Sache, dass alle darüber klagen. Dennoch hat es sich als sehr schwierig erwiesen, diesem Problem zu begegnen und es vor allen Dingen auch befriedigend zu lösen. Die SPD hat in dieser Legislaturperiode in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltressort vielfältige Initiativen ergriffen und Maßnahmen eingeleitet, um dem Problem Herr zu werden. Ich will hier an dieser Stelle einige noch einmal kurz hervorheben, weil ich glaube, es wäre völlig illusionär anzunehmen, mit der einen oder anderen idealen Maßnahme könnte man das Problem lösen, sondern es sind vielfältigste Maßnahmen notwendig, die wir in einer Gesamtstrategie ergreifen und umsetzen müssen.

Ich nenne hier als ein Beispiel, was wir gemacht haben: Die Leitstelle Saubere Stadt ist eingerichtet. Die Leitstelle Saubere Stadt hat vor allen Dingen auch Koordinationsaufgaben, insbesondere die verschiedenen Zuständigkeiten bei der Stadtreinigung neu zu ordnen beziehungsweise überhaupt manchmal zu klären oder auch für den Bürger nachvollziehbar zu klären, wer ist eigentlich für welche Reinigungsaufgabe zuständig.

Das zweite Thema, wo wir bisher leider noch nicht ganz weit gekommen sind, das heute Nachmittag hier noch einmal auf der Tagesordnung stehen wird, ist die Frage Abfallwirtschaft. Altpapierent-

sorgung und Gelbe-Sack-Einsammlung sind auch maßgebliche Gründe für die Verschmutzung der Stadt in vielen Bereichen. Da sind wir leider noch nicht zu einer Lösung gekommen, die befriedigend ist, das werden wir aber nachher diskutieren.

Ein weiterer Punkt, den wir realisiert haben, ist, die Quartiersdienste zu erhalten und vor allen Dingen auch aufzustocken, weil sich erwiesen hat, dass mobile Truppen, Einsatzkräfte vor Ort - Truppen ist ein dummer Begriff dafür, das ist mir leider herausgerutscht, nein, gerade in Zeiten, in denen ein Krieg vorbereitet wird, sollte man nicht über Truppen leichtfertig reden, sondern das Thema sehr ernst nehmen -

(Beifall bei der SPD)

Kräfte vor Ort zu haben, die unbürokratisch die eine oder andere Verschmutzung beseitigen können. All das sind Maßnahmen, die wir in der letzten Zeit ergriffen haben, neben vielen anderen Bereichen, die in der Senatsvorlage auch aufgeführt sind. Ich glaube, es zeigen sich schon erste Früchte, dass sich die Situation deutlich verbessert.

Heute haben wir es mit einer anderen Facette dieses Problems zu tun, was nicht minder wichtig ist. Es ist nämlich, das ist eigentlich komisch, dass man es immer wieder betonen muss, verboten, die Stadt zu verschmutzen. Keiner darf das!

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Alle machen es!)

Der Senat hat auch eindeutig gesagt, dass es rechtlich möglich ist, diesbezügliche Verstöße zu verfolgen, weil die entsprechenden Bestimmungen sowohl im Abfallwirtschaftskreislaufgesetz als auch im Ortsgesetz vorhanden sind, ich will die ganzen Gesetze nicht jetzt hier aufzählen. Trotzdem haben wir das Phänomen, dass nach wie vor massenhaft dagegen verstoßen wird. Das liegt zum einen natürlich daran, dass es offensichtlich verschiedene Mechanismen gibt, dass Selbstkontrolle oder soziale Kontrolle in Städten nur begrenzt funktioniert. Dies ist eigentlich der Kernpunkt. Wenn man will, dass Gesetze eingehalten werden, muss das im Prinzip in die Überzeugung der Menschen übergehen, dass man dieses Gesetz auch beachten muss, sonst kann man selbst mit noch so viel Polizeipräsenz normalerweise Gesetze nicht durchsetzen. Hier gibt es offensichtliche Defizite.

Die SPD-Fraktion ist zu dem Schluss gekommen zu sagen, da muss in diesem Zusammenhang der Staat beziehungsweise genauer die Kommune eingreifen und versuchen, diesem Fehlverhalten gegenzusteuern. Wir sind sehr erfreut darüber,

dass unsere Auffassung, die wir immer vertreten haben, dass nämlich die rechtlichen Möglichkeiten völlig ausreichend sind, bestätigt wurde. Man muss nicht neue Gesetze schaffen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir wollen ja deregulieren!)

Gerade vor dem Hintergrund der vorangegangenen Debatte über Deregulierung, dass wir überflüssige Regelungen abbauen wollen, finde ich es gut, dass es überhaupt nicht nötig ist, neue Gesetze dafür zu schaffen. Aber offensichtlich scheint es ein Problem zu sein, dass es ein erhebliches Vollzugsdefizit gibt. Wenn man sich die Statistik anschaut, ist im Wesentlichen dieses rote Team der BEB aktiv. In den anderen Fällen sind gerade einmal 22 Bußgeldbescheide in einem Jahr und acht Monaten erteilt worden. Wenn man sich die Straßen anschaut, könnte man meinen, es wären mehr gerechtfertigt. Das ist offensichtlich nicht passiert. Wir haben also festzustellen, es gibt ein erhebliches Vollzugsdefizit, und dies müssen wir angehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen in dem Zusammenhang ausdrücklich das Vorhaben des Senats, von der Schwesterstadt Bremerhaven zu lernen. Manchmal kann man offensichtlich auch von Bremerhaven lernen, Bremern ist das nicht immer ganz geläufig, manchmal stößt man da auf Schwierigkeiten. Aber was hat Bremerhaven gemacht? Sie haben gesagt, wir wollen diesem Problem auch ordnungsrechtlich beikommen, soweit das möglich ist. Dabei setzt Bremerhaven aber nicht darauf, dass jetzt jeder Polizist möglichst an jeder Stelle, wo er Fehlverhalten sieht, gleich den Verwarnungsblock zückt. Bremerhaven setzt gezielt auf Schwerpunktaktionen, die öffentlich angekündigt und räumlich begrenzt sind, wo man entsprechende Aufklärungsarbeit macht, aber gleichzeitig in diesen Bereichen sagt, wenn dort etwas passiert, was gegen die entsprechenden Gesetze verstößt, dann werden wir auch Ordnungswidrigkeiten ahnden und Bußgelder kassieren.

Sicherlich darf man da nicht die Illusion haben, dass durch die Bußgelder selbst die Situation maßgeblich verbessert würde und sich plötzlich die Leute anders verhalten, weil die Gefahr besteht, dass sie eventuell 20, 30, 50 Euro zahlen müssen. Das hat bisher selten geklappt. Solche Aktionen erzeugen aber ein anderes öffentliches Bewusstsein, dass es eben nicht ein Kavaliersdelikt ist, wenn man die Stadt verdreckt, sondern es ist ein Delikt, wo auch darauf geachtet wird, dass dies nicht passiert, weil es nämlich die Lebensqualität der Stadt beeinträchtigt.

Eine ganz wichtige Erfahrung aus Bremerhaven ist - und hier setze ich darauf, dass sich eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Innenressort und dem Umweltressort entwickelt -, dass bei solchen Vorfällen der Einsatz uniformierter Polizisten sehr bedeutsam ist. Vielleicht liegt es an der deutschen Mentalität, vor Uniformen mehr Respekt zu haben, als es sinnvoll ist. Wenn dem aber so ist, dann muss man das auch positiv einsetzen, dass man gezielt Polizisten auch mit - -.

(Abg. Hoffhenke [CDU]: Das war früher einmal!)

Ich bin mir nicht sicher, ob das früher nur einmal war! Meine Lebenserfahrung ist zwar noch nicht so lang, zeigt aber schon, dass Uniformen immer erheblich Eindruck schinden. Das muss man allerdings auch positiv ausnutzen und deswegen gezielt Aktionen verabreden, in denen die verschiedensten Kräfte beteiligt sind.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Wenn Herr Schuster das schon fordert, dann sollten wir uns ihm anschließen!)

Wie gesagt, wir sind nicht so naiv, dass wir meinen, durch Polizeieinsatz und massives Verteilen von Knöllchen das Verhalten zu ändern, aber wir glauben, dass es mit Aufklärungsaktionen und Schwerpunktaktionen möglich wird, einen Bewusstseinswandel zu fördern und deutlich zu machen, Sauberkeit der Stadt ist nicht eine Sache, die eine Stadt nachträglich zu gewährleisten hat, sondern es ist eine Sache, wofür jeder verantwortlich ist und sich entsprechend auch verhält.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Ich finde gut, dass die SPD das bei Mülltonnen fordert, aber bei weichen Drogen ablehnt!)

Herr Eckhoff, weil Sie das gerade noch so nebenbei gesagt haben! Man muss sich immer überlegen, mit welchen Mitteln kann ich welches Problem bekämpfen. Das ist der entscheidende Punkt, erst dann kommt man zu politisch richtigen Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin, Herr Dr. Schuster, erst einmal sehr erfreut, wenn ich höre, dass Sie die Bremerhavener Regelung übernehmen wollen und auch hier in Bremen setzen wollen. Sie haben sich da allerdings in einen kleinen Widerspruch begeben, denn Sie haben erst gesagt, dazu darf es keiner neuen Gesetze, haben dann aber

die Bremerhavener Regelung begrüßt. Die Bremerhavener haben als Grundlage für dieses neue Handeln, wenn ich so sagen darf, das Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung entsprechend geändert. Auf dieser Basis arbeitet man in Bremerhaven an der Sauberkeit der Stadt. Soweit zu Ihnen, Herr Dr. Schuster!

Ich möchte auf die Besonderheit hinweisen, dass wir heute zwei Große Anfragen aus der Koalition hier zu behandeln haben, eine etwas ungewöhnliche Situation. Gleichwohl denke ich, wenn man beide Anfragen vergleicht, stellt man fest, es ist die gleiche Zielrichtung, und im Grunde auch das, was im Detail abgefordert wird, ergibt sich aus beiden Großen Anfragen, nämlich, dass es darum geht, den Bürgern Sauberkeit und Ordnung, subjektives Wohlbefinden und damit ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Gleichzeitig sollen den Touristen hohe Aufenthaltsqualität und positiver Erinnerungswert von Bremen vermittelt werden.

Wenn man hier also feststellt, dass diese beiden Mitteilungen des Senats deckungsgleich sind, dann kann man daraus den Schluss ziehen, die Zielrichtung ist von allen, sowohl vom Senat als auch sicherlich von den Koalitionsfraktionen, so richtig und gewünscht. Insofern muss man nun versuchen, möglichst gemeinsam hier diese Zielrichtung auch zu verfolgen und das Ziel letztendlich zu erreichen in dem von mir eben genannten Sinne.

Meine Damen und Herren, ich will meinen Äußerungen insoweit auch voranstellen, dass es uns nicht um neue Rechtsgrundlagen geht, so wie es auch Herr Dr. Schuster gesagt hat, sondern schlicht und ergreifend darum, die Vakanz im Polizeigesetz, eben die fehlende öffentliche Ordnung, so durch andere Grundlagen zu gestalten, dass das Grundziel ist, die Sauberkeit und Ordnung in der Stadt zu gewährleisten und das möglichst optimal.

Ich bin auch gebürtiger Bremer, und soweit ich mich erinnern kann, habe ich eigentlich in diesen 56 Jahren, in denen ich in dieser Stadt lebe, sehr positive Erfahrungen machen können. Eines allerdings hat mich doch bewegt zunehmend in den letzten beiden Jahrzehnten, dass die Stadt doch unter der Nichteinhaltung von Sauberkeit durch eine Reihe von Bürgern sehr leidet, und dies macht natürlich nicht nur auf Touristen, sondern auch insbesondere auf die Bremerinnen und Bremer einen negativen Eindruck, der sich dann auch entsprechend niederschlägt.

Die Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger sollten dahin gebracht werden, dass sie allgemeinwohlorientiert sind und die Bürgerinnen und

Bürger sich dementsprechend verhalten. Dies kann natürlich nicht einfach verordnet werden, sondern wir alle, Senat, Parlament und die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, sind aufgerufen, für eine saubere Stadt, allgemeinwohlorientiertes Verhalten jedes Einzelnen zu werben und entsprechendes Verhalten zu propagieren. Der Staat muss das leisten, was begleitend zur Sauberkeit und öffentlichen Ordnung in dieser Stadt führt.

Meine Damen und Herren, wer die Auffassung der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aufnimmt, stellt fest, sie registriert Störungen der öffentlichen Ordnung, Regelverletzungen, unerwünschte Verhaltensweisen und Verwahrlosung des unmittelbaren Lebensraumes sehr genau. Daraus nährt sich ein Gefühl des Unwohlseins, der Unsicherheit, der Bedrohung und des Verlustes an Lebensqualität.

Es wird immer wieder deutlich, dass Bürgern nicht nur mögliche Straftaten Sorge bereiten, sondern auch der sichtbare Zustand der Städte in Form von Sachbeschädigung, Verunreinigung, aggressivem Betteln, Lärmbelästigung, Angst, angepöbelt beziehungsweise angegriffen zu werden und so weiter. Die Bürger verlangen nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Deshalb müssen gesellschaftliche Ursachen für Fehlentwicklungen bekämpft werden, und andererseits muss gegen Missstände bei der öffentlichen Ordnung vorgegangen werden. Das Recht des einen hört da auf, wo das Recht des anderen beginnt.

Meine Damen und Herren, ich will gar nicht weiter auf Beispiele eingehen, wo schon seit Jahren gezielt öffentliche Ordnung prioritär behandelt wird. Ich habe in einer vergangenen Debatte einmal - auch zum Thema öffentliche Ordnung - darauf verwiesen, dass in Niedersachsen schon vor Jahren eine Kampagne begonnen wurde, die genau diese Zielsetzungen verfolgte und die zum Teil heute noch zum Beispiel in der Stadt Cuxhaven sichtbar sind.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole mich: In der Zielsetzung sind wir uns alle einig, aber die gesamte Verantwortung für Sauberkeit und Ordnung in der Stadt kann nicht der Polizei allein zugeschoben werden. So geht es in der Tat nicht! Gerade was Zuständigkeiten anbelangt, sollte man genauer hinsehen, denn Polizei ist auf diesem Feld in überwiegendem Maße nur subsidiär zuständig. Deshalb, Herr Dr. Schuster, liegt die Verantwortung für eine saubere Stadt nur zu einem geringen Teil beim Innensenator.

Hinzu kommt, dass auch subsidiär wahrzunehmende Aufgaben durch die Polizei gerade auch in Zeiten von Sicherheitslagen, wie wir sie jetzt haben, sehr schwer personell abzudecken sind. Wir können davon ausgehen, dass sich bei Entkrampfung - hoffentlich bald - dieser Sicherheitslage möglicherweise dann auch weitere Möglichkeiten des Handelns eben auch durch die Polizei und mit ihr ergeben. Ich glaube, die Antworten geben auch positive Signale, was Kooperationen und Zusammenführung von Verantwortung und Aktionen anbelangt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns alle gemeinsam den Senat unterstützen, wenn es darum geht, Sauberkeit und Ordnung in der Stadt auf ein Optimum zu bringen! Ich bin jedenfalls überzeugt, allein Verschmutzungen von den Stellen beseitigen zu lassen, die in den Antworten aufgeführt sind, reicht nicht. Es kann nicht richtig sein, dass Bürger achtlos Unrat hinterlassen, die Umwelt schädigen, der Unrat auf Kosten der Stadt beseitigt wird und die Verursacher ungeschoren bleiben! Dadurch setzt sich in den Köpfen solcher Umweltfrevler fest, dass sie für ihr Fehlverhalten ungetadelt und ohne Sanktionen davonkommen.

Als Beispiel will ich hier die Osterdeichwiesen ansprechen! Dazu hatte ich im Jahr 2000 eine Frage in der Fragestunde gestellt, ich will jetzt nicht alles vortragen, ich will nur sagen, dass auch da aufgezeigt wird, dass zum Beispiel an den Osterdeichhängen im Sommer jeden Tag Stadtgrün mit mehr oder weniger Personal zum Einsatz gelangt, um den gesamten Müll dort abzuräumen. Dies ist ein Dauerzustand, der über den gesamten Sommer geht. Das kann es, glaube ich, nicht sein, sondern da müssen andere Maßnahmen greifen, um den Einsatz, hier in diesem Fall von Stadtgrün, jedenfalls nicht so intensiv notwendig werden zu lassen.

Ich habe der damaligen Antwort auch mit Genugtuung entnommen, dass zum Beispiel der SV Werder sich an Reinigungsarbeiten beteiligt. Das sollte vielleicht auch ein Vorbild sein für andere größere Unternehmen, die sich an solchen Dingen beteiligen sollten. Ich denke da zum Beispiel an McDonald's. Wer sich in der Umgebung von McDonald's aufhält, stellt unschwer fest, dass die Kunden von McDonald's die Verpackungen einfach achtlos wegwerfen. Da ist vielleicht auch einmal so eine Aktion notwendig, um die Verursacher auch indirekt einzubeziehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schuster [SPD])

Ja, ich komme noch dazu, Herr Dr. Schuster!

Meine Damen und Herren, bevor ich noch auf die Antworten des Senats eingehe, lassen Sie mich

einen Punkt herausgreifen, den der Senat positiv darstellt! Ich meine, und von Herrn Dr. Schuster angesprochen, die Maßnahme in der Seestadt Bremerhaven! In Bremerhaven haben CDU und SPD als Koalition ihr Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung geändert beziehungsweise ergänzt. Ich erspare es Ihnen, alle Passagen vorzutragen. Ich würde allerdings hoffen, nachdem der Senat diese Regelungen positiv beurteilt, dass auch die Bremer SPD-Fraktion zustimmt - das, was Herr Dr. Schuster vorhin ausgeführt hat, lässt es vermuten -, dieses Bremerhavener Modell oder diese Ordnungsregelungen auch in das Bremer Ortsgesetz zu übernehmen. Damit würden wir einen großen Sprung nach vorn in der Bekämpfung dieses Unordnungswesens machen! Darüber sollten wir unter Umständen in der Innendeputation diskutieren. Die Bremerhavener Genossen haben realitätsbewusst und zielorientiert mitgemacht. Das müsste, wie gesagt, auch in Bremen möglich sein. Auch der Senat beurteilt diese Regelung deutlich positiv. Was steht dem also im Wege?

Der Senat hat mit der Darstellung der mit der Reinigung öffentlicher Flächen betrauten Bereiche belegt, dass das Bemühen vorhanden ist, die Sauberkeit in der Stadt noch zu verbessern. Defizite, zum Beispiel in der noch nicht perfekten Koordination, sollen ausgeräumt werden. Dies ist nur zu unterstützen! Die personellen Ressourcen für die Gesamtaufgabe Reinigung der Stadt und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sind knapp. Teilweise wird über AB-Maßnahmen ausgeglichen, sicherlich im Rahmen der Haushaltslage der äußerste Ansatz, dennoch könnte es zu Entlastungen kommen, wenn die Verursacher dahin gebracht würden, Abfall jeglicher Art über den normalen Weg zu entsorgen. Ich glaube, dahin müssen wir. Sicherlich wären auch Kampagnen über Plakate et cetera hilfreich.

Obwohl es bei der neuen Einwegflaschen- und Dosenregelung mit Pfand noch Anlaufprobleme gibt, hoffe ich doch, dass spätestens, wenn im Herbst eine einheitliche Regelung greift, die Natur und der öffentliche Grund dann von diesen Gegenständen verschont bleiben. Wir wollen es abwarten. Wenn es so käme, wäre das in der Tat ein Erfolg!

(Glocke)

Ich komme zum Schluss!

Ich begrüße es auch ausdrücklich, dass der Senat das so genannte Paderborner Modell prüfen will. In Anbetracht der Zeit beschränke ich mich darauf zu sagen, dieses Modell ist, glaube ich, ein übernehmenswertes Modell, weil Ordnungsamt und Polizeivollzug gemeinsam, und zwar besonders

auch präventiv zunächst, in der Stadt wirken. Sie haben diese Form des Vorgehens gegen Umweltfrevler mit Erfolg praktiziert, die Innenstadt von Paderborn zumindest ist weitestgehend sauber und stellt sich für Touristen in einem Bild dar, das auch hier für Bremen wünschenswert wäre.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hundekot und Straßendreck sind zwei Dinge, die die meisten Bürger in dieser Stadt nicht gern sehen und, ich bin sicher, auch die meisten Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und die Mitglieder meiner Fraktion nicht. Insofern sind wir hier sicherlich einer Meinung.

Dennoch mutet mich diese Debatte auch gerade nach der Debatte, die wir vorher hatten samt der zwei gestellten Großen Anfragen von SPD und CDU, äußerst merkwürdig an. Ich versuche, den Sinn zu ergründen, und stelle als Erstes fest, dass die SPD-Fraktion meint, der Innensenator von der CDU müsse mehr tun, und dass im Gegenzug die CDU-Fraktion meint, die Bausenatorin sei eigentlich die Hauptverantwortliche und müsse noch ein bisschen energischer reagieren. Was nun wirklich getan werden soll,

(Zuruf von der SPD: Sauber!)

habe ich den gesamten Vorträgen nicht entnommen, außer, dass es besser werden soll! Darin sind wir uns einig, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Herderhorst, dass Herr Schuster sagt, man müsse da die geltenden Bestimmungen im Vollzug härter anwenden, kann ich einsehen, weil das Bauressort tatsächlich nur beschränkt zuständig ist für den Vollzug, dass aber Herr Herderhorst eigentlich im Nebensatz auch sagt, dass in Bremen vielleicht seitens des Innensensors noch nicht genug getan ist, und dann auch noch auf den niedersächsischen Innenminister, Herrn Bartling von der SPD, verweist - -.

(Abg. Herderhorst [CDU]: Das war noch Herr Glogowski!)

Das war noch Herr Glogowski, noch schlimmer, ehrlich gesagt! Aber es ist egal, Herr Herderhorst, wer es auch immer gewesen ist! Es ist ein deutli-

cher Hinweis darauf, dass Sie mit der Arbeit in Bremen nicht zufrieden sind. Ich ordne das ein in die Debatte, die Sie auch vorher hier geführt haben, kleine Fouls von hinten am Innensenator schaden in der CDU nie. Das sieht man auch immer am Beifall, den Herr Böse bekommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Pflugradt [CDU]: Quatsch!)

Zur Sache, meine Damen und Herren! In den Anfragen steht nicht viel außer Aufzählungen von Recht und Gesetzen. Dabei lernt man manches. Ich wusste nicht, dass es ein Bremer Ortsgesetz über die Feldordnung gibt. Das habe ich gelernt dabei. Ich habe auch gelernt, wie viele Personen heute beschäftigt sind. Es ist auch ganz interessant, das mitzunehmen. Leider, Frau Senatorin, fehlen uns bei diesen Unterlagen - ich habe auch in Ihrer Behörde versucht, das zu recherchieren - wirklich Vergleichsmaßstäbe, Benchmarkingzahlen, wie es in anderen Städten aussieht und was da gemacht wird. Das wäre einmal eine vernünftige Grundlage, nicht nur die Ordnungsmodelle von Paderborn und Bremerhaven, um klarzustellen, wo eigentlich wirklich Defizite oder vielleicht auch positive Seiten in Bremen liegen.

In den Vorlagen, vor allen Dingen in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU, steht ein wunderschöner Satz, der das Ganze zusammenfasst, wenn auch im schönsten Bremer Bürokratendeutsch geschrieben: „Der Senat bewertet eine verursachergerechte Beseitigung des Abfalls und ein Einwirken der Verwahrlosung als positiv.“ Was immer das heißen mag! Ich versuche einmal, es zu übersetzen.

(Heiterkeit)

Erstens, wer Müll macht, soll den Müll beiseite schaffen, und zweitens, wir wollen, dass es dann anschließend gut und nicht hässlich aussieht in der Stadt. Aber da liegt jetzt das wirkliche Problem. Herr Herderhorst hat wenigstens ein paar Andeutungen gemacht. Wie kommt es denn eigentlich? Sie sagen, seit 20 Jahren geht es Ihnen gegen den Strich. Ich will dazu zwei Betrachtungen anstellen, weil man die Lage doch analysieren muss.

Ich glaube, erstens ist es ein Problem, je weniger sich die Bürgerinnen und Bürger, auch die jüngeren Bürger, mit einer Stadt identifizieren, sich verantwortlich fühlen für dieses Gemeinwesen, desto leichter gehen sie mit der Stadt auch so um, wie man es am Hundekot, am Straßendreck und allen anderen Verunreinigungen sehen kann. Zweitens: Je mehr wir darauf setzen, dass der Staat alles für uns regelt, auch die Abfallbeseitigung und an-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

schließlich die Strafen dafür, dass es nicht geklappt hat, desto mehr wird es uns auch abgenommen, darüber nachzudenken, wie wir es gemeinschaftlich machen können. Das fängt bei der Erziehung in der Schule an und hört nicht beim Abfall in der Straße auf. Ich glaube, das ist das Grundproblem, das wir in den letzten Jahren - das hat auch die große Koalition nicht besser gemacht in dieser Stadt - zu beobachten haben. Das macht es uns auch so schwer, dagegen anzukommen!

Ich will auf Folgendes hinaus: Was hier vorgeschlagen ist, bekämpft Symptome, aber es hilft uns nicht dabei, das Problem insgesamt zu lösen. Das Problem, das Hundekot und Straßendreck betrifft, ist doch das, dass wir in dieser Stadt zwar seit Jahren darüber reden - Herr Herderhorst, es ist richtig, dass auch einzelne Maßnahmen getroffen werden; ich denke nur an die Aktion „Saubere Stadt“, die die Innenstadt vor allen Dingen betraf und die City-clean-Unternehmungen, auch an den Quartierservice in einzelnen Stadtteilen, was alles erfolgreiche Versuche sind -, dass es aber in dieser Stadt in Wirklichkeit kein integriertes Gesamtkonzept für diese Fragestellung gibt, und da sind mehrere Behörden, nicht nur der Bausenator hier oder der Innensenator, sondern vielleicht auch noch die Schulen und andere Einrichtungen und die Kindergärten, zuständig.

Im Gegenteil muss ich sagen, man muss sich jetzt ganz große Mühe geben, überhaupt erst einmal herauszubekommen - Sie haben das dankenswerterweise gesagt, Herr Schuster, mit der Leitstelle „Saubere Stadt“ -, wer eigentlich wo zuständig ist, wer mit wem zusammenarbeitet. Das können Sie den Vorlagen entnehmen, von der Bremer Straßenbahn AG bis zu Stadtgrün und vom Bauamt Bremen-Nord über die BEB bis zur ENO und noch weitere Stellen, Jugendwerkstätten zum Beispiel sind in dieser Stadt für diese Frage in der einen oder anderen Form zuständig.

Allein das mutet doch merkwürdig an. Erst werden die Zuständigkeiten wahnsinnig zersplittert, zum Teil durch die Ausgründung und Privatisierungen, und jetzt muss man sich redlich Mühe geben, das Ganze wieder zusammen zu bekommen durch eine neue Leitstelle. Das ist doch die Absurdität der Politik, die zeigt, dass es hier trotz der Reden jahrelang kein Konzept gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Übrigens ist es genauso mit den Gesetzen. Wir haben sehr viele Gesetze und klagen jetzt, dass wir neue Regelungen brauchen, ohne dass irgendjemand einmal sagt, warum es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, die geltenden Rechtsvorschriften so anzuwenden, wie sie da

stehen. Ich gebe Ihnen eine einfache Antwort, Herr Herderhorst, Sie haben sie zwischen den Zeilen selbst angedeutet: Diese Stadt hat bisher nicht das Geld und das Personal, wirklich den Vollzug des Rechts, das sie selbst gesetzt hat oder das der Bund setzt, durchzuführen. Darin liegt doch ein reales Problem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also noch einmal, wir brauchen insgesamt ein Konzept, und das muss eigentlich vier Säulen haben. Die eine Säule, über die wir nachher auch noch einmal bei der Frage der blauen Tonne reden, ist die Einigung darüber, wie sauber wir diese Stadt wirklich haben wollen. Wir werden hier kein Singapur hinbekommen mit null Toleranz, und kein Bürger darf eine Zigarettenkippe fallen lassen, damit die Straße so aussieht wie die geputzten Glasscheiben der Hochhäuser. Das ist nicht Bremen, das will hier, glaube ich, auch keiner in dieser Stadt. Dennoch werden wir uns darüber einigen müssen, und das ist der Umfang dessen, was die Stadt bereitzustellen hat an Mitteln für Behälter, für Personal, für alle die Tätigkeiten, die zur Beseitigung von Abfall und Hundekot nötig sind. Das ist das Erste.

Das Zweite, was wir brauchen, sind schon Kampagnen, bei den Kindern in den Schulen angefangen bis zu den erwachsenen Menschen, da gibt es in anderen Städten Vorbilder, die doch mehr dazu beitragen, dass sich die Bürger mit ihrer Stadt identifizieren, wozu auch die Sauberkeit gehört.

Das Dritte ist, und das ist im Wesentlichen Bundesaufgabe, Herr Herderhorst hat eben einen Punkt angesprochen, dass wir eine Art modernes Abfallverpackungswirtschaftsrecht brauchen. Das Dosenpfand ist ein kleiner Einstieg, und er wird uns vielleicht ein bisschen helfen. Ich finde es ganz toll, dass die CDU jetzt, nachdem das alles durch ist, sich hinstellt und sagt, hoffentlich wird das im Herbst noch besser, und wir bekommen das dann einheitlich geregelt, nachdem sie das jahrelang bekämpft hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dennoch herzlichen Dank, dass Sie die Politik der Grünen nachträglich noch loben!

Der vierte Punkt ist dann, das geltende Ordnungsrecht anzuwenden und sich zu einigen, wer das was durchführen kann. Das alles muss zu einem Finanzkonzept führen, meine Damen und Herren, und ohne Geld geht es nicht. In Wirklichkeit wissen wir doch, dass der Quartierservice demnächst mit der Kürzung der ABM-Stellen Probleme haben

wird, die Stellen um 20 Prozent zurückgehen werden und wir nicht wissen, wie das bezahlt werden muss. Die Enge bei der Polizei ist bekannt, um da nachzusetzen, bräuchten wir neue Stellen. Im Bereich des Bauressorts sieht die Sache auch nicht anders aus, meine Damen und Herren.

Von Stadtgrün will ich überhaupt nicht reden. Jahr für Jahr werden die Mittel für die Grünflächenpflege zusammengestrichen, und gleichzeitig erwartet hier jeder, dass möglichst mehr getan werden soll, auch am Osterdeich. Wer das will, muss dann auch ein Finanzierungskonzept haben. Wenn das nicht reicht, die Put-Option, so heißt das, woraus die nächsten zehn Jahre eine bessere Stadtreinigung bezahlt werden soll, dann werden wir nicht darum herumkommen, über transparente Verfahren nachzudenken, und dann steht die Straßenreinigungsgebühr hier doch wieder auf der Tagesordnung. Dann muss man auch ehrlich sein, dass all das, was Sie wollen, auch nicht umsonst geht, meine Damen und Herren. Das ist ein Kernpunkt!

Ich will es jetzt dabei belassen. Wir führen hier heute keine weitere Grundsatzdebatte über die Stadtreinigung, aber wenn Sie hier so ein bisschen Wahlkampfinszenierung gegeneinander machen, machen Sie das ein bisschen ernster, bitte ich Sie, und sagen Sie den Bürgern auch, wie wir das Ganze bezahlen sollen! Der Vorwurf geht im Augenblick weniger an den Senat als an die Parteien, die aus einer misslichen Lage ein bisschen Kapital schlagen wollen, ohne zu sagen, welches Kapital sie dafür zur Verfügung stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei kleine Anmerkungen, eine zu Herrn Mützelburg: Vieles, was Sie gesagt haben, finde ich völlig richtig. Ich hatte ja auch gesagt, dass wir nicht meinen, mit dem Ordnungsrecht allein das Problem lösen zu können. Die Punkte, die wir da insgesamt aufführen, waren weitgehend deckungsgleich. Wo ich aber deutlich widersprechen will, ist die Sache mit dem Finanzierungskonzept. Man darf gerade in einem Haushaltsnotlageland nicht meinen - Sie kennen die Haushaltslage als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses sehr genau -, sobald eine Aufgabe neu hinzukommt, brauchen wir automatisch mehr Geld.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nicht gesagt!)

Nein, aber Sie suggerieren, wir würden hier einfach Maßnahmen fordern, und Finanzierungskonzepte wären in so weiter Ferne, somit ginge es nur um Scheinforderungen. Das ist falsch.

Bei Stadtgrün beispielsweise ist es offensichtlich, dass über Umstrukturierungsmaßnahmen versucht wird, dort Rationalisierungserfolge zu erzielen, die es auch ermöglichen, Aufgaben anders und besser wahrzunehmen, als das bisher der Fall war. Das gibt es in vielen Bereichen. Es ist häufig eine Frage, wie Aufgaben organisiert und welche Prioritäten gesetzt werden, welche Aufgaben von welcher Stelle angegangen werden. Gerade in einem Sanierungsland ist dies gründlich auszuloten, bevor man sagt, da muss auf jeden Fall mehr Geld hinein, und uns vorwirft, nur weil wir Probleme angehen, alles halbherzig, weil wir nicht sagen, dass da mehr Geld hinein muss.

Der zweite Punkt: Ich möchte zu Herrn Herderhorst ganz deutlich sagen, ich habe nicht gesagt, dass man das Modell Bremerhaven nach Bremen eins zu eins übertragen soll. Eins-zu-eins-Übertragungen gehen fast nie gut.

(Zuruf von der SPD)

Eins zu vier müsste man übertragen, ja, oder vier zu eins! Ist ja auch egal!

Es geht gerade in Bremen, und das steht in der Antwort des Senats auch ausdrücklich, nicht darum, dass uns irgendwelche rechtlichen Instrumente fehlen. Der Senat sagt ausdrücklich, ihm ist es nicht bekannt, dass durch fehlende rechtliche Bestimmungen nicht die Handhabe gegeben wäre, Fehlverhalten entsprechend zu ahnden, die hier beanstandet werden. Es geht um ein Vollzugsdefizit. Ich will jetzt gar nicht die Polizei allein dafür verantwortlich machen, dass es in Bremen schmutzig ist. Das wäre völlig absurd, aber wir brauchen auch die Polizei, um die Situation zu verbessern. Darum geht es. Hier werden vom Senat Maßnahmen angedacht, und das begrüße ich. Ich gehe davon aus, dass es ein Konsens zwischen beiden Ressorts ist. Es ist angedacht, gemeinsam Schwerpunktaktionen zu machen.

Das ist auch das Neue neben den anderen Maßnahmen, die wir schon ergriffen haben, ich hatte sie Ihnen eben schon aufgezählt, Herr Mützelburg. Es sollen konkrete Aktionen durchgeführt werden, und zwar eine Kombination von Imagekampagnen und dem Einsatz von Ordnungsrecht, aber, und da gibt es auch noch einen Unterschied zu Ihnen, Herr Herderhorst, wir müssen sehr vorsichtig sein, was wir alles unter Sauberkeit und Ordnung fassen, welche Problemlagen wir da wirklich meinen und welche wir verfolgen wollen.

Das ist in der Tat eine ganz andere Debatte, die ich jetzt im Moment hier nicht weiterführen will. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mützelburg, Sie haben Ihrem Redebeitrag die Frage, worum geht es eigentlich, vorangestellt, um damit zu schließen, das sei eine Wahlkampfveranstaltung. Das habe ich nun bei diesen Beiträgen bisher überhaupt nicht erleben können, dass es hier um eine Wahlkampfaktion geht, sondern es geht heute in der Tat, und das sind die beiden Antworten, die wir vorgelegt haben, um einen Teilaspekt zum Thema „Saubere Stadt“, wie erreicht man das.

Wir sind uns einig in diesem Hause, wir haben es wiederholt debattiert, es ist heute auch wiederholt worden, dass die Frage von Sauberkeit etwas mit Wohlfühlen, mit der Aufenthaltsqualität und auch nicht zuletzt mit subjektiven Sicherheitsaspekten zu tun hat. Darüber sind wir uns einig. Wenn wir die Debatten von draußen sehen, was die Bürgerinnen und Bürger sich wünschen, sind sie auch mit uns einig. Auch sie wünschen sich eine saubere Stadt, sie wünschen nicht, dass überall Schmutz herumliegt, dass sie sich ärgern müssen.

Ich will nicht aufzählen, was wir in dem Bereich, um diese Sauberkeit zu gewährleisten, schon alles getan haben, das hat Herr Dr. Schuster alles aufgeführt. Wir machen eine Vielzahl von Unternehmungen, um diese Sauberkeit herzustellen. Sie können es auch lokal und kleinteilig beobachten. Ich zitiere immer wieder gern meinen Sebaldsbrücker Bahnhof und den Tunnel darin, der mit einem hohen Reinigungsaufwand praktisch jeden Tag gereinigt wird, und wenn er morgens sauber gemacht wurde, ist er abends wieder schmutzig.

Darum geht es aus meiner Sicht heute, um den Aspekt zu sagen, wir haben dafür Sorge zu tragen mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, die Systeme zu vernetzen. Die Leitstelle, die Sie angesprochen haben, tut dies. Sie wird für alle Ortsamtsbereiche Ansprechpartner haben, so dass die Reibungsverluste, die dort entstanden sind, behoben werden.

Die eigentliche Frage ist aber doch heute, wenn es einen gesellschaftlichen Wunsch danach gibt, in einer sauberen Stadt zu leben, dann müssen wir doch auf der anderen Seite, finde ich jedenfalls, einen gesellschaftlichen Konsens haben,

dass nicht toleriert wird, dass sich Bürgerinnen und Bürger über dieses Ziel, nämlich eine saubere Stadt zu haben, einfach hinwegsetzen. Das ist aus meiner Sicht die Frage, die wir heute hier diskutieren. Dazu braucht es, meine ich, immer wieder des Anstoßes, dass Leute nicht gleichgültig darüber hinwegschauen, wenn jemand sein Zeug irgendwo hinwirft, sondern dass da auch ein Gefühl dafür ist, dass das nicht rechtmäßig ist und dass das gegen den Wunsch der Mehrheit dieser Stadt verstößt.

Unter diesem Gesichtspunkt geht es darum, haben wir eigentlich, das war die Frage, ein gesetzliches Defizit. Da sagen wir, nein, wir haben das nicht. Es gibt Nuancen, wo man vielleicht noch einmal wie beim Landesstraßengesetz schauen kann, ob man da die Reinigungspflichten, den Sauberkeitsaspekt nicht noch stärker festmacht an dieser Stelle, aber im Großen und Ganzen haben wir ein Instrumentarium, mit dem man Bürgerinnen und Bürger, die sich an dem Grundsatz, den wir als richtig empfinden, vergehen, auch zur Ordnung rufen kann.

An dieser Stelle sagen wir als Antwort, und das sagen wir gemeinsam, es geht nicht darum, jetzt die Polizei flächendeckend damit zu beauftragen, dass sie nun überall diese Aufgabe wahrnimmt. Es geht eigentlich, und das ist die Antwort, die wir Ihnen geben, darum zu sagen, wir brauchen immer wieder Aktionen, die dieses Thema, das ich eben beschrieben habe, immer wieder ins Bewusstsein rücken und auch deutlich machen, es wird nicht toleriert, dass Leute ihren Dreck einfach in die Gegend werfen.

Um dieses Thema geht es, und hier geht es darum, für uns ganz wichtig, wir haben die gute Erfahrung mit der Aufstockung des roten Teams gemacht bezogen auf die gelben Säcke, die an vielen Stellen dieser Stadt eine Plage für uns sind. Wir haben dadurch eine deutliche Erhöhung der Anzeigenquote, wir haben zwar nicht in dem Sinne, Herr Mützelburg, eine unendliche Latte von Bußgeldern, aber allein die Auseinandersetzung mit denjenigen, die dort angesprochen worden sind, bringt einen Teil. Das ist nur ein Aspekt.

Wir stellen uns vor, und so haben wir es Ihnen auch dargestellt, dass wir gemeinsam mit Polizei, mit Stadtamt, mit Beiräten vor Ort, mit all denen zusammen Schwerpunktaktionen machen, die man, Herr Schuster hat es gesagt, öffentlich ankündigt, um deutlich zu machen, in dieser Zeit schauen wir sehr verschärft auf diesen Bereich und achten darauf, dass die Gesetze auch eingehalten werden. Das kann man nicht flächendeckend machen, das kann man nicht jeden Tag machen, aber dies immer wieder als Aktion zu

machen halte ich für wichtig, um in das öffentliche Bewusstsein zu bekommen, wer eine saubere Stadt haben will, muss auch selbst dazu beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Das, denke ich, ist das Ziel, das wir uns vorgenommen haben. Insofern, glaube ich, ist dieses ein Teilaspekt, neben all den anderen Dingen, die wir im letzten Jahr gemacht haben. Sie haben den flächendeckenden, stadtweiten Quartierservice angesprochen, den wir ausgebaut haben, die Sonderaktionen, die wir machen, auch in der Innenstadt, das sind alles Dinge, die wir zusätzlich bezahlen. Wir haben viele Schwerpunktaktionen im letzten Jahr gemacht, nur, es bleibt, es ist meine feste Einschätzung, immer wieder eine Sisyphusarbeit. Man fängt immer wieder von vorn an, da, wo man gerade sauber gemacht hat, fängt man am nächsten Tag wieder an. Deswegen, denke ich, ist das Integrierte, das Sie fordern, die Tatsache, beide Seiten zu betrachten: die Seite, was von staatlicher Seite aus an Sauberkeitsmaßnahmen getroffen werden muss, und auf der anderen Seite das Bewusstsein der Bevölkerung. Sie sind Teil dessen, die dafür sorgen müssen, dass diese Stadt sauber ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dreck im öffentlichen Raum ist ein kriminogener Faktor. Das lernen unsere Polizeibeamten in ihrer Ausbildung, und das ist auch richtig so. Dreck schafft in bestimmten Zusammenhängen Kriminalität über die subjektive Unsicherheit bei den Bürgern hinaus. Ich kann ein Beispiel geben: Ein Bahnhof, völlig zugeschmiert, voll mit Graffiti, vollgeworfen mit Altpapier und was es alles gibt, führt dazu, dass Bürger an diesem Bahnhof in einem großstädtischen Verkehr nicht mehr aussteigen, weil sie sagen, da haben wir Probleme, hier wird man uns überfallen, auch wenn man nachweisen kann, dass objektiv gesehen auf diesem Bahnhof seit einem Jahr nicht eine einzige Straftat begangen wurde.

Meine Damen und Herren, Dreck, Graffiti, Scratching und was es alles gibt rufen aber auch für unsere Gemeinschaft Millionenschäden hervor. Das darf man nicht vergessen, dass im öffentlichen Personennahverkehr in der Bundesrepublik Deutschland jährlich viele Millionen Euro ausgegeben werden müssen, um all dies wieder rückgängig zu machen. Insofern muss die Polizei ge-

gen solche Straftaten, um die handelt es sich, vorgehen. Das tut die Polizei auch; in Bremen im Übrigen, indem weiterhin ein Polizeiabschnitt im Westen besteht, der schwerpunktmäßig Graffiti bekämpft, und mit beträchtlichem Erfolg, meine Damen und Herren, auch wenn immer wieder Graffiti die Stadt verunziert und eben diese schlimmen Ereignisse hervorruft.

Der Senat hat in der Antwort, die Ihnen vorliegt, etwas über Ordnungsrecht gesagt, über die Umsetzung von Ordnungsrecht. Frau Wischer hat Recht, wenn Sie sagt, dass wir hier gemeinsam etwas machen wollen und auch machen, denn diese subjektive Unsicherheit, dieser kriminogene Faktor, muss in Angriff genommen werden.

Meine Damen und Herren, ich will aber darauf hinweisen, dass die Polizei hier bestenfalls subsidiär zuständig ist. Das heißt nicht, dass wir dies nicht mitmachen wollen, das heißt nicht, dass wir uns hier verweigern, denn wir erinnern uns noch sehr gut an die Diskussion, wenn Ihnen der Name Bratton, Polizeipräsident in New York, etwas sagt und die Theorie des Community Policing und die Broken-Windows-Theorie und all dies, die Verwahrlosung von ganzen Vierteln, die zunächst einmal mit Dreck und Schmutz begonnen hat und schließlich dann in New York, teilweise jedenfalls, in Kriminalität geendet ist: Mit ganz beträchtlichem Erfolg hat die Stadt New York hier auch durch Einsatz der Sicherheitskräfte dem entgegengewirkt. Das werden wir auch machen, nur, in einer Sicherheitslage - Herr Herderhorst hat Sie darauf hingewiesen -, in der ich, wie Sie wissen, öffentlich fordere, dass die Bundeswehr die Polizei im Objektschutz unterstützt, kann es nicht sein, dass die Polizei hier primär verantwortlich gemacht wird.

Sie kann auch nicht, meine Damen und Herren, das ist eine bundesweite Entwicklung der siebziger, der achtziger Jahre, das wieder gutmachen, was wir gesellschaftspolitisch in unserer Republik fehlgeleitet haben, nämlich einen Abbau der Außenkräfte in den Ordnungsbehörden. Landauf, landab war Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland ein Pfui-Wort. Die Ordnungskräfte im Außendienst jedenfalls wurden abgebaut, dann gab es nur noch eine Ordnungskraft, und das war die Polizei. Die Polizei wird hierfür auch eingesetzt, und sie hat auch dafür zu sorgen, und wir werden das auch machen, aber wir müssen bitte auch einmal daran denken, welchen Stellenwert Ordnung und Sauberkeit haben, und auch darüber nachdenken, ob die Ordnungsbehörden wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu übernehmen, auch angesichts einer Polizei, die mittlerweile nach der zweigeteilten Laufbahn im gehobenen Dienst angelangt ist. Da muss man auch einmal Kosten-Nutzen-Überlegungen anstellen.

Noch einmal: Wir werden das für die Sicherheit im Sinne der Stadt tun, aber das darf auch nicht übertrieben werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schuster, ich habe vorhin ja bereits einen Widerspruch aufgedeckt. Nun, nach Ihrem letzten Beitrag weiß ich gar nicht mehr, was Sie eigentlich wollen. Sie sagen erst, Gesetze wollen wir abbauen, dann sagen Sie, wir wollen in das Ortsgesetz Bremerhavener Regelungen übernehmen, und dann stehen Sie das dritte Mal auf und sagen, nein, aber Bremerhavener Regelungen wollen wir doch eigentlich nicht. Ich weiß jetzt nicht mehr, was Sie wollen.

Ich weiß aber, wenn Sie erreichen wollen, was sich auch aus Ihrer Großen Anfrage im Vorwort ergibt, nämlich dass die Bürgerinnen und Bürger letztendlich im subjektiven Sicherheitsgefühl nicht beeinträchtigt werden sollen und Wohlbefinden in der Stadt haben sollen, dann dürfen Sie Ihre Maßnahmen nicht nur auf die Sauberkeit in der Stadt beschränken, wenn Sie Sauberkeit nicht anders definieren, wenn Sie das nicht erweitern um das, was zum Beispiel der Senator eben hier gesagt hat. Dazu gehört auch Graffiti, dazu gehören andere Dinge, ich will sie jetzt nicht alle nennen. Dies alles muss bekämpft werden. Dafür reichen im Grunde die Grundlagen, die wir haben und die hier in den Antworten aufgeführt worden sind, nicht aus.

Wenn dem so wäre, dann hätte auch Bremerhaven diese Ergänzung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung nicht vorzunehmen brauchen, dann hätten auch die Bremerhavener nach den Bestimmungen arbeiten können, die hier in den Antworten aufgeführt worden sind. Insofern sage ich Ihnen, wenn wir das nicht wollen, dann müssen Sie das deutlich sagen, aber dann werden Sie mit Sicherheit diese Zielsetzung nicht erreichen, schon gar nicht in Koordination und Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche, unter anderem auch insbesondere der Polizei, weil dann Einschreitmöglichkeiten nicht vorhanden sind und damit eben dieses Ziel nicht erreicht wird.

Ich würde sehr dafür plädieren, und so hat es zumindest auch der Senat angedeutet, dass man noch einmal überlegt, ob wir diese Regelungen,

die in Bremerhaven schon seit geraumer Zeit mit Erfolg praktiziert werden, nicht übernehmen und, wenn es die Möglichkeit gibt, personell auch etwas zusammenstellen, beispielsweise aufgrund des Modells Paderborn, was ich sehr begrüßen würde, da wir dann auch entsprechende Grundlagen haben und dann auch sowohl das Ordnungsamt als auch das Bauamt wirklich einschreiten kann, wenn es polizeiliche Aufgaben wären, auch die Polizei selbst. Dann bekommen wir da mit Sicherheit etwas hin. Ansonsten aber, glaube ich, wird es im Versuch stecken bleiben, und das können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats, Drucksachen 15/664 S und 15/666 S, auf die Großen Anfragen der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Ausbau des Weserstadions - Mantelbau an der Nordgeraden Finanzierungs- und Verkehrskonzept, Umfeldmaßnahmen

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2002
(Drucksache 15/657 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig und Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD)²⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! „Und sie bewegt sich doch!“ hat einst ein berühmter Wissenschaftler gesagt. Der meinte nicht die Politik, und er meinte auch nicht die schöne Welt rund um das Weserstadion, aber es hat sich etwas bewegt, und das dürfen und können wir hier heute debattieren.

Meine Damen und Herren, Hohn und Spott wurden im letzten Spätsommer des letzten Jahres bis hinein in den Herbst über die Haltung meiner Fraktion, der SPD-Fraktion, verteilt und ausge-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

²⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

schüttet. Die CDU bezeichnet uns wieder einmal als unzuverlässig, wörtlich als „Wackelpudding“, und Herr Eckhoff behauptete sogar, ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Das Nein zum Drive-in sei ein Schlag ins Gesicht von Zehntausenden von Fußball-Fans.“ Die Grünen, meine Damen und Herren, machten uns natürlich für den fatalen Untergang des gesamten Viertels und Wohnbereichs in Lärm und Abgasen verantwortlich, und die so geprügelten Sozialdemokraten, was machten die?

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Arbeiten!)

Die büßten nicht, genau, und die gingen auch nicht in die Schmollecke, nein, ganz im Gegenteil! Sie arbeiteten emsig in ihren Büros an konstruktiven Lösungsvorschlägen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Kleen [SPD]: Wie immer! - Abg. Eckhoff [CDU]: Ich dachte bisher immer, das war beim Wirtschaftssenator, aber dass das jetzt bei den Sozialdemokraten war, das ist mir neu!)

Auch der bekommt sein Lob, Herr Kollege! Mein Fazit dazu: Eine Menge Eigentore sowohl beim Koalitionspartner als auch bei der Opposition, während wir, wie ich finde, haushoch gewonnen haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Die jetzt vorgelegte Entscheidung ist eine zweifellos gute Lösung für den Ausbau der Nordgeraden, also des Mantelbaus, den Image- und Werbeträger SV Werder Bremen, die Anwohnerinnen und Anwohner und damit für den gesamten Standort Bremen. Um es noch einmal zu wiederholen, damit das auch für die Zukunft und zukünftige Debatten gleich klar ist: Wir werden uns immer wie bisher für möglichst optimale Rahmenbedingungen einsetzen, damit die Grünweißen auch weiterhin im Konzert der Erstliga-Teams mithalten können, das heißt, wir haben uns eingesetzt für die Südtribüne, für die Ostkurve, für die Tieferlegung und natürlich auch für den Mantelbau.

(Beifall bei der SPD)

Das Weserstadion, meine Damen und Herren, bleibt damit eine attraktive Sport- und Veranstaltungsstätte, eben oder auch gerade ohne die Ansiedlung eines Schnellrestaurants.

Dem neuen Finanzierungskonzept - das ist hier auch immer wieder bestritten worden, wir haben es immer wieder gesagt, dass die Mietvorauszahlungen nicht allein die Finanzierung des Mantelbaus retten und darstellen, was immer bezweifelt

worden ist - liegt das, was das Natürlichste auf der Welt ist, zugrunde, nämlich dass man erstens die Vermietung der Räume für das bisher vorgesehene Drive-in an andere Nutzer vornehmen kann für Büroräume, zweitens sind höhere Pachteinahmen, man höre und staune, vom Generalpächter für die Gastronomie zu erzielen, nämlich dadurch, dass er zusätzliche Verkaufsstände einrichten und höhere Einnahmen wegen des Wegfalls der Konkurrenz generieren kann, ich nenne das alles nur beispielhaft, und drittens, dass Einnahmen aus zugesagten Länderspielen fließen, was sehr erfreulich ist. Eines davon ist ein zugesagtes Spiel, nämlich Deutschland gegen Jugoslawien am 30. April dieses Jahres, das nur beispielhaft!

Wir haben in den Wirtschaftsförderungsausschüssen, meine Damen und Herren, in unserer Sitzung im September mehrere Millionen Euro genehmigt, ich glaube, einhellig, um das Umfeld um den Bereich des Weserstadions, die Pauliner Marsch, aufzuwerten, weitere Attraktivitätssteigerungen, und auch das kann man der Mitteilung des Senats entnehmen, die dringend notwendige Modernisierung und Sanierung des Stadionbades - Sie wissen, es ist das meistfrequentierte in dieser Stadt - soll bis spätestens 2004 erfolgen.

Auch die Verkehrsmaßnahmen, die erforderlich sind - ich will sie nicht alle zitieren, wir haben uns oft genug damit befasst, auch in diesem Hause oft genug mit dem Stadion befasst -, sind hier in der Mitteilung des Senats aufgeführt, wobei natürlich die, die nur für das Drive-in vorgesehen waren, entfallen, eine weitere Einsparung von rund einer halben Million Euro, die nur auf das Drive-in gerichtet war. Dies wird auch in Angriff genommen und nicht nur in Angriff genommen, es gibt dafür entsprechende konstruktive Lösungsvorschläge. Auch hierfür gibt es einen Zeitrahmen, mit dem wir uns aber, glaube ich, noch einmal befassen müssen.

Ende gut, alles gut, meine Damen und Herren, entgegen allen Unkenrufen! Deshalb geht mein Dank diesmal an den Koalitionssenat, nämlich an die Senatoren Wischer und Hattig, die da konstruktiv zusammengearbeitet haben und denen es nicht nur um die eigene Profilierung ging, sondern auch wirklich um entsprechende sachliche Lösungen. Wir werden jetzt gemeinsam mit den ansässigen Vereinen daran arbeiten, die da auch etliche Vorschläge hatten, mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, mit der gesamten Stadt, denn, wie gesagt, der SV Werder Bremen ist ein wichtiger Werbe- und Imageträger, wenn nicht gar der wichtigste. Zehntausende von Fußball-Fans, manchmal sind es auch mehr, bevölkern das Stadion.

(Unruhe)

Nein, mehr als Zehntausende geht nicht, ein paar Zehntausende, aber das ist ja immerhin ereignisreich und wichtig für diese Stadt.

Meine Damen und Herren, ich finde, dass wir als SPD-Fraktion unseren guten Teil dazu beigetragen haben, mehr als das! Wir haben dazu beigetragen, dass ein schönes Ergebnis erzielt worden ist und dieses Ergebnis für den Standort Bremen auch ein schönes ist. Nun bin ich einmal gespannt, was die Opposition und die CDU zu diesem schönen Ergebnis sagen und wie sie das finden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Gerling.

Abg. **Gerling** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Lemke-Schulte, waren Sie schon einmal im Stadion?

(Heiterkeit - Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Ja, mehrfach!)

Ich will ein bisschen von der Vergangenheit erzählen. Um das Weserstadion wirklich wettbewerbsfähig zu halten, ist es erforderlich, ständig Modernisierungsmaßnahmen vorzunehmen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Genau!)

Das Stadion ist in der Vergangenheit in mehreren Bauabschnitten modernisiert worden, das jetzige Bauvorhaben ist eine weitere Etappe oder ein weiteres Modul, um das Stadion auch zukünftig auf einem Niveau zu halten, das notwendig ist, um nahtlos weitere Verbesserungen vornehmen zu können.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Genau!)

Als vor etwa 15 Jahren - ich weiß es nicht genau - entschieden wurde, ein neues Stadion an der A 1 oder an der Universität zu bauen, um es dann am Standort Weserstadion zu belassen, ist es versäumt worden, sofort mit den so wichtigen Infrastrukturmaßnahmen anzufangen. Dieses Versäumnis belastet das Umfeld des Stadions bis zum heutigen Tag und wird uns in Zukunft noch viel Ärger und Nerven kosten.

Nachdem sich Bremen für die WM 2006 in Deutschland für Spiele beworben hat, musste notgedrungen an einer Veränderung der Infrastruktur gearbeitet werden. Voraussetzung für eine reibungslose Abwicklung von nationalen und internationalen Spielen ist ein intaktes Umfeld. Dies ist seit Jahrzehnten am Osterdeich nicht vorhanden.

Wenn eine Stadt überregionale Veranstaltungen anbietet, muss sie auch für die notwendigen Parkplätze und für eine reibungslose An- und Abfahrt sorgen.

Park-and-ride-Parkplätze sind auch nicht ausreichend vorhanden. Da Bremen nur ein Stammublikum von zirka 10.000 Besuchern hat, weiß man, dass die anderen 20.000 bis 30.000 bei einer Veranstaltung aus dem Umland kommen. Auswärtige Besucher kommen in der Regel mit dem Bus oder mit dem Zug, aber die große Mehrheit mit dem Pkw. Hier muss ein Angebot von Parkmöglichkeiten geschaffen werden,

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Wo denn? Im Kleingartengebiet?)

denn schließlich hat der Kunde neben dem nicht geringen Eintrittsgeld auch die Benzin- und Buskosten oder das fällige Strafmandat wegen Parkens auf dem Osterdeich zu ertragen. Das ist nicht imagefördernd!

(Beifall bei der CDU)

Leider ist die Zufahrt zum Weserstadion zurzeit nur über den Osterdeich möglich. Hier muss darüber nachgedacht werden, wie der Osterdeich entlastet werden kann, darum geht es ja in erster Linie. Die vermarkteten wenigen Parkplätze am Stadion sind nur mit viel Geduld und Einsicht zu erreichen. Park-and-ride-Plätze in Richtung Oldenburg und Bremerhaven sind überhaupt nicht vorhanden. Hier muss dringend etwas unternommen werden. Mit dem ÖPNV, dies gilt in erster Linie nur für Besucher aus der Stadt Bremen, ist das Stadion relativ gut zu erreichen. Es muss organisiert werden, dass der Verkehr vor einer Veranstaltung und nach einer Veranstaltung im Stadion zweispurig über den Osterdeich fließen kann.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Waren Sie schon im Stadion?)

Das war in der Vergangenheit schon einmal!

Ferner muss der auswärtige Besucher darauf hingewiesen werden, die Parkhäuser in der Stadt zu benutzen. Es sind in der Vergangenheit viele Parkhäuser aufgestockt worden, zum Beispiel das Parkhaus an der Domsheide. Hier können die Besucher parken, zu Fuß zur Weser gehen, auf den Dampfer Ozeana gehen 1000 Menschen, und in Ruhe zum Weserstadion fahren. Die vielen anderen Maßnahmen, die das Büro Schnüll, Haller und Partner aus Hannover vorgeschlagen hat, will ich hier nicht aufzählen, die können Sie überall nachlesen.

Um das Umfeld des Stadions weiter aufzuwerten, sind für die Pauliner Marsch einige Maßnahmen beschlossen worden. Es ist vorgesehen, den Promenadenweg neu anzulegen, den Bootshafen umzugestalten sowie weitere Verschönerungen vorzunehmen. Ferner ist die Sanierung des Stadionbades nach dem Bäderkonzept vorgesehen. Dies alles ist sehr zu begrüßen, denn es wirkt auf die Besucher des Stadions positiv.

Meine Damen und Herren, der Senat hat am 22. Mai 2001 beschlossen, die Tieferlegung und somit eine Kapazitätserweiterung um zirka 10.000 Besucher zu ermöglichen, eine Investition von 12,6 Millionen Euro vorzunehmen. Um sicherzustellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Stadions nationalen und internationalen Standard behält, war eine Sanierung und Modernisierung der seit 1978 errichteten Nordtribüne dringend geboten. Der Senat beschloss ebenfalls, für die Finanzierung dieser so dringenden Maßnahme nicht die öffentlichen Haushalte zu belasten.

Die veranschlagten Kosten für die Errichtung des Mantelbaus an der Nordgeraden belaufen sich ohne Zinsen auf zirka 15,7 Millionen Euro. Eine Finanzierung des Projektes kam nur über private Geldgeber in Betracht. Die BWS wurde vom Senat beauftragt, eine Finanzierung zu organisieren. Nach langen Verhandlungen hat sich die Vereins- und Westbank Hamburg bereit erklärt, die Errichtung eines Mantelbaus an der Nordgeraden des Weserstadions durch ein Darlehen zu finanzieren. Nachdem die BWS sowie die Gesellschafter SV Werder Bremen und die HVG sich für die Stadiogastronomie der Firma Eurest GmbH entschieden hatten, konnten weitere Mieter akquiriert werden. Die Eurest GmbH betreibt auch zum Beispiel im Gottlieb-Daimler-Stadion in Stuttgart das Catering, anderswo auch noch. Sie verfügt aufgrund dessen über umfangreiches Know-how auf diesem Gebiet.

Ein Schnellrestaurant mit Autoschalter war bereit, eine Mietvorauszahlung von 2,556 Millionen Euro für 30 Jahre Mietzins zu leisten. Der Bremer Fußballverband ist ebenfalls bereit, 0,767 Millionen Euro für eine Mietdauer von 25 Jahren bereitzustellen. Nach Protesten der Anwohner aus den Stadtteilen Mitte und Östliche Vorstadt gegen ein Schnellrestaurant McDonald's, McDrive oder Drive-in an der Nordgeraden zog unser Koalitionspartner seine vorherige Zustimmung zu der Finanzierung zurück.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Gut gemacht!)

Da aber kein Ersatz für die Finanzierung von der SPD vorgeschlagen werden konnte, verzögerte

sich die Fertigstellung des Bauvorhabens zuungunsten des SV Werder Bremen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Vorzeitige Vermarktung von VIP-Anlagen und Logenanlagen: Eine privatwirtschaftliche Finanzierung des Mantelbaus war somit nicht mehr gesichert. Nach nochmaliger Überlegung, auch mehreren Überlegungen, auch in der SPD-Fraktion, ohne Frage, kam man zu dem Schluss, dass die vorgesehenen Verkehrsmaßnahmen für den Ausbau des Drive-in, die mit einem Volumen von 510.000 Euro veranschlagt waren, nicht benötigt werden. Ferner konnten die nun frei werdenden Flächen als Büroräume und Kioske an die Firma Eurest und andere verpachtet werden.

Der Deutsche Fußballbund gab die Zusage, nachdem Bremen nicht bei der Vergabe der WM 2006 berücksichtigt wurde, wenn der Ausbau der Nordtribüne erfolgt ist, mehrere Länderspiele nach Bremen zu geben. Übrigens sind zirka 80 Prozent der Büroflächen bereits vermietet. Nach Baubeginn, da bin ich ganz sicher, werden die restlichen Flächen ebenfalls vermietet werden. Das erste Länderspiel findet übrigens im April statt, das sagten Sie schon.

Mit diesen zusätzlichen Einnahmen ist nach einem Gutachten der KPMG die Errichtung eines Mantelbaus an der Nordgeraden ohne Belastung der öffentlichen Haushalte zu leisten. Das finanzielle Risiko ist allerdings für die BWS weitaus höher als bei einer Finanzierung mit der Errichtung eines Drive-in. Wir warten jetzt auf den Baubeginn.

Meine Damen und Herren, das Weserstadion als Veranstaltungsstätte wird auch zukünftig weitere Investitionen benötigen, wenn die vorhandenen Pläne realisiert werden sollen. Nach meiner Einschätzung, das ist auch auf Sicht gesehen, zehn Jahre, benötigen wir einen Fußgängerübergang über die Weser zu einem auf der anderen Weserseite zu bauenden Großparkplatz. Die aus dem Oldenburger Land kommenden Zuschauer könnten dann vor der Weserbrücke durch die Werderstraße auf den Parkplatz fahren und in Ruhe über die Weser in das Stadion gelangen. Das wäre eine echte Entlastung des Osterdeichs.

Der Hauptnutzer des Stadions, der SV Werder Bremen, ist ein mittelständisches Unternehmen und einer der wichtigsten Imageträger für unsere Stadt. Er hat geschaffen, und er schafft Arbeitsplätze und zahlt einen nicht geringen Umfang an Steuern. Der Werbewert des SV Werder ist besonders nachhaltig. In ganz Europa, wo die Rede

von Bremen ist, spricht man positiv über den SV Werder. Wir können uns auf ein weiter ausgebaut und modernisiertes Stadion freuen. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Gerling, dass die CDU nichts weiter kann, als von einer autogerechten Stadt zu träumen, ist allgemein bekannt in der Stadt, und dafür wird sie demnächst auch ihre Quittung bekommen. Dass aber Frau Kollegin Lemke-Schulte hier mit einer Art Geschichtsklitterung daherkommt, was sonst eigentlich eher nur der Kollege Pflugradt gegenüber den Grünen macht,

(Widerspruch bei der SPD - Abg. Pflugradt [CDU]: So ein Quatsch!)

hat mich schon sehr verwundert. Frau Kollegin Lemke-Schulte, wenn hier einer emsig und fleißig war, dann war es mit Gewissheit nicht die SPD-Fraktion,

(Zurufe von der SPD)

sondern es war die grüne Bürgerschaftsfraktion, es waren die Bürgerinitiative vor Ort und die Beiräte. Das möchte ich hier einmal ganz deutlich sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Widerspruch bei der SPD)

Dass der geplante Mantelbau am Weserstadion nun Gott sei Dank ohne ein Autorestaurant von McDonald's gebaut wird, ist ein großer Erfolg. Das begrüßen wir, und wir begrüßen auch ausdrücklich, dass die SPD sozusagen in letzter Sekunde von diesem unsinnigen Vorhaben Abstand genommen hat, aber allerdings erst zum Jagen getragen werden musste.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns von den Grünen hat damit der 1999 von der Baudeputation beschlossene Vorhaben- und Erschließungsplan seine Gültigkeit. Dort heißt es ganz unzweideutig, dass mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan keine vorhabenbezogenen Verkehrsmaßnahmen notwendig sind. Wir Grünen

gehen davon aus, dass dieser Beschluss Gültigkeit hat und auch nachträglich nicht aufgeweicht wird. Allen zwischenzeitlich diskutierten überdimensionierten Ausbauplänen von der Ostrampe bis zur Westrampe, von einer Basisstraße zwischen beiden Rampen, erteilen wir eine klare Absage und werden alles dafür tun, dass sie auch in Zukunft nicht realisiert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Pauliner Marsch muss als Naherholungsgebiet erhalten bleiben, und dazu gehört eben, Kollege Gerling, auch eine Verkehrserschließung, die stadtteilverträglich ist und die dieses Naherholungsgebiet nicht zerstört.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen die Bremer Weserstadion GmbH in ihrem berechtigten Anliegen, die Nordgerade zu erneuern und attraktiver zu gestalten. Wir melden allerdings auch Zweifel an, ob der geplante Mantelbau unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht eine Nummer zu groß geplant ist. Welche Flächen sind bisher verbindlich vermietet, zu welchen Konditionen? Wie bewertet der Senat unter den derzeitigen Bedingungen die Chancen, Büroräume, Gastronomiebetriebe an dieser Stelle erfolgreich und auch langfristig zu vermieten? Wie sehen die Nutzungskonzepte aus? Auf diese Fragen erwarten wir, aber auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine Antwort des Senats. Vielleicht, Herr Hattig, gehen Sie in Ihrer Rede nachher einmal darauf ein!

Wir Grünen wollen auf gar keinen Fall, dass am Weserstadion eine Fassade entsteht, hinter der sich Leerstand breit macht, eine Neuauflage des Space-Parks im Kleinfomat wollen wir an dieser Stelle nicht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Es gibt Leerstand, das wissen Sie alle genau, die Situation, weder des Gastronomiegewerbes noch des Bürohandels, sieht in dieser Stadt augenblicklich gar so rosig aus. Ich wünsche es mir ja nicht. Ich wünsche dem Projekt Erfolg, aber bisher haben Sie noch nicht offen gelegt, wie das Nutzungskonzept denn jetzt konkret aussehen soll.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Kennen Sie den Vermietungsstand, Frau Kollegin?)

Ich möchte auch noch ein Wort zur Architektur sagen! Dieses Stadion liegt an einer städtebaulich sensiblen Stelle. Es wurde von beiden Rederinnen und Rednern schon gesagt, Werder Bremen ist ein Imagefaktor für die Stadt. Den mir bisher vorliegenden Architekturentwurf für das Weserstadi-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

on halte ich für unzureichend. Ich glaube, dass dieser Standort mehr verdient hat, als dort ein paar profane Gewerbetürme hinzustellen. Ich hätte es gut gefunden, wenn man an dieser Stelle gute Architekten hätte in eine Konkurrenz treten lassen, um an einem so hervorragenden Standort auch wirklich eine qualitätsvolle Architektur entstehen zu lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Dinge zu den vorhandenen Verkehrsproblemen um das Stadion herum sagen! Laut Schnüll und Haller ist der werktägliche Verkehr auf den heutigen Verkehrswegen abwickelbar. Der Verzicht auf das Drive-in bedeutet auch, dass auf die Einrichtung einer zusätzlichen Ampel am Knotenpunkt Osterdeich/Westrampe verzichtet wird, so jedenfalls steht es in einer Fußnote der Vorlage für die Baudeputation, die wir in der vergangenen Woche beschlossen haben. Wir Grünen gehen davon aus, dass dies auch so bleibt, meine Damen und Herren.

Ganz anders als werktags sieht es natürlich an den Tagen aus, an denen Werder spielt. Dann herrscht rund um das Stadion der Ausnahmezustand

(Abg. Engelmann [SPD]: Gute Stimmung!)

und gute Stimmung, genau, Herr Engelmann! Da das Stadion mitten in der Stadt liegt, bedeutet dies natürlich auch eine Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner in der näheren Umgebung. Ich bin sehr dafür, dass man prüft, ob man mehr Park-and-ride-Plätze anlegen kann, ich bin auch sehr dafür, dass man prüft, ob es bessere ÖPNV-Anbindungen geben kann, auch ein Schiff zum Werderstadion. Das ist alles in Ordnung. Für völlig weltfremd halte ich aber die Vorstellung der Verkehrsplaner, man könne 30.000 Menschen, die alle fast zeitgleich zum Stadion kommen oder es zeitgleich wieder verlassen, in so genannten geordneten Bahnen um das Stadion herumlenken.

Meine Damen und Herren, ein Fußballspiel ist keine Schaffermahlzeit. Natürlich laufen an den Tagen, an denen Werder spielt, Pulks von Menschen zum Stadion hin, verlassen es, und natürlich bewegen sie sich auch dort, wo sie normalerweise nicht gehen dürfen. Natürlich laufen sie auf den Radwegen, und natürlich laufen sie zu Hunderten über eine Ampel, die gerade rot zeigt. Das sind doch nicht die gravierenden Probleme! Ich finde es gut, dass es in Bremen nach Fußballspielen so gut wie keine Gewaltausschreitungen gibt. Die Vorstellung der Verkehrsplaner, man müsste jetzt alles sortieren, die Radfahrer da und die Fußgänger dort - -. Lasst die Menschen doch nach dem Spiel kreuz und quer friedlich nach Hause

gehen, das ist doch viel wichtiger, als das Stadion zu einem verkehrsgerechten Monstrum umzubauen! Das machen wir Grünen auf jeden Fall nicht mit, das ist ganz klar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Eckhoff [CDU]: Die sollen dann im Zweifel bis Leer/Ostfriesland laufen, Frau Kollegin?)

Nein, das habe ich gar nicht gesagt! Hören Sie doch zu, was ich sage!

Guter ÖPNV, gute Park-and-ride-Plätze am Stadtrand, das ist alles in Ordnung, aber Sie können den Osterdeich nicht in eine vierspurige Autobahn ausbauen. Ihre Pläne, Ost- und Westrampen auszubauen, das alles hat mit einem funktionierenden Stadtteil nichts zu tun. Das ist aber ja hoffentlich auch Schnee von gestern. Wir freuen uns, dass ein Erzeuger für Pkw-Verkehr, nämlich McDonald's, nicht mehr gebaut wird. Ansonsten wünschen wir dem SV Werder weiterhin viel Erfolg! - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach so vielen bedeutungsschweren Worten erlauben Sie mir, dass ich es etwas leichter angehe! „Fußball ist unser Leben“ singen die Fußballer. Ob man das für sich privat so total akzeptiert, ist eine Geschmacksfrage und auch eine Talentfrage. Wenn ich mir die Gehälter der Fußballspieler ansehe, frage ich mich, ob man statt des Kopfes nicht besser auch die Füße trainiert hätte, vielleicht wäre das eine Alternative,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

aber, meine Damen und Herren, in einem sind wir ja einer Meinung: Ein Fußballclub, der es versteht, mit den Füßen umzugehen, also in der Bundesliga spielt, ist ein Standortvorteil, den man nicht unterschätzen sollte, erste Feststellung!

Die zweite Feststellung: Wenn er es dann auch noch so gut macht wie der SV Werder, jedenfalls im Durchschnitt der Jahre, kann ein Wirtschaftsminister sich fröhlich mit dem Vorgang beschäftigen, nämlich welche Rahmenbedingungen eigentlich gegeben werden müssen, damit der Unternehmer SV Werder sich weiter gestaltend umso besser in der Zukunft um Fußball bemüht. Soweit, denke ich, sind wir alle noch einer Meinung.

(Abg. Kleen [SPD]: Werder soll Meister werden!)

Dann kommt aber das, was wir bei wirtschaftlichen Strukturmaßnahmen immer zu bedenken haben: Wir schaffen die Rahmenbedingungen, und der Unternehmer muss nun dafür sorgen, dass er erfolgreich ist. Also haben wir dieses Stadion weiter ausgebaut, damit es wettbewerbsfähig ist.

Ich sage in aller Klarheit, die Weltmeisterschaft ist dazu nur Anlass, nicht mehr und nicht weniger. Ob da X gegen Y spielt, interessiert mich sehr wenig. Die Weltmeisterschaft war ein guter Anlass, sich die Frage zu stellen, was man eigentlich tun muss, damit ein Fußballclub wie der SV Werder weiter wettbewerbsfähig bleibt. Da ich ja weiß, wie viele Leichtathleten es in dieser Stadt gibt und ich auch insoweit zumindest meine Füße einigermaßen trainiert habe, erlaube ich mir, die Leichtathleten darauf hinzuweisen, dass ich das Problem jetzt verenge und nur über Fußball rede, wohl wissend, dass auch die Leichtathleten sich dort betätigen wollen.

Wir haben das Stadion ausgebaut, das kostet etwa 28,3 Millionen Euro. Davon sind zwölf Millionen Euro schon verbaut, und die 15 Millionen Euro für den Mantelbau stehen jetzt zur Debatte. Wir hatten eine wunderschöne Finanzierung, so heißt das ja nun einmal, Investitionen müssen sich rechnen lassen, also hatten wir eine schöne Finanzierung mit McDonald's und einer Vorauszahlung von 2,5 Millionen Euro für 30 Jahre. Herr Böhrnsen mag aber nun einmal kein McDonald's, das kann man ja persönlich nachvollziehen, in der Sache mussten wir das zu Kenntnis nehmen. So hat sich der Wirtschaftssenator bemüht, eine Alternative, nämlich eine alternierende Finanzrechnung aufzustellen, das ist auch geglückt. Die ist nicht ganz so gut wie die erste, aber immerhin noch vertretbar, also machen wir es.

(Beifall bei der SPD)

Dann hatte ich das Vergnügen, mit der CDU-Fraktion eine gewisse Stimmigkeit zu erzielen. Herr Eckhoff, vielen Dank, dass es geglückt ist,

(Heiterkeit bei der SPD)

dass wir dazu gekommen sind! Nun stehen wir hier und haben eine gemeinsame Lösung gefunden.

(Zurufe von der SPD)

Ja, das kann man auch wechselseitig umdrehen! Man könnte ja zum Beispiel dieses und jenes fragen, aber das alles lassen wir jetzt einmal, sondern wir freuen uns, dass es zu einer Lösung gekommen ist, die vertretbar ist!

Liebe Frau Krusche, was das nun mit autogerechter Stadt und Space-Park zu tun hat, erinnert mich an meinen Lateinunterricht. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich das jetzt doch einmal sage, Cato hat ja immer wieder, ob es passte oder nicht passte, den Satz gesagt: „Carthaginem esse delendam!“ Lassen wir doch einmal all unsere Probleme, die wir vor uns hertragen und setzen sie nicht mit jedem konkreten Projekt in Verbindung!

Nun werden wir das Stadion schön ausbauen, wir werden die umliegenden Strukturverhältnisse verbessern, das Schwimmbad, die Promenade, den Bootshafen, das alles ist geplant. Die Finanzierung ist vertretbar, nicht so gut wie die erste. Wir haben der Sache gedient, und die Koalition hat bewiesen, dass sie auch in schwierigen Fragen zu einem appetitlichen Ende kommen kann. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/657 S, Kenntnis.

Leseförderung für Kinder und Jugendliche

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Dezember 2002
(Drucksache 15/662 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So bedauerlich wie wahr: Es wird in Deutschland immer weniger gelesen. Die Ergebnisse der Studie „Leseverhalten in Deutschland“, beauftragt durch das Bundesbildungsministerium, hat entsprechende Ergebnisse gebracht, ich trage sie Ihnen kurz vor: Haben im Jahr 1992 noch 16 Prozent der Deutschen täglich in ein Buch geschaut und es gelesen, waren es 2000 nur noch neun Prozent. Die Zahl derer, die

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

angaben, nie zu lesen, stieg in dieser Zeit von 20 auf 28 Prozent, und die Zahl derer, die alle 14 Tage einmal in ein Buch geschaut haben, erhöhte sich von sechs auf zehn Prozent.

Am dramatischsten hat der Bücherkonsum bei den Jüngeren abgenommen. Der Anteil derer, die nicht regelmäßig lesen, stieg bei den Vierzehn- bis Neunzehnjährigen von 17 auf 29 Prozent und bei den Zwanzig- bis Neunundzwanzigjährigen sogar von 42 auf 56 Prozent. Das sind erschreckende Zahlen! Nur 14 Prozent der Jugendlichen sind regelrechte Hobbyleser, oder, wie wir früher gesagt haben, Leseratten. 20 Prozent der Jugendlichen - das wusste ich übrigens nicht, habe mich aber überzeugt, dass das richtig ist - zappen entsprechend durch die Bücher wie in ihrem Fernsehkonsumverhalten, lesen mehrere Bücher auf einen Schlag.

Soweit die wichtigsten Ergebnisse der Studie, mit denen sich die Stadtbürgerschaft hier heute einhellig nicht zufrieden gibt und deshalb gemeinsam einen Antrag zur Leseförderung in Kindergärten und Schulen vorlegt! Die SPD-Fraktion begrüßt diesen breiten Konsens ausdrücklich, zeigt sich doch deutlich, dass wir auf einem guten Weg sind, bildungspolitisch außerhalb der gestrigen Grabenkämpfe zu agieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Idee für diese parlamentarische Initiative wurde auf der Skandinavienreise der Bildungsdeputation entwickelt, wo die hohe Wertschätzung des Lesens eindrucksvoll sichtbar wurde.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, bevor ich zu den einzelnen Maßnahmen komme, möchte ich noch kurz an die Ergebnisse der Pisa-Folgestudien erinnern. Der Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern ist überdurchschnittlich abhängig von der Sprachkompetenz der Kinder. Das wissen wir mittlerweile alle. In keinem anderen OECD-Land ist der Zusammenhang zwischen Leseleistung und sozialer Herkunft größer als in Deutschland, und kein anderes Land ist weniger in der Lage, familiäre und sozial bedingte Leseunlust in Hinwendung zu Büchern umzuwandeln.

Vor kurzem noch hat die UNICEF die ungleichen Bildungschancen vor allem in Deutschland beklagt. Die Wahrscheinlichkeit, sagt UNICEF, dass Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungsstand oder Migrationshintergrund nur unzureichend Lesen und Schreiben lernen, ist dreimal so hoch wie für Kinder aus privilegierten Kreisen. Diese Ergebnisse, da sind wir uns ja einig, dürfen sich in Deutschland und vor allem auch hier in Bremen,

wo wir die Verantwortung tragen, auf keinen Fall wiederholen.

Deshalb komme ich jetzt zum Antrag. Leseerziehung und das Heranführen an Bücher beginnen im Elternhaus. Mit dem Vorlesen, mit Gesprächen über das Gelesene, so sagen die Forscher, wird eine entscheidende Grundlage gelegt, die, wenn sie fehlt, später kaum noch eingebaut werden kann. Lesefähigkeit und Sprachfähigkeit gehören übrigens immer zusammen. Das so genannte Entwicklungsfenster - so haben wir es ja in der Debatte gelernt - für die Sprache, das sich öffnet, schließt sich relativ schnell. Die Hirnforscher sprechen davon, dass bereits im Alter von fünf bis acht Jahren dieses Entwicklungsfenster für Sprache geschlossen ist. Bei der Lesekompetenz geschieht das im Alter von 13 bis 15 Jahren. Was bis dahin noch nicht erreicht worden ist, ist schwer nachzuliefern. Ganz klares, eindeutiges Fazit: Die Rolle des Elternhauses kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Leider, meine Damen und Herren, lesen Erwachsene in noch höherem Maße als Kinder nicht mehr, also wird auch immer weniger vorgelesen. Laut Stiftung Lesen sank der Anteil der Kinder, die zu Hause zum Lesen animiert werden, von 46 auf 25 Prozent. Zusätzlich wird auch immer weniger miteinander gesprochen. Die Rituale wie gemeinsames Mittagessen fallen den sich - ich will das einmal freundlich so nennen - wandelnden Verhältnissen zum Opfer, ich bedauere das sehr. Viele Eltern setzen die Kinder auch in den Ferien lieber vor den Fernseher.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Ja, aber die Kinder sollen doch nicht beim Essen lesen! - Heiterkeit bei der CDU)

Das ist aus meiner Sicht richtig falsch, kann aber durch die Bremische Bürgerschaft per Antrag oder Gesetz nicht einfach verändert werden. Wenn also manche Elternhäuser - ich sage das einmal vorsichtig und zurückhaltend, ich möchte ja den Eltern nicht unrecht tun, die zu Hause vorlesen und sich darum kümmern - als Instanz für die wichtige Lesesozialisation ausfallen, so ist es richtig, dass sich alle Bildungseinrichtungen, für die wir Verantwortung tragen, verstärkt der Leseförderung und Lesekultur annehmen. Schon im Elementarbereich sollen deshalb entsprechende Bildungspläne erarbeitet werden. Das ist der erste Punkt unseres Antrags. Die Stiftung Lesen bietet hier übrigens erfolgreiche Fortbildungs- und Ausbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher.

Im zweiten Punkt unseres Antrags sprechen wir uns für die gemeinsame Verantwortung der Kindertagesstätten, Schulen und Bibliotheken aus. Es

muss mehr ins Bewusstsein rücken, dass hier ein Netzwerk entstehen muss. Ich wage mich damit also auf das schwierige Gebiet der Bibliotheksversorgung. Hier ist Deutschland in der Regel eher dürftig ausgestattet. Höchstens 20 Prozent der deutschen Schulen haben eigene Bibliotheken, und ich sage, das finde ich persönlich richtig schlecht und bedauere es sehr. Das ist umso bitterer, da wir wissen, dass andere europäische Länder, übrigens auch wirtschaftlich deutlich schwächere europäische Länder, an Schulen häufig bis zu 100 Prozent Bibliotheken vorhalten. Hier muss neu nachgedacht werden. Der Erhalt der Bibliothek der Gesamtschule Bremen-Ost ist für mich ein ermutigendes Beispiel.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt von der Stadtbibliothek übrigens, ich habe das extra einmal mitgebracht, ein sehr schönes Serviceangebot zur Leseförderung für Schule und Vorschule. Ich will nicht sagen, dass da nichts passiert, aber das Ganze muss noch ein bisschen auf breitere Füße gestellt werden, und es muss eine weiterhin verbesserte Zusammenarbeit entwickelt werden. Dies schließt unser Antrag in Punkt zwei mit ein.

Der dritte Punkt spricht für sich! Ich zitiere sinngemäß: Während der Schulzeit soll in der Grundschule und in der Sekundarstufe I dem Lesen größere Bedeutung zugemessen werden. Hierzu sollen die Instrumente der verlässlichen Grundschule und der sich entwickelnden Ganztagschulen genutzt werden.

Im vierten Punkt sprechen wir die Leseclubs an. Erfreulicherweise haben mittlerweile fast alle, Herr Senator, nämlich 71 der 72 Grundschulen, die wir in der Stadtgemeinde Bremen haben, Leseclubs beantragt. Also hinken wir mit unserem Punkt vier der Sache hinterher. Das ist aber mehr ein Anlass zur Freude, denn in dieser Woche hat der Haushalts- und Finanzausschuss die notwendigen Mittel für diese 71 Schulen freigegeben für Bücherpakete, Ausstattung, Betreuung und Autorenlesungen, insgesamt 465.000 Euro.

(Beifall bei der SPD)

In Punkt fünf gehen wir auf Leseaktivitäten, Vorleseaktivitäten, Lesewettbewerbe und weitere Veranstaltungen rund um das Buch ein, diese sollen gestärkt werden. Es geht hier auch um die breite gesellschaftliche Wertschätzung der Sprach- und Lesekultur. In Finnland haben wir den Landeswettbewerb „Der eifrige Leser“ kennen lernen können, an dem sich ganze Klassen beteiligen. Ich bin sicher, dass wir für Bremen gemeinsam ähnliche Konzepte entwickeln können.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren! Bei allen Maßnahmen - so haben wir es festgelegt in unserem Antrag, den wir heute beschließen - werden besonders sozial benachteiligte Gruppen und Jugendliche aus Migrantenfamilien in den Fokus unserer Aufmerksamkeit und Förderung kommen. Es ist ein erster Schritt, den wir hier heute verabschieden. Mein persönliches Ziel ist die Vision: Bremen liest! Im Zusammenhang mit der beschlossenen Bewerbung um die europäische Kulturhauptstadt und unserem breiten Konsens, den wir heute hier haben, denke ich, ist das sicher keine Traumtänzerie. In dem Sinne lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

(Abg. Kleen [SPD]: Jetzt kommt der Kollege Rohmeyer! Der kann auch lesen! Zuletzt hat er ein Buch gelesen von Dieter Bohlen! - Heiterkeit bei der SPD)

Abg. **Rohmeyer (CDU)**^{*)}: Nein, da kann ich Ihnen das Hörbuch empfehlen, das ist deutlich angenehmer, Herr Kollege Kleen!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst freue ich mich natürlich, dass wir mit der Drucksache 15/662 S das in den Händen halten, was das einzige Ergebnis der Finnlandreise der Bildungsdeputation ist.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ach, Herr Kollege, machen Sie es doch einmal anders!)

Wir haben umso freudiger diesem Antrag unsere Zustimmung erteilt, weil er in fast allen Teilen unsere ungeteilte Zustimmung findet, liebe Kollegin Hövelmann! Die Leseförderung ist ein Thema, das wir hier im Haus auch schon vor zwei Jahren diskutiert haben, als es darum ging, wie geht es weiter mit den damals 32 Leseclubs an den Bremer Schulen, wo der Senator hier in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft und anschließend in der Bildungsdeputation eine Perspektive aufgezeigt hat. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Arbeit der Bremer Leseclubs ist ungeheuer wichtig, sie wird jetzt hoffentlich auf 100 Prozent der Bremer Grundschulen ausgeweitet.

Dann müssen wir allerdings im nächsten Schritt auch erreichen, meine Damen und Herren, dass

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

diese Leseclubs in den Schulen eine viel größere Akzeptanz finden, denn ausweislich der Antwort des Senats vom 20. März 2001 gibt es im Durchschnitt nur 18 Schülerinnen und Schüler in einem Leseclub an einer Grundschule. Ich finde, da muss in den Schulen noch viel mehr getan werden. Ich bin mir aber sicher, dass wir mit dem Weg, den wir hier heute einschlagen, diese Akzeptanz in den Schulen auch erreichen werden, damit diese Leseclubs größer werden und die Leselust dort auch entsprechend steigt.

Wir haben Ihnen hier ein Maßnahmenpaket vorgelegt, die Kollegin Hövelmann hat es hier auch schon gesagt, das zum Teil schon veraltet ist, weil die Entwicklung viel schneller und erfolgreicher war, als wir es im Dezember, als wir diesen Antrag konzipiert haben, gedacht haben. Wir sind froh darüber, dass wir alle Bremer Grundschulen, bis auf die, die jetzt noch hoffentlich kommen werden, erreichen werden. Wir wollen, dass das Lesen gefördert wird. Es hat sehr viel mit Sprachkompetenz zu tun.

Ein ganz wesentlicher Satz ist der dritte Satz dieses Antrags, nämlich das Ziel der Leseförderung muss sein, dass die Kinder in kurzer Zeit Texte in deutscher Sprache sinnerfassend - und sinnerfassend ist auch das Wichtige in diesem Zusammenhang - lesen können, denn es ist das große Problem heutzutage, man liest im Unterricht, aber hinterher können viele mit dem Gelesenen wenig anfangen. Dazu machen wir auch im Bereich der Integration die Leseintensivkurse, die Sprachförderung ganz gezielt, denn es macht keinen Sinn, Unterricht durchzuführen, wenn die Kinder ihn nicht verstehen. Es macht auch wenig Sinn, entsprechende Texte in anderen Unterrichtsfächern zu bearbeiten, wenn die Kinder nichts mit diesen Texten anfangen können. Darum ist es sehr wichtig, dass wir im Kindergarten beginnen, über die Grundschule zur Sekundarstufe I und II gehen, um das Lesen insgesamt aufzuwerten.

Dazu gehört auch, das sage ich Ihnen ganz deutlich, dass wir auch im Rahmen der Sekundarstufe I die Debatte führen müssen, was eigentlich im Unterricht gelesen wird. Das ist eigentlich noch einmal wieder die Debatte, Rahmenlehrplan oder Fachlehrplan, aber auf jeden Fall gehört nach meiner festen Auffassung im Bereich des Deutschunterrichts dazu, dass wir einen Kanon haben von festgelegter Literatur, von festgelegten Autoren, die auf jeden Fall im Deutschunterricht vorkommen müssen. Das sind deutsche Klassiker, das ist aber auch die Literatur des 20. Jahrhunderts, da kann man nicht zu sehr in Beliebigkeit ausweichen.

Dort müssen meiner Ansicht nach auch Standards gesetzt werden. Das gehört auch zur Fortentwicklung einer solchen Leseförderung, damit wir hier dann auch tatsächlich erreichen, dass das, was in deutscher Sprache festgehalten wurde, als Literatur auch bei den Schülerinnen und Schülern entsprechend ankommt, so dass sie nicht nur Harry Potter lesen, wobei Harry Potter gewisse Verdienste um das Lesen erreicht hat, weil wieder viele zum Buch gegriffen haben. Man kann aber auch auf Erich Kästner verweisen, mittlerweile ist die dritte Verfilmung des fliegenden Klassenzimmers wieder ins Kino gekommen. Auch das kann dazu führen, dass in den Schulen auch wieder deutsche Kinderliteratur gelesen wird. Das sollte auch in Leseclubs, finde ich, eine gewisse Rolle spielen, so dass man hier auf jeden Fall das Interesse weckt.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Einrichtungen, Schule, Kindergarten und Bibliothek, in den Stadtteilen verbessern. Dazu gehört nicht nur die Gesamtschule Bremen-Ost, also die Stadtteilbibliothek in Osterholz, dazu gehört auch, dass sich Kultursenator Dr. Böse von dem Konzept, was Sie damals, Frau Dr. Trüpel, in der Ampelzeit auf den Weg gebracht haben, eins plus vier, verabschiedet hat. Wir wollen jetzt erreichen, dass wir hier in Bremen in den nächsten Jahren ein besseres Konzept haben werden, damit wirklich ein Bibliothekskonzept vorhanden ist, das auch die Kinder und Jugendlichen dazu animiert, in die Bibliothek zu gehen.

Dazu gehört auch, dass wir Schulbibliotheken nicht nur vorhalten, sondern auch weiter ausbauen. Dies allerdings einfach so zu sagen, ohne irgendeine Abstimmung zwischen Bildungs- und Kultursenator, wird ganz schwierig.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir bitten ja um Konzepte!)

Da müssen wir ganz einfach auf dem, was wir haben, also auf den bestehenden Kinder- und Jugendbibliotheken, aufbauen. Auf das Konzept freuen wir uns dann auch sehr, denn auch hier geht es darum, dass wir in den Stadtteilen in Zukunft Angebote haben werden.

Wir wollen darüber hinaus im Bereich der Integration auch verstärkt darauf achten, dass der Erwerb der deutschen Sprache nicht nur als lästige Pflichtaufgabe erfüllt wird, sondern dass wirklich auch ein Sprachgefühl geweckt wird, damit hier auch innerhalb kürzerer Zeit eine Identifikation mit der deutschen Kultur erreicht wird. Dazu gehört auch, dass man hier vor Ort wirklich mit viel Engagement darangeht, dass es nicht ein reines Pflichtprogramm sein wird.

Wir sind gespannt auf den Bericht. Wir freuen uns auf die Umsetzung und darauf, wie jetzt in der Vorlesezeit geschehen, dass viele Kinder sich auch wieder freuen, dass ihnen etwas vorgelesen wird, so dass sie dann hinterher zum Buch greifen und selbst lesen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein interfraktioneller Antrag, und es gibt selbstverständlich auch keinen Streit über diesen Antrag. Frau Hövelmann und Herr Rohmeyer haben zu Recht bemerkt, dass dieser Antrag selbst ein Ergebnis der Finnlandreise der Deputationen für Bildung ist. Das ist kein Grund, sich darüber lustig zu machen,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das habe ich nicht getan!)

sondern er ist genau da entstanden, wo wir gesehen haben, wie ein modernes Bildungswesen aussieht und was ein modernes Bildungswesen als Voraussetzung hat, damit es eben auch modern agieren kann.

Dieser Antrag ist nicht gedacht - in meiner Fraktion gab es da auch ein paar Bemerkungen - als eine Rückkehr zum Bildungsbürgertum, zurück zum Buch, und alle anderen Medien spielen keine Rolle mehr, im Gegenteil! Wir konnten in Finnland gut sehen, dass alte und neue Medien, Bücher und Fernseher und Computer gemeinsam im Unterricht eingesetzt werden, um die Ziele zu erreichen, von denen wir noch weit weg sind, ein Leseverständnis wie zum Beispiel in der Pisa-Studie.

Wir haben uns jetzt hier nicht auf die neuen Medien eingelassen, weil wir dazu genug Debatten haben, sondern wir haben in diesem Fall auf das hingewiesen, von dem Frau Hövelmann schon deutlich gesagt hat, was hier fehlt: die Lesekompetenz, nicht nur mit dem Buch, sondern auch bei anderen Gegenständen, aber insbesondere mit dem Buch! Insofern, finde ich, ist es gut, dass wir ein Ergebnis der Finnlandreise haben.

Zu diesen modernen Einrichtungen in Finnland - und wir finden das dann auch im Antrag wieder, es ist schon angedeutet worden - gehört zum Beispiel der Punkt Schulbibliotheken, auf den Herr Rohmeyer zuletzt eingegangen ist. Nun muss

man nicht denken, dass jede Schule für sich allein eine riesige Bibliothek hat, oft haben benachbarte Schulen gemeinsame Bibliotheken, die sie auch gemeinsam betreuen. Das gemeinsame Betreuen ist nicht personalintensiv, da keine Unzahl von Bibliothekaren benötigt wird, sondern das sind Lehrerinnen und Lehrer, andere pädagogische Kräfte, die es in Finnland in den Schulen ja gibt -

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Schülern!)

das sage ich ja gerade, Frau Hövelmann, ob wir sie nun Schülern oder wie auch immer nennen, das ist gar nicht das Problem! -, andere pädagogische Kräfte, die keine Lehrerausbildung hinter sich haben, Eltern und Schüler, die aktiv dabei sind, um eine solche Bibliothek nicht nur zu verwalten, sondern auch auf- und auszubauen.

Das ist ein Hinweis darauf, dass dort auch eine andere Kultur im Umgang mit dem Lernen herrscht, wo wir noch viel zu erwerben haben. Deshalb ist es zwar richtig, Herr Rohmeyer, dass man das behutsam planen muss und da den Schulen nicht einfach Millionen Euro zur Verfügung stellen kann. Das Ziel muss aber sein, dass wir in Bremen den Anteil von nicht einmal zehn Prozent aller Schulen, die in der Grundschule und im Sekundarstufe-I-Bereich solche Bibliotheken haben - neun Schulbibliotheken gibt es gerade noch, glaube ich, die oft auch nicht im besten Zustand sind -, erhöhen und wenn man sich das einmal genauer anschaut, um da wieder einen Schritt voranzukommen. In Finnland gehen diese Schulbibliotheken im Übrigen ausdrücklich auf alle Les- und Lernbedürfnisse ein. Das sind nicht einfach nur Bibliotheken, die Bücher verleihen, dort gibt es alle neuen Medien.

Was mich persönlich besonders beeindruckt hat, sowohl in der Zentralbibliothek in Helsinki als auch in einzelnen Schulbibliotheken: Diese Bücher gibt es eigentlich für alle in finnischen Schulen, in finnischen Städten vertretenen Nationen. Es gibt Kinder- und Jugendbücher, zum Beispiel in Helsinki, in 43 Sprachen von größeren Migrantengruppen, die in der Stadt sind. Die können auch Bücher in ihrer Muttersprache ausleihen. Sie werden angehalten, auch über diese Lesewettbewerbe, sowohl finnisch oder schwedisch - die Staatsprachen - als auch ihre Muttersprachen zu lernen, im Gegenteil, sie sind verpflichtet, das zu tun. Das ist ein gutes Werk, von dem wir noch viel lernen können, obwohl es auch schon eine bildungspolitische Debatte darüber gegeben hat, dass nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch die Beherrschung und das Lesen der eigenen Mutter-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

sprache auch als Zugang insgesamt zu allen Medien hilft, insbesondere auch zum Buch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Drei kleine Aspekte, die nur darauf hindeuten, dass ein modernes Schulsystem von Finnland lernen kann! Man kann auch von anderen Ländern lernen, in Dänemark, Schweden und Norwegen zum Beispiel gibt es das im gleichen Umfang. Da können wir genauso hinschauen, was schon äußerst sinnvoll ist für die Debatte nach Pisa.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Deswegen erlaube ich mir zum Schluss: Herr Rohmeyer, es ist im Moment das erste Ergebnis der Finnlandreise. Ich hoffe, vor oder nach dem 25. Mai wird diese Reise und andere Reisen noch eine Menge weiterer Ergebnisse haben, damit wir nicht zu solch einem Schluss kommen, wie wir es heute in einer Mitteilung des Verbandes der Schulleiter an Gymnasien lesen konnten: „Deutschland hat weder das Geld noch hat es die Kultur, um ein solches Bildungssystem wie in Finnland hier aufzubauen.“ Das ist eine beschämende Aussage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, wir sollten von uns aus alles dafür tun, dass wir dahin kommen, wo solche erfolgreichen Länder hinkommen. Mehr will ich dazu anlässlich der Leseförderung nicht sagen. Die Leseförderung ist ein Teil, Herr Rohmeyer, eines modernen Schulsystems, aber nicht alles!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erlebe eine sehr wohlthuende und einstimmige Debatte. Ich sehe kaum Unterschiede, wenn ich mir die unterschiedlichen Redebeiträge sehr genau angehört habe. Deshalb will ich mich in ganz kurzen Thesen noch einmal auf das beschränken, was ich aus meiner Sicht als besonders wichtig ansehe angesichts des Fundamentes, über das wir reden, wenn wir uns in diesen Monaten bemühen, die furchtbaren Pisa-Ergebnisse für unser Land zu korrigieren.

Da ist die Sprache und das Lesen etwas ganz Wesentliches, und da haben wir offensichtlich in den vergangenen Jahren oder vielleicht auch Jahrzehnten erhebliche Defizite gehabt, und es ist hohe Zeit umzusteuern. Wir steuern nicht seit der

Finnlandreise um, aber wir haben dort ganz konkrete Dinge gesehen, die wir als so wichtig empfunden haben, dass wir uns dort gemeinsam hingegesetzt, und die ersten Ergebnisse schon gleich zu Papier gebracht und gesagt haben, das wollen wir weiter und ganz beschleunigt umsetzen, und das haben wir getan. Dazu ganz kurze Anmerkungen!

In der Vorschule sind unbedingt die notwendigen Schritte einzuleiten, um hier vorhandene Defizite bereits zu diagnostizieren und entsprechende Fördermechanismen einzuleiten. Dazu brauchen wir die Elternhäuser, insbesondere der Kinder, die Frau Hövelmann hier auch angesprochen hat, die von sich aus nicht auf die Idee kommen - und das werden ja, wie wir gehört haben, leider immer mehr -, abends ihren Kindern etwas vorzulesen. Das Vorbild ist ein ganz wesentliches Element der Erziehung, und wenn es fehlt, dass die Eltern zu Hause lesen und vorlesen, wie sollen die Kinder es dann einüben können, es übernehmen können, wie das in anderen Ländern der Fall ist - Herr Mützelburg hat auch in diesem Bereich deutlich auf Finnland hingewiesen -, wie sollen wir es umsetzen, wenn es von Hause aus den Kindern leider nicht vorgelebt wird?

Wir haben in der großen Koalition dafür gesorgt, dass seit dreieinhalb Jahren konsequent die Grundschule gestärkt wird. Die letzte Etappe, die wir jetzt in Gang geschoben haben, ist, dass die Erst- und Zweitklässler ab dem kommenden Schuljahr eine Stunde in Deutsch und eine Stunde in Mathematik zusätzlich zum Unterricht bekommen im Rahmen ihrer Grundschule, eine absolut richtige Antwort, auch hier den Lesebereich zu stärken.

Kurz angesprochen worden ist bereits die seit 2001 sehr erfolgreich angelaufene Initiative, der Leseintensivkurs. Ich habe gerade in diesen Tagen eine erste, etwas umfangreichere Evaluation bekommen über den Verlauf dieser bisher zehn, ab 1. Februar 14 Kurse, die wir in den verschiedenen Grundschulen gemacht haben. Für diejenigen, die sich nicht so genau auskennen, erlaube ich mir eine ganz kurze Beschreibung! Wir prüfen nach Klasse eins, welche Kinder überhaupt noch nicht lesen gelernt haben. Warum machen wir das? Weil wir in Klasse fünf erlebt haben in den letzten Jahren, dass viele - und nicht wenige - Kinder nicht lesen können, was ein absoluter Skandal für unsere Schulen, für unsere Bildungspolitik ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt sagen wir also, bitte, überprüft ganz flächendeckend in allen ersten Klassen, wie stehen die

einzelnen Kinder. Die Kinder, die wirklich überhaupt nichts mitbekommen haben, ziehen wir aus dem Unterricht heraus und geben sie in einen elfwöchigen Kurs, mit nur sechs, sieben, manchmal acht, aber in der Regel sechs Kindern, und diese Kurse bewirken Wunder. Das Tolle ist, die Klassenlehrer waren zum Teil sehr skeptisch und haben gesagt, gebt uns lieber Stunden, und dann sorgen wir dafür, dass die bei uns im normalen Schulbetrieb ein bisschen Förderunterricht bekommen. Davon bin ich total abgegangen.

Diese Leseintensivkurse haben erbracht, dass diese Kinder bis zu drei Noten, wenn man sich das im alten Notenbild vorstellt, springen und problemlos integriert werden können in den normalen Deutschunterricht, ein Riesenerfolg! Ich bin sicher, dass wir auf diesem Weg ganz konsequent und sehr erfolgreich weitergehen werden, weil das dazu führen wird, dass wir in Zukunft in Klasse fünf kaum noch Kinder, wenn nicht überhaupt keine Kinder mehr haben, die nicht lesen können, was ein absoluter Skandal ist, wie ich bereits gesagt habe.

Das Nächste, aber besonders Positive bei den Leseintensivkursen ist, dass Sie herausfiltern können, wer auch nach diesen elf Wochen noch nicht lesen gelernt hat. Bei dem muss etwas sein, etwas diagnostiziert werden, wo wir den Dingen vertieft auf den Grund gehen müssen, wo wir die LRS, Lese-Rechtschreib-Schwäche, diagnostizieren müssen, und wo wir nicht, wie bisher, die Eltern sich selbst überlassen, sondern wo wir innerhalb von kürzester Zeit den Eltern dann in Kooperation mit den Sonderschulpädagogen, die diese Leseintensivkurse machen, Termine besorgen. Sie müssen nicht Monate, ein viertel oder halbes Jahr, habe ich mir sagen lassen, warten, bis sie ihre Kinder dort testen lassen können, und jetzt - das wurde übrigens von unseren finnischen Freunden auch als Skandal empfunden -, im Augenblick, schicken wir die Eltern mit den LRS-Kindern in kommerzielle Angebote. Wir entziehen uns der bildungspolitischen Verantwortung, auch wieder ein völliger Skandal, meine Damen und Herren! Wir schicken sie in kommerzielle Angebote, was absolut nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der SPD)

Hier bauen wir jetzt ganz systematisch ein Angebot in den Regionen. Das kann ich nicht in jeder Schule anbieten, völlig unmöglich, aber in jeder Region wird es mindestens einen LRS-Kurs am Nachmittag geben, unabhängig vom normalen Unterricht, an dem die Kinder weiterhin teilnehmen sollen. Dort können die Eltern die Kinder hinschicken, so wie sie sie heute in die Innenstadt schicken, um diese kommerziellen Angebote

wahrzunehmen, die sehr teuer sind und viele Familien sehr stark belasten. Da arbeiten wir übrigens mit der Sozial- und Jugendsenatorin sehr eng zusammen, die im Augenblick diese Probleme abwickelt. Wir wollen hier eine enge Kooperation im Interesse der Eltern und insbesondere natürlich ihrer Kinder hier vornehmen.

Fünfter Punkt, das ist aber bereits zweimal gesagt worden, die Leseclubs! Sie haben uns im Dezember den Auftrag gegeben, das Angebot auf 50 anzuheben. Mittlerweile stellen wir fest, von 73 Grundschulen, die wir haben, haben bis heute Morgen 71 Leseclubs beantragt, übrigens nicht zwangsweise, sondern freiwillig. Das war mein Wunsch, als wir das umgesetzt haben, das sollen nur die Schulen machen, die wirklich das Projekt, das Konzept gut finden und die sich auf den Weg machen wollen. Es ist mit Arbeit verbunden, und es gibt nur eine einzige Entlastungsstunde für das gesamte Konzept, für die gesamte Umsetzung. Das ist bitter wenig, aber wenn wir wenig Geld haben, dann müssen wir eben mit dem wenigen das Gute umsetzen. Deshalb habe ich gesagt, nicht Anordnung, sondern freiwillige Entwicklung dieses überaus guten Programms.

Die Teilnehmerzahl ist nicht so wahnsinnig wichtig, Herr Rohmeyer, weil damit diese Kinder speziell angesprochen werden, die nicht große Laune, große Lust haben, ein Buch in die Hand zu nehmen. Die Kinder, bei denen sich das normal entwickelt, wollen wir damit schwerpunktmäßig nicht ansprechen, sondern die Lehrer nehmen sich die Kinder, die ein wenig Distanz zum Lesen haben, und da greift ein unheimlich guter Mechanismus. Die Kinder werden beauftragt, über die Bücher, die sie in den Leseclubs lesen, kleine Berichte zu schreiben und die Bücher zu zensieren, was Grundschüler mit großer Freude, wie ich genommen habe, gern machen. Sie werden damit, wenn Sie so wollen, geködert, ein Buch zu lesen, und gespannt auf das nächste warten, weil sie es wieder benoten dürfen, und dann kommt ein Ranking, und dann kommt Radio Bremen, und dann können sie diese Listen im „Weser-Kurier“ nachlesen. Das ist spannend für die Kinder, und deshalb ist es dort nicht unbedingt notwendig, alle Kinder zu erreichen, sondern die Kinder, die wir zum Lesen führen wollen.

Zum Zugang zu den Bibliotheken kann ich auch nur sagen, dass ich Ihre Meinung teile. Das müssen nicht riesige, teure Apparate sein, sondern da genügt es, wenn wir kleine Räume in den Grundschulen haben - das will ich auch flächendeckend erreichen -, dass kleine Bibliotheken vorhanden sind ohne große Freistellung, ohne viel Personal, sondern dass die Schulen verstehen, dass es dazugehört, dass man den Kindern kleine Bibliothe-

ken zur Verfügung stellt, denn nicht alle Kinder haben zu Hause die Möglichkeit oder das Glück, dass die Eltern darauf achten, dass auch zu Weihnachten oder bei den Geburtstagen entsprechende Kinderbücher auf dem Tisch liegen. Deshalb hat hier die Schule eine Verantwortung, für das Elternhaus einzuspringen.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorlesewettbewerb, ich erinnere mich an eine Anfrage hier aus dem Haus, ich glaube, es kam von der CDU, die Frage, wie ist es mit den Wettbewerben, und ich war damals eigentlich ganz zufrieden, dass etwa ein Drittel der Grundschulen und der Sekundarstufe I - -.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Kam von uns!)

Entschuldigung, ich hatte gedacht, das kam von der CDU! Ich nehme das zurück, es kam von den Grünen.

Wir hatten nur ein Drittel offensichtlich damals. Meine Damen und Herren, auch hier habe ich den Auftrag an die Schulen gegeben, sich verstärkt damit zu beschäftigen, um auch diesen Wettbewerb positiv anzunehmen. Da soll nicht jeder auf dem Podium stehen und den ersten oder zweiten Platz haben, aber man weiß, wie Kinder auf solche Wettbewerbe auch mit Freude abfahren. Da soll jeder eine Urkunde bekommen, der daran teilnimmt. Da muss nicht jeder Erster werden, aber sie sollen mit Freude ein wenig üben und Spaß daran haben, im Klassenverband zu lesen, so wie Frau Hövelmann diesen neuen Wettbewerb, den wir dort aus Finnland mitgenommen haben, den eifrigen Leser - -. Die Klassen sind im Wettbewerb, wo werden die meisten Bücher gelesen? Das ist der Sinn dieses Wettbewerbs. Die Kinder müssen anstreichen, welche Bücher sie gelesen haben, und das steht dann im Wettbewerb mit anderen Klassen der Schulen. Ich finde das sehr positiv und würde es sehr begrüßen, wenn es auch noch erfolgreicher lief, und ich bin sehr positiv eingestellt, dass es läuft.

Außerdem, meine Damen und Herren, habe ich heute Morgen mit Freude zur Kenntnis genommen, dass es in einigen Buchhandlungen in Bremen eine Urlaubssperre gibt, und ich habe gesagt: Wie das? Wir haben im Augenblick ein Programm laufen, weil wir die Schulen angeschrieben haben. Im Rahmen der Pisa-Maßnahmen der großen Koalition haben wir 1,5 Millionen Euro für die Beschaffung von neuen Schulbüchern bekommen und setzen das jetzt um. Das setzt die Buchhandlungen aber so unter Druck, dass sie kaum nachkommen wegen der ganzen Bestellungen, die

jetzt eingegangen sind. Alle Schulen haben sich gemeldet, alle Schulen ausnahmslos haben die Dinge, die veraltet sind, die Atlanten oder die Deutschbücher zum Teil mit der alten Grammatik, mit der alten Rechtschreibung, dass hier die Schulen das sehr gut angenommen haben und hocheifrig waren, dass hier das so schnell und konsequent umgesetzt worden ist. Wir haben es begonnen, unabhängig von der Beschlussfassung im Haushaltsausschuss, und ich bin sehr dankbar, dass das alles so reibungslos und flott durchgegangen ist.

Allerletzter Punkt: Sie erinnern sich, meine Damen und Herren, sehr genau an den großen Erfolg, den die große Koalition im Bereich der neuen Medien gestartet hat. Vor drei Jahren ging das los, und wer heute durch die Schulen geht, weiß, dass wir hier einen Quantensprung geleistet haben. Sehr wohl ist mir aber die Kritik derjenigen im Ohr, die gesagt haben, ist ja schön und gut das mit den neuen Medien, und heute kann ich nachvollziehen, warum damals ein wenig Kritik an unserem großen Programm bestand, zu dem ich nach wie vor uneingeschränkt stehe. Das Entscheidende ist aber natürlich, insofern kann ich diese Kritik im Nachhinein verstehen: Erst einmal müssen die Kinder, die Schülerinnen und Schüler, ein Leseverständnis ausgeprägt entwickelt haben, erst dann können wir sie fit machen, denn das ist eine unabdingbare Voraussetzung für einen Umgang mit den neuen Medien, mit dem Computer, und deshalb ist es allerhöchste Zeit, dass wir dieses Projekt so einvernehmlich weiter pushen. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/662 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung

Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2003
(Drucksache 15/665 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 54 vom 14. Januar 2003

(Drucksache 15/668 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ökologie muss bei der Abfallsammlung an erster Stelle stehen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Januar 2003
(Drucksache 15/671 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das mittlerweile monatelange Gehampel um die Schaffung eines Abfallwirtschaftskonzeptes 2004 belegt wieder einmal die Handlungsunfähigkeit der großen Koalition. Nun wollen Sie die Entscheidung offensichtlich auch noch bis zur Wahl aussetzen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das neue Abfallwirtschaftskonzept 2004 unter großem Zeitdruck und ohne Beteiligung der Beiräte im Mai 2002 beschlossen werden sollte. Das hat in der Deputation die CDU blockiert, und seitdem streiten Sie sich darum, wie denn die Abfallwirtschaft in Bremen zukünftig aussehen soll.

Meine Damen und Herren, die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt haben ein Recht darauf, vor der Wahl zu erfahren, was sie denn erwartet und was die jeweiligen Fraktionen vertreten. Wir Grünen wissen jedenfalls, wofür wir stehen, und das bringen wir mit dem heute zur Debatte stehenden Antrag zum Ausdruck.

Doch noch einmal kurz zurück zum Sachstand! Bremen hat ein funktionierendes System der Altpapiersammlung, das mit kurzen Wegen und wenig Aufwand für die Bürger und Bürgerinnen das Papierrecycling ermöglicht. Das wollte der Senator für Bau und Umwelt im Mai 2002 aus Kostengründen ändern. Die darauf folgende monatelange Auseinandersetzung der großen Koalition gipfelte dann in dem absurden Beschluss, gleich beides abzuschaffen, nämlich die Bündelsammlung und die Sammelcontainer. Schon wenige Tage später wurde glücklicherweise diese ökologisch völlig unsinnige Entscheidung zurückgenommen und dieses Konzept gekippt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt nun weiterhin keine Einigung zwischen SPD und CDU. Meine Damen und Herren, wir Grünen fordern Sie an dieser Stelle auf, umgehend entsprechend unserem Antrag eine Einigung herzustellen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt für die Abfallwirtschaft, dass eine Veränderung der Altpapierentsorgung nur so erfolgen darf, dass die hervorragende Recyclingquote der Stadt Bremen erhalten bleibt. Die Pflicht zur Benutzung der blauen Tonne darf es ebenso wenig geben wie den Abbau bewährter Sammelsysteme. Der Bedarf an einer blauen Tonne und der mit ihrer Einführung verbundene Kostenaufwand sowie die Überprüfung der existierenden Wertstoffsammelplätze sind mit den Beiräten zu beraten. Die Beiräte sind endlich in die Beratungen einzubeziehen. Vor allem fordern wir Grünen den Senat

auf, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die eine Gefährdung der aktuellen Recyclingquote nach sich ziehen würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Solange tausendjährige kanadische und malaysische Regenwälder für unsere Zeitschriften, für unser Toilettenpapier abgeholzt werden, so lange ist jede Tonne Recyclingpapier wichtig.

Zweitens muss man sich auch vor Augen halten, dass bei der Herstellung von Papier aus Frischfasern doppelt so viel Energie verbraucht wird, erheblich mehr Abwasser entsteht und auch mehr Frischwasser verbraucht wird. Papierrecycling ist ein wirklich ausgesprochen ökologischer Umgang mit wertvollen Ressourcen, und es ist ein Beitrag zum Klimaschutz.

Der zweite Punkt unseres Antrags besteht darin, dass wir Sie auffordern, auf die obligatorische Einführung der blauen Tonne zu verzichten. Hier ist hinlänglich bekannt, dass erstens die blaue Tonne nicht in jedem Haushalt gestellt werden kann, es ist aber auch klar, dass sie auch nicht von jedem oder jeder aus einem Kellerraum heraus transportiert werden kann. Auf der anderen Seite, wenn man sich die Leserbriefe der vergangenen Woche ansieht, ist auch festzustellen, dass es Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt gibt, die durchaus eine blaue Tonne bevorzugen würden. Das heißt, eine Einführung auf freiwilliger Basis ist völlig in Ordnung.

Drittens fordern wir einen Bericht bis zum 31. März, der bestimmte Berechnungen vornimmt und Einsparmöglichkeiten zeigt, um letztendlich auch Gebührenstabilität bei einem bürgerfreundlichen und ökologischen System zu ermöglichen. Das heißt, wir fordern den Senat auf zu prüfen, welche Einsparmöglichkeiten insgesamt noch vorhanden sind, um eine Gebührenerhöhung 2004 zu verhindern. Hierbei sind, was bisher nicht erfolgt ist, auch die Bevölkerungsentwicklung und die Menge des Restmüllaufkommens zu berücksichtigen.

Des Weiteren wollen wir die Prüfung, inwiefern Kosteneinsparungen möglich sind, wenn man bestimmte Wertstoffsammelplätze in Gänze abbaut, das heißt Glas und Papier, und damit andere Standorte aufbaut. Das ist auch ein Beschluss der CDU gewesen, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Aufbau der Plätze dann in Bereichen von Gewerbegebieten oder großen Supermärkten erfolgt.

Nicht zuletzt wollen wir, dass die Beiräte nun endgültig beteiligt werden. Das ist im Übrigen auch erforderlich aufgrund des Beirätegesetzes. Unabhängig von diesen rechtlichen Notwendigkeiten

möchte ich Ihnen dieses Erfordernis auch anhand eines Zitats aus dem Brief eines Ortsamtsleiters, nämlich des Ortsamtsleiters West, Hans-Peter Mester, verdeutlichen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus einem Brief vom 7. Mai 2002:

„Sehr geehrte Frau Senatorin, wenn jetzt zu Recht das derzeitige Entsorgungssystem auf den Prüfstand kommt, wird es nach meiner Einschätzung nicht ausreichen, die angestrebten Veränderungen vorab in groben Zügen über die Medien darzustellen, Ende Mai einen Deputationsbeschluss herbeizuführen, den Gesamtbeirat zu informieren und im Anschluss dem staunenden Endverbraucher die neuen Regeln in einem Faltblatt zu erklären. Beiräte und Ortsamt sind in der Funktion als vorgelagerter Wellenbrecher für Volkszorn aller Art und Güte zwar sturmerprobt, sollten aber dabei gerade in diesem Fall nicht allein gelassen werden.“ Soweit das Zitat des Ortsamtsleiters!

Wir Grünen, noch einmal zusammengefasst, schlagen also vor, dass Sie jetzt hier und heute Farbe bekennen zur blauen Tonne, zu dem bewährten Recyclingsystem, das dazu geführt hat, dass Bremen Spitzenreiter bei der Recyclingquote von Papier ist, und wir fordern Sie auf, alle Einsparmöglichkeiten zu evaluieren.

Darüber hinaus - das steht jetzt nicht in unserem Antrag - bitten wir aber auch darum, die Einnahmeseite der Bremer Entsorgungsbetriebe zu verbessern. Zum Beispiel hätte eine Windenergieanlage schon längst dort auf der Deponie installiert sein können, die natürlich die Einnahmeseite verbessert. Zudem ist die Deponie hervorragend geeignet, die Sonnenenergie auszubauen und auch eine Biogasanlage zu installieren. Man kann natürlich auch Gebührenstabilität erreichen, indem man die Einnahmeseite verbessert. Das ist eine weitere Forderung von uns Grünen an Sie, auch diesen Weg zu nutzen. Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, Frau Mathes, dass Sie gern wollen, dass wir hier und heute die Position der Grünen beschließen. Sie werden umgekehrt Verständnis dafür haben, dass wir das nicht tun, insbesondere dann nicht - nein, auch nicht ein bisschen, wir werden den Antrag insgesamt ablehnen! -, wenn wir nicht mit allen Positionen, die dort vertreten werden, übereinstimmen

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Schade eigentlich!)

und wenn Ihr Antrag auch nicht zielführend ist. Man muss noch einmal prüfen, ob er wirklich die Probleme löst, um die es eigentlich geht.

Richtig ist, und das werden wir hier heute nicht, davon gehe ich einmal aus, ellenlang darstellen, dass die SPD ebenso wie die CDU eine Position zu dem Thema hat. Es ist also nicht so, dass wir nicht wüssten, was wir individuell beziehungsweise als Parteien wollten.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das allein reicht nicht!)

Genau! Es reicht nicht in Koalitionen, sondern man muss sich auch noch auf eine Position einigen, die alle beteiligten Parteien tragen können! Das ist uns bisher nicht geglückt, das ist bekannt, das ist aber, finde ich, auch gar kein Problem, weil dieser Zeitdruck, den Sie jetzt hochstilisiert haben, nicht ganz so da ist.

Lassen Sie mich aber die Debatte nutzen, um die Position der SPD kurz zu erläutern! Sie haben Recht, dass es im Grunde genommen ein vernünftiges System der Entsorgung ist, das auch ökologisch viele Vorteile bringt, das allerdings dennoch nicht optimal ist, sondern aus unserer Sicht zwei Probleme aufweist.

Wenn keine Änderungen im entsprechenden Umfang vorgenommen werden, ist es unabweisbar, dass wir ab 2004 eine Gebührenunterdeckung haben werden. Diese Gebührenunterdeckung kann man eine Zeit lang mitmachen. Spätestens danach muss man die Gebühren erhöhen, weil ich kaum glaube, dass wir der Meinung sind, aus dem öffentlichen Haushalt diesen Bereich bezuschussen zu wollen. Das würde nach dem heutigen Stand eine Gebührenerhöhung von zirka sieben Prozent erfordern. Nun kann man sagen, das ist gar nicht so schlimm, acht Jahre waren die Gebühren stabil. Trotzdem finde ich es keine prickelnde Idee, wenn man das System insgesamt nicht verbessert, aber dennoch dem Bürger mehr Geld abknöpfen muss.

(Beifall bei der SPD)

Da geht es darum zu überlegen, wie kann man das System verbessern, wie kann man eine Gebührenerhöhung vermeiden. Das ist ein Ausgangspunkt.

Der zweite Ausgangspunkt: Es ist so, dass die Stadtsauberkeit durch die bestehenden Sammelsysteme beeinträchtigt ist. Der gelbe Sack ist ein

Problem, und das Papiereinsammeln ist auch ein Problem, wenn das Papier als Bündelsammlung auf der Straße liegt oder häufig nicht in die Container, sondern daneben geworfen wird. Es ist ein großes Ärgernis. Dieses Problem muss man angehen. Da kann man nicht einfach sagen, es bleibt so, wie es ist, und der Rest interessiert uns nicht.

(Beifall bei der SPD)

Aus dieser Ausgangssituation ergibt sich, auch weil das System insgesamt eigentlich nicht schlecht ist, ein Zielbündel: Das Erste ist, Kosten zu sparen, das Zweite ist, die Sauberkeit zu verbessern, und das Dritte ist - das geben wir deswegen nicht auf -, es muss ökologischen Kriterien genügen, das bedeutet, wir brauchen eine hohe Recyclingquote, und das System muss viertens insgesamt bürgerfreundlich sein. Das sind die Punkte, die erfüllt werden müssen. Wenn man so eine Lösung hat, dann kann man das vereinbaren und sollte es dann auch umsetzen.

Die Eckpunkte unseres Konzeptes kann ich auch noch einmal kurz darstellen, damit wirklich klar ist, weswegen wir bestimmte Forderungen vertreten. Es geht zum einen - darüber wird jetzt kaum noch geredet, weil hier im Wesentlichen Konsens herrscht und die Schritte eingeleitet sind - um die Einsammlung von Verpackungsmüll. Wir werden leider an dem Trennsystem Duales System nicht vorbeikommen, weil es uns bundesrechtlich vorgeschrieben ist. Deswegen wollen wir den gelben Sack stabiler haben, und wir wollen auf rein freiwilliger Basis eine gelbe Tonne einführen, die erstens nicht schwer ist und zweitens wahrscheinlich nicht viel mehr Platz braucht als der gelbe Sack im Haus. Bei mir im Haushalt ist es so, dass wir in den zwei Wochen zwei, manchmal sogar drei gelbe Säcke produzieren, die in einer Tonne Platz finden könnten.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, wir sind eine vierköpfige Familie, da fällt sehr viel an! Inzwischen gibt es ja fast alles nur noch in Leichtverpackungen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Du sollst auch keine Bierdosen nehmen! - Heiterkeit)

Ich habe auch nie Bierdosen! Ich präferiere Wein, muss ich gestehen, und schon gar keine Bierdosen! Wenn, dann Bierflaschen!

Dabei fordern wir eine stärkere Kontrolle - das Thema hatten wir ja vorhin -, inwieweit eine missbräuchliche Befüllung stattfindet. Dies soll entsprechend verfolgt werden.

Zweiter Eckpunkt unseres Konzeptes ist, die Altpapiersammlung über Papiercontainer wegen der Kosten zumindest erheblich einzuschränken, unter Umständen ganz abzuschaffen, die Altpapiersammlung durch die Einführung einer blauen Tonne auf freiwilliger Basis - ich betone, auf freiwilliger Basis - zu ergänzen,

(Beifall bei der SPD)

die Bündelsammlung beizubehalten und natürlich auch die bestehende Altpapiersammlung über die Recyclinghöfe beizubehalten.

Jetzt ist die Frage, und das ist ja dann ein Streit, weswegen wollen wir eigentlich die Container abschaffen und die Bündelsammlung behalten, zumal die Bündelsammlung auch Dreck macht. Das ist uns allen bekannt. Dahinter stehen zwei recht einfache Argumente. Zum einen: Wenn man die Prämisse Kosteneinsparung hat, dann muss man sehen, dass man versucht, die verschiedenen Systeme, die wir haben, zu reduzieren. Bündelsammlung und Altpapier über die blaue Tonne einsammeln ist ein Arbeitsgang, geht also mit den gleichen Wagen. Es geht mit den vorhandenen Wagen, das kann man in einem Arbeitsgang machen. Es entstehen keine zusätzlichen Kosten dadurch, dass man ein zusätzliches Angebot eingeführt hat. Dagegen sind die Papiercontainer ein eigenes System, das erheblich Geld kostet. Es ist der größte Batzen, der im Moment über die Altpapier einsammlung finanziert wird.

Das zweite Argument ist, dass eine blaue Tonne, die im Prinzip, wenn sie überall zu stellen wäre, das optimale System wäre. Sie ist bequem, der Bürger hat sie direkt vor der Nase, braucht sie nur hinauszuschieben. Aber wir wissen, dass das in vielen Haushalten Bremens nicht geht und dass viele ältere oder gebrechliche oder aus irgendwelchen Gründen behinderte Menschen mit dieser Tonne Schwierigkeiten haben. Für die ist allerdings im Normalfall der Papiercontainer, zu dem man mit dem Auto hinfährt, keine Alternative, denn diese Personen besitzen häufig kein Auto. Sie brauchen ein bequemes System, das direkt an der Haustür ansetzt. Das ist die Bündelsammlung. Aus diesen Gründen, weil es zum einen kostengünstiger ist und zum anderen, weil es gerade die Zielgruppe, die Schwierigkeiten hat, mit Papiertonnen umzugehen, am meisten begünstigt, präferieren wir die Bündelsammlung.

Jetzt lassen Sie mich noch zu drei kurzen Punkten Stellung nehmen! Die hohe Recyclingquote wird sich bei unseren Vorstellungen etwas reduzieren, das ist richtig. Allerdings muss man auch wissen, dass im Moment der bremische Gebührenzahler massiv auch das Altpapier des Bremer Umlandes

mitfinanziert, weil gerade die Papiercontainer dazu in erheblichem Maß genutzt werden. Das ist allen bekannt, die Papiercontainer an Hauptstraßen sehen.

Zudem würde Gewerbetreibenden die Möglichkeit genommen, mißbräuchlich auf Kosten der Gebührenzahler ihren Papiermüll oder ihren Pappmüll zu entsorgen. Auch da finden wir es zumutbar, dass sie die regulären Wege dafür in Anspruch nehmen und ihren Papiermüll so entsorgen und auch die Kosten dafür tragen.

Der zweite Punkt betrifft den Vorschlag zur BEB. Dazu stellen wir fest: Die BEB ist inzwischen zu einem Rumpfbetrieb zusammengeschrumpft. Dort gibt es keine Rationalisierungsmöglichkeiten, die geeignet sind, 3,5 Millionen Euro, die jährlich an Kosten eingespart werden müssen, zu erwirtschaften. Diese Summe ist unmöglich bei der BEB herauszuholen. Deswegen sollte man auch diese Nebelkerzen langsam einmal vermeiden, dass da irgendwie ein fauler oder ineffizienter Betrieb wäre, der die Kosten der bremischen Abfallentsorgung so in die Höhe treibt. Deswegen halten wir das auch für keinen vernünftigen Punkt in Ihrem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat, und das haben wir in vielen, vielen Fragen bewiesen, immer darauf geachtet, dass die Beteiligungsrechte der Beiräte gewahrt werden. Natürlich sind wir der Auffassung, dass man Beiräte beteiligt. Aber eine Voraussetzung für eine Beteiligung ist, dass man selbst eine Position hat, mit der man zu den Beiräten geht und fragt, was haltet ihr denn von dieser Position. Diese Position muss man erst einmal gemeinsam entwickeln, dann setzt man ein Beteiligungsverfahren in Gang.

Die Vorstufe einer solchen Beteiligung, und auch das machen wir als SPD immer wieder, ist, dass man die eigenen Beiratsmitglieder, die ja normalerweise auch verschiedenen Parteien zugeordnet sind, zuvor über wichtige Vorhaben informiert. Das ist auch in diesem Fall geschehen. Insofern brauchen wir uns auch nicht den Vorwurf gefallen zu lassen, wir würden die Beiräte nicht beteiligen wollen. Das ist völlig absurd. Gerade die SPD sorgt dafür, dass die Beiräte entsprechend einbezogen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Mull.

Abg. Frau **Mull** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So harmonisch, wie Herr Dr. Schuster eben gerade alles hier beschrieben hat, war es doch, so habe ich zumindest den Eindruck, und ich glaube, auch die weiteren Kollegen der CDU-Fraktion, in den vergangenen 14 Tagen oder drei bis vier Wochen nicht. Ich denke, das sollte man vielleicht an dieser Stelle auch einmal aufarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal ein bisschen weiter zurückblicken und auf die Anfänge kommen, nämlich auf die Vorlage von Frau Wischer, die im Mai letzten Jahres in der Deputation verabschiedet werden sollte. Hier ging es zum einen, das wurde schon mehrmals gesagt, um die Einstellung der Sammlung von Papier und Pappe über öffentliche Containerplätze zum 1. Januar 2004 und zum anderen um die Beibehaltung der Straßensammlung von Pappe und Papier in der bisherigen Form als Bündelsammlung. Dabei, das ist bisher nicht gesagt worden, sollte aber die Innenstadt aus der Straßensammlung ausgespart werden, es sollte einen so genannten Innenstadtring geben. Alternativ war sogar angedacht, dies auch auf ältere Stadtreviere wie zum Beispiel Ostertor/Steintor auszuweiten. Das waren Möglichkeiten, Alternativen, die es zu untersuchen galt, die in der Vorlage von Frau Wischer bereits genannt wurden, was heute leider kein Mensch mehr erwähnt.

(Senatorin Wischer: Die aber verworfen worden sind!)

Wir als CDU-Fraktion haben sehr, sehr lange über dieses wichtige Thema beraten. Deshalb haben wir auch immer darum gebeten, die Vorlage noch einmal auszusetzen, weil wir uns durchaus der Problematik bewusst waren, die doch in Sachen Papier, in Sachen Umweltverschmutzung, in Sachen Gebührenstabilität, in Sachen Stadtsauberkeit zu diskutieren war.

(Zuruf der Abg. Frau Hammerström [SPD])

Frau Hammerström, entweder kommen Sie in die Umweltdeputationssitzung, oder Sie melden sich hier gleich, wie Sie möchten, und dann können Sie sich vielleicht Ihre Wortbeiträge, die störenderweise jetzt getätigt werden, sparen, danke schön!

Wir haben deshalb das eine oder andere Mal wiederum diese Vorlage aussetzen lassen, um uns in einer internen Arbeitsgruppe sowohl regional als auch überregional mit Fachverstand, mit sachkun-

digen Leuten zu treffen und uns auseinander zu setzen, um uns ein Bild zu machen, wie sieht es überhaupt im bremischen Umland, wie sieht es in anderen Städten und Ländern in Sachen Abfallwirtschaft aus.

Dann haben wir, immer unter der obersten Prämisse Stadtsauberkeit und Gebührenstabilität, ein internes Papier verabschiedet, das folgende Punkte enthalten hat: Die CDU-Bürgerschaftsfraktion will, dass es bei gleichbleibenden Gebühren wieder die Möglichkeit gibt, 26 Leerungen pro Jahr den Verbrauchern ohne zusätzliche Gebühr nutzbar zu machen, da sie in der Reduzierung auf 17 beziehungsweise 20 Leerungen im Jahr, wie es im jetzigen Konzept steht, zu einem festen Gebührensatz ein Hauptproblem der zusätzlichen Verdreckung der Stadt sieht. Eine deutliche Kostensteigerung wird es seitens der Entsorgungsbetriebe unseres Erachtens nicht geben, da die Müllwagen alle 14 Tage so und so die notwendige Route fahren. Das wurde uns auch so bestätigt.

Als Weiteres sollte es eine Änderung der gesetzlichen Regelungen geben, um einen Abgleich der Einwohnermeldelisten mit den BEB-Gebühren zu ermöglichen. Dann wollten wir die Einführung einer blauen Tonne auf freiwilliger Basis, und nach einer Übergangszeit von einem Jahr sollte auch aufgrund von EU-Richtlinien und Arbeitsschutzbestimmungen die Bündelsammlung abgeschafft werden.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich vielleicht noch an die Diskussion, die hier vor einigen Jahren geführt wurde, als es um die so genannte kleine Tonne ging, die eingestellt werden musste aufgrund dieser arbeitsschutzrechtlichen Maßnahmen, und man sagte uns, dass Gleiches in zirka einem Jahr in Bezug auf die Bündelsammlung auf die Stadt Bremen in Sachen Papier und Pappe zutreffen würde.

Wir sprachen uns weiterhin für die Beibehaltung der Sammelcontainer aus. Wir gehen davon aus, dass die meisten Bürger eigentlich sehr zufrieden sind mit der Möglichkeit, individuell Pappe und Altpapier an Containersammelplätze zu bringen, ohne sich danach richten zu müssen, ob nun in dieser Woche oder an diesem Tag Abfuhr direkt vor der Haustür ist, ob die Bündelsammlung betrieben wird oder nicht. Das ist ein Bequemlichkeitsvorteil, eine Komfortabilität, die wir den Bremer Bürgern gern erhalten wollten.

Verbesserungen beim gelben Sack, das war Konsens mit der SPD. Ferner wollten wir eine Informationskampagne, die insbesondere in Mehrfamilienhäusern um so genannte Müllgemeinschaften wirbt. Das ist sehr, sehr wichtig bei diesem Kon-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

zept, denn dadurch wird es möglich, auch in diesen kleineren, in diesen typischen Altbremer Häusern jeweils eine schwarze, eine gelbe, eine blaue Tonne zu stellen und die Abrechnung über Müllgemeinschaften zu ermöglichen.

Zu guter Letzt, die BEB, und das ist das, was eigentlich auch die Grünen ansprechen, sollte auf einen Rumpfbetrieb zurückgefahren werden. Wenn Sie sich das einmal anschauen im Entsorgungsbetriebsausschuss, wie da die Personalsituation aussieht, sehen Sie, eigentlich hat sich dort seit Einleitung der Privatisierung bis heute personell nicht gerade viel getan. Wenn wir das einmal mit anderen Städten und Ländern vergleichen, wie denn da so die Größenordnungen aussehen und was dort mit weitaus weniger Personalaufwand bewältigt wird, so, denken wir, haben wir hier noch ein hohes Potential, Veränderungen vorzunehmen. Aber Sie haben eben gerade selbst von Herrn Dr. Schuster gehört, solche Diskussionen oder Überlegungen, an dieser Stelle Einsparungen durchzuführen und das bisherige Müllsystem beizubehalten, sind mit der SPD nicht zu machen, was wir sehr bedauern.

Mit den Punkten, die ich eben genannt habe, sind wir also dann in die Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner gegangen. An den Sitzungen haben teilgenommen Frau Senatorin Wischer, Herr Dr. Schuster, mein Fraktionsvorsitzender Jens Eckhoff, Vertreter aus der Verwaltung und ich. Wir sind Punkt für Punkt die einzelnen Positionen durchgegangen, haben sie ausdiskutiert. Hierzu gab es auch schriftliche Vermerke von Herrn Dr. Schuster. Der eine stammt vom 4. November, der andere vom 17. Dezember, also kurz bevor der SPD-Ortsverein Buntentor auf die Barrikaden gesprungen ist und sich erstmalig gegen die Vorschläge ihrer Verhandlungsführer Wischer und Schuster ausgesprochen hat.

Im letzten Vermerk wurde von Herrn Dr. Schuster festgehalten, es wurde Folgendes vereinbart, das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen: Über das System der Restmüllentsorgung soll eine Diskussion geführt werden, inwieweit das System optimiert werden kann. Gegebenenfalls ist ein Gutachterauftrag zur Ermittlung von Handlungsansätzen für weitere Systemoptimierungen zu vergeben. Es sollte ein Abgleich der Einwohnermeldelisten mit den Gebührenlisten der BEB erfolgen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Einwohnervertreibungsprogramm!)

Es sollte Verbesserungen bezüglich des gelben Sackes geben. Eine Werbekampagne für Müllge-

meinschaften wurde ebenfalls unterstützt, und es sind Gespräche mit dem Innenstadtarbeitskreis zu führen, um die Verschmutzung der Innenstadt zu beseitigen.

Zu guter Letzt, die Sammlung von Altpapier soll wie folgt umgestellt werden: Zum 1. Januar 2004 wird das Holsystem blaue Tonne im gesamten Stadtgebiet eingeführt werden, und zum 30. September 2004 werden die Bündelsammlungen und die Altpapiercontainer abgeschafft. Die Recyclinghöfe bleiben unverändert bestehen, so die gemeinsame Absprache, die bis dahin herrschte.

Die CDU wollte das Ganze lieber auf einen Zeitraum von zwei Jahren erstrecken, doch dies war mit der SPD nicht zu machen, sie wollte es nicht. Wir wollten verschiedene Stadtgebiete, vier hatten wir in der Überlegung, um sukzessive diese Umstellung durchzuführen und um auch zu sehen, welche Erfolge, welche Vor- oder Nachteile es gibt bei der Einführung dieser blauen Tonne, in der Hoffnung oder in der Überlegung, dass man dann in dem nächsten Stadtteil, der sich damit zu beschäftigen hat, hier schon wieder eine Optimierung aus den Erfahrungen der vorherigen Stadtteile erzielen kann.

Auf dieser Basis sollten dann die Fraktionen von CDU und SPD befasst werden, und es sollte eine Deputationsvorlage erstellt werden, die in der ersten Sitzung dieses Jahres 2003 beschlossen werden sollte.

So also die Ausführungen von Herrn Dr. Schuster, bevor er und seine Senatorin von seiner Partei und Fraktion im Regen stehen gelassen wurden, anders kann man es meines Erachtens nicht nennen, das wiederholen wir auch gern immer wieder, beziehungsweise Herr Dr. Schuster eine eigenständige Wandlung irgendwie durchmachte, denn irgendwie ging es ja auch um seine Listenplatzaufstellung! Da ging es dann wohl los, dass er sich sagte, oh, ja, was soll das liebe Abfallsystem, letztendlich ist mir mein Listenplatz wichtiger,

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Haben Sie das nötig?)

also kippe ich das Ganze. Man muss dabei auch wissen, dass in all den Gesprächen und Beratungen - -

(Zuruf von der SPD: Das hat aber nicht geklappt!)

Es hat nicht geklappt? Es hat schon geklappt! Er hat einen besseren Listenplatz bekommen, weil er

letztendlich gesagt hat, ich mache es nicht mit. Also ist die Rechnung doch aufgegangen!

(Beifall bei der CDU)

Es gab zu keinem einzigen Zeitpunkt, und wir haben verschiedene Sitzungen gehabt, Einwände, Bedenken, Problematisierungen oder Ähnliches von Frau Wischer oder von Herrn Dr. Schuster, was die Absprachen in der Fraktion betreffen könnte.

(Senatorin Wischer: Das stimmt nicht!)

Mit keinem einzigen Wort wurde gesagt, wir wissen aber nicht, ob wir das Ganze in unserer Fraktion durchbekommen. Es wurde nicht angekündigt, dass es noch zu irgendwelchen Zeitverzögerungen kommen könnte. Es wurde gesagt -

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie interessiert es doch! -, wir werden eine Vorlage erstellen, und die gilt es im ersten Sitzungszeitraum im Februar zu beschließen. Mit Erstaunen haben wir deshalb die Pressemitteilung der SPD vom 6. Januar gelesen.

Soweit eigentlich zu meinen Ausführungen, Herr Mützelburg, weil Sie eben wissen wollten, wozu wir das eigentlich alles wissen sollen! Aber ich denke schon, es ist ganz interessant.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen, wir hätten, das habe ich eben schon angekündigt, über Ihren Dringlichkeitsantrag sehr gern abschnittsweise abgestimmt, doch leider lehnt die SPD Ihren Antrag in Gänze ab. Es gibt so einen netten Satz von den Grünen, wir erwarten einen Bericht zum 31. März, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, und 31. März würde dann wieder bedeuten Befassung mit dieser neuen Vorlage kurz vor der Wahl. Ich glaube nicht, dass die SPD das möchte, und deshalb wohl auch die Begründung, diesen Antrag in Gänze abzulehnen, denn gerade diesen Punkt, Einsparmöglichkeiten bei den BEB, hätten wir doch sehr gern mitgemacht, und auch die Erfahrung und die Kompetenzen der Beiräte hätten wir gern mit aufgenommen. Auch diesen Punkt hätten wir gern unterstützt, Frau Dr. Mathes, aber Sie wissen, wie das in einer Koalition ist, deshalb beugen wir uns dem Koalitionspartner! - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das passt ganz gut, denn ich gebe Ihnen jetzt die Chance, meine Damen und Herren von der CDU, auch zu dem zu stehen! Ich beantrage nämlich getrennte Abstimmung zu den einzelnen Punkten. Diese Punkte sind entweder Eckpfeiler oder Prüfungsaufträge. Es gilt zu prüfen, welche Einsparmöglichkeiten insgesamt bei den Bremer Entsorgungsbetrieben vorhanden sind, wobei ich auch noch einmal den Hinweis gegeben habe, dass die Berechnungsgrundlagen der bisherigen damit prognostizierten Gebührenerhöhung davon ausgehen, dass die Bevölkerung in Bremen sich nicht ändert und auch nicht die Restabfallmenge. Damit könnte die Möglichkeit bestehen, ökologisch sinnvoll und bürgerfreundlich eine Gebührenstabilität zu erreichen.

Ein zweiter Hinweis ist, der, glaube ich, deutlich genug war, dass man auch einmal an der Einnahmenseite drehen kann. Sie drehen immer an der falschen Schraube, an einer Schraube, die dazu führt, dass es Nachteile für die Umwelt haben wird. Unser Vorschlag ist: Nehmen Sie doch einmal eine andere, nämlich eine, die noch zusätzlich, trotz Gebührenstabilität, Gewinn für die Umwelt bringt, mehr Klimaschutz, mehr Papierrecycling! Das ist unser Vorschlag. Mir ist völlig unklar, wie man einen solchen konstruktiven Gestaltungsvorschlag nicht aufgreifen kann, um das gleiche Ziel, das Sie, meine Damen und Herren, haben, dann auch zu realisieren. Herr Präsident, ich beantrage also getrennte Abstimmung!

Ein zweiter Punkt: Ich finde, anschaulicher konnte man doch hier nicht mehr demonstrieren, wie handlungsunfähig Sie sind und dass es Ihnen nicht um die Bürgerinnen und Bürger geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal zu den einzelnen Punkten, die wir haben, das sind so genannte Eckpfeiler, in der Richtung haben Sie sich auch jeweils in der Presse geäußert.

Ein letzter Punkt, den ich schon noch ansprechen müsste, Herr Schuster: Wenn man die SPD-Beiräte beteiligt, dann ist das keine Beirätebefassung. Das Beirätegesetz besagt, dass das in den Beiräten zu beraten ist. Ich nehme Sie jetzt beim Wort: Wenn der Deputationsbeschluss vorliegt, dann, sagen Sie - dazu können Sie gleich noch einmal Stellung beziehen -, wird mit diesem Beschluss in die Beiräte gegangen, dann beraten die Beiräte, und dann wird der Deputationsbeschluss noch einmal modifiziert? So stellen Sie sich das vor? Wenn Sie das so machten, wäre es ein völlig neuer Umgang. Es ist doch Fakt, dass die Beiräte-

tebefassung stattfinden muss, bevor die Deputation beschließt. Wenn Sie mir jetzt hier auf etwas anderes Ihr Wort geben, gut, dann ist es so!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu einigen Punkten will ich doch noch einmal kurz etwas sagen! Zum einen: Welchen Grund es hat, dass sich mein Listenplatz verbessert hat, welchen Grund es hatte, dass ich am Anfang einen schlechten Listenplatz hatte, darüber können wir lange spekulieren. Dazu müsste man das Innenleben der SPD ein bisschen besser kennen, Frau Mull,

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, erzählen Sie doch einmal!)

um darüber etwas zu sagen! Das werde ich hier nicht ausführen. Sie können sicher sein, dass es bei mir bisher wenig daran gemangelt hat, dass ich nicht klar inhaltlich profiliert zu irgendwelchen Themen Stellung bezogen habe, auch wenn sie höchst kontrovers waren und ich dafür manche Prügel eingesteckt habe. Das war nicht der Grund.

(Beifall bei der SPD)

Insofern können Sie sicher sein, dass der Parteitag und das Müllkonzept wenig Zusammenhänge bieten.

Zweite Bemerkung: Ich weiß nicht, wie Sie es in der CDU mit Verhandlungen halten. Mein Verständnis von Verhandlungen, gerade, wenn ich für die SPD mit verhandele, ist, dass ich irgendwann dem Gremium, das mich zu den Verhandlungen entsendet, auch sage, wie das Verhandlungsergebnis ist, welche Einigungsmöglichkeiten da waren, welche von vornherein ausgeschlossen waren, welche Vor- und Nachteile eine entsprechende Vereinbarung hat.

Nicht umsonst war auch vereinbart - das ist das Einzige, was ich zum Verlauf der Verhandlungen sagen will -, dass wir erst darüber öffentlich reden werden, wenn das Ergebnis in den eigenen Fraktionen diskutiert ist. Für mich schloss dies auch immer Diskussionen in der eigenen Partei ein. Das ist gar keine Frage, weil es bei uns in der SPD selbstverständlich ist, dass wir Sachen natürlich mit unserer Basis und mit den uns entsendenden Gremien rückkoppeln.

(Beifall bei der SPD)

Solange das nicht geschehen ist, gibt es keine verbindliche Einigung, da wird auch keiner im Regen stehen gelassen. In der Tat war es unter Abwägung der Vor- und Nachteile für mich kein Problem zu sagen, das ist nicht die richtige Lösung, das können wir so nicht machen. Bevor ein solches Ergebnis akzeptiert wird, müssen wir eher den Nachteil in Kauf nehmen, dass wir uns an dem Punkt eben leider nicht einigen können. Das bedauere ich, denn wir hatten sehr ernsthaft versucht, zu einer Einigung zu kommen. Die ganzen Sachen, auch Ihre Ausführungen zu den Inhalten der Verhandlung, werde ich gar nicht kommentieren, weil das alles überflüssig ist.

Zu der Frage mit den Beiräten, Frau Mathes! Ich finde, man sollte erst dann jemanden beteiligen, wenn geklärt ist, welche Linie man selbst verfolgt. Solange ich nicht weiß, was ich machen will, ist es eine Verhöhnung von Leuten zu sagen, ihr dürft jetzt schon einmal sagen, ob es so oder so ist. Wir haben solch einen guten Kontakt, dass wir im Grundsatz die Probleme des Systems kennen. Wir wissen von unseren Beiräten, dass es sie vor Ort häufig sehr heftig stört, wenn Papier herumfliegt, wie die Probleme mit der blauen Tonne sind. Dazu brauchen wir nicht erst die Beiräte zu fragen, denn das wissen wir schon, weil wir ständig mit ihnen in Kontakt stehen.

Für uns ist es selbstverständlich - und das haben wir in vielen Bereichen, insbesondere im Baubereich, schon mehrfach exerziert -, dass, wenn Beiräte oder Bürger entsprechende Einwände erheben, wir natürlich auch bereit sind, darüber nachzudenken, ob wir wirklich die richtige Lösung hatten. Wir sind auch bereit, unsere Beschlüsse zu verändern und vielleicht sogar ganz zu revidieren. Das ist eine völlig normale Sache. Das werden wir bei jeder Sachfrage machen, und wir achten natürlich die Beteiligungsrechte der Beiräte, das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden den Antrag in Gänze ablehnen. Wir haben keinen besonderen Bedarf an einer nochmaligen - das ist auch schon bei der Kleinen Anfrage der CDU abgefragt worden - Aufbereitung der Frage, ob es bei den BEB Einsparmöglichkeiten gibt oder nicht. Dass es sie gibt, ist uns allen klar. Die Frage ist, ob sie mit diesem Problem zusammenhängen, ob sie Dimensionen erreichen, die uns zur Problemlösung, hier in diesem Fall der Gebührenerhöhung, weiterbringen. Da sind wir unserer Meinung nach entsprechend inhaltlich gerüstet.

Wenn Sie der Meinung sind, Sie müssten dazu Fragen stellen, dann machen Sie das über eine

Kleine oder Große Anfrage, dann haben wir auch noch einmal eine Bürgerschaftsdebatte, wenn es sein soll. Das ist nicht das, wovor wir Angst haben. Wir sind aber nicht bereit, einfach das Parlament hier zu verhöhnern, indem wir sagen, jetzt haben wir doch noch einmal Fragen, die für uns eigentlich klar sind. Das Problem sind unterschiedliche inhaltliche Positionen. Dann müssen wir über die inhaltlichen Positionen streiten, aber nicht noch einmal Fragen stellen. Deshalb sagen wir schlicht nein, aber nicht, weil wir Angst haben, dass das Thema noch einmal vor dem Wahlkampf debattiert wird. Das ist ein Thema, mit dem wir offen umgehen können. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Frau Dr. Mathes, Sie haben getrennte Abstimmung beantragt.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist richtig!)

Ich mache Ihnen den Vorschlag, dass wir die Ziffern 1, 2, 3 und 4 getrennt abstimmen.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich dachte eigentlich, dass die Umweltsenatorin noch das Wort ergreift,

(Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

um zu diesem wichtigen Thema Abfallwirtschaft 2004 etwas zu sagen und die Position des Hauses für Umwelt darzustellen. Ich gehe aber einmal davon aus, dass es vielleicht gleich noch passiert. Das wollte ich eigentlich abwarten, bevor ich noch einige Bemerkungen für die CDU-Fraktion mache.

Frau Mull hat gerade in ihren Ausführungen sehr deutlich das Konzept dargestellt, das wir in der CDU-Bürgerschaftsfraktion im Herbst des letzten Jahres nach einer sehr intensiven Diskussion mit dem Thema Abfallwirtschaft beschlossen haben. Wer sich mit diesem Thema einmal auseinandergesetzt hat, wird feststellen, dass das Problem leider nicht so einfach zu lösen ist wie viele andere Themen, die uns heutzutage bewegen.

Aufgrund von Veränderungen von gesetzlichen Rahmenbedingungen, auch aufgrund einer Privatisierung insgesamt - nicht der Bremer Privatisierung, sondern einer Privatisierung insgesamt -, aufgrund von Ausschreibungsnotwendigkeiten et cetera ist dieses Thema deutlich komplexer ge-

worden, als es zum Beispiel vor acht oder zehn Jahren war. Ich kann es selbst nun auch noch ein bisschen beurteilen, weil ich in der letzten Legislaturperiode als Umweltsprecher auch mit für dieses Thema zuständig war und es daher schon über einen längeren Zeitraum verfolgte.

Man kann im Endeffekt sagen, dass jedes Thema, das man im Bereich der Abfallwirtschaft einzeln hinterfragt, mindestens zu fünf oder sechs Nachfragen führt. Das ist die Eingangsvoraussetzung, auf deren Basis wir uns alle, alle drei Fraktionen, in diesem Haus mit diesem Thema beschäftigt haben.

Wir haben Vorschläge gemacht und sind mit diesen Vorschlägen in die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner gegangen. Es ist überhaupt nichts Ungewöhnliches, dass sich in der einen Fraktion - wahrscheinlich vorher abgestimmt auch mit der Umweltsenatorin - eine Meinung ergibt und dann in einer anderen Fraktion eine in einigen Punkten unterschiedliche, in anderen Punkten durchaus eine sehr ähnliche Auffassung.

Ich will das auch noch einmal an dieser Stelle kurz beschreiben! Der gelbe Sack wird natürlich in den letzten Jahren immer wieder diskutiert. Fragen werden gestellt: Muss es tatsächlich so aussehen? Gibt es keine anderen Möglichkeiten, wenn am Mittwoch in einem Stadtteil abgeholt wird, manche Haushalte am Donnerstag ihren gelben Sack schon wieder hinauslegen und er dann im Endeffekt 13 Tage durch die Stadtteile weht? Die Rattenbelastung im Zusammenhang auch mit der Problematik des gelben Sackes hat uns in vielen Stadtteilen immer wieder bewegt. Da gab es intensive Diskussionen in den Beiräten. Insofern wollen wir einmal nicht so tun, als wenn dieses Thema Abfallwirtschaftskonzept nicht auch natürlich intensivst diskutiert wurde!

Dann gab es diverse Verhandlungsrunden. Davon abgesehen, dass ich es nun auch nicht für eine Katastrophe für Bremen halte, dass es nicht zu dieser Lösung gekommen ist, die man da ausverhandelt hat, was aber doch schon eine neue Qualität auch insgesamt hat, ist, dass man, Herr Dr. Schuster, sich im Endeffekt verständigt und dass, ohne dass man noch einmal eine Diskussionsmöglichkeit bekommen hat, Sie mich dann eine halbe Stunde vor der Fraktionsbefassung angerufen und gesagt haben, all das, worauf wir uns in einem Kompromiss verständigt haben, kann ich leider so jetzt nicht mehr umsetzen, und dass dann entsprechend in der Presse auch nach außen verkauft wurde, Schuster hat selbst vorgeschlagen, wir wollen das jetzt alles nicht mehr so. Da ist es doch noch einmal ganz wichtig, auch hier die Wahrheit zu sagen! Es war allen bewusst,

dass es natürlich, wenn man die blaue Tonne einführt und die Übergangszeit auf ein Dreivierteljahr reduziert, intensive Diskussionen hier in der Stadt geben wird.

Mich freuen dann auch manche Leserbriefe, in denen gesagt wird, die Politiker wohnen alle sowieso nur in großen Villen und kennen dieses Müllproblem nicht. Ich finde, wir sollten das an dieser Stelle schon noch einmal deutlich sagen, dass wir sehr intensiv über die Problematik auch im Viertel, in der Stadtmitte, in Findorff, in der Neustadt, in Walle, in anderen Bereichen gesprochen haben, wie eigentlich eine zusätzliche Tonne zu bewerkstelligen ist. Das war intensiver Gesprächsgegenstand.

Deshalb konnten wir doch alle nicht plötzlich davon überrascht sein, Herr Dr. Schuster, dass nun an der einen oder anderen Stelle auch ein Aufschrei durch die Bevölkerung geht, die damit natürlich vielleicht im ersten Moment nicht so zufrieden ist. Es war Ihr eigener Vorschlag - Frau Mull hat es gerade ausgeführt -, Sie selbst sind in diese Verhandlungsgruppe gegangen und haben gesagt, so ein Quatsch, zwei Jahre Übergangszeit, Erfahrungen sammeln, dann haben wir zwei Jahre Diskussionen in dieser Stadt. Sie haben es doch selbst erkannt an dieser Stelle in der Arbeitsgruppe! Dann haben Sie gesagt, um Gottes willen, das lasst uns einmal reduzieren auf dieses Dreivierteljahr.

Deshalb dann nach außen zu verkaufen, als ob man eigentlich mit dem Kompromiss gar nichts zu tun hätte, als ob man da gar nicht mit am Verhandlungstisch gesessen hätte und man das nun wieder vor- oder hochhält, was die Umweltsenatorin vorgeschlagen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, dies finde ich in höchstem Maße unredlich, und damit streut man der Bevölkerung wirklich Sand in die Augen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch eine neue Qualität der Auseinandersetzung. Ich habe häufiger mit dem Kollegen Böhrnsen schon darüber gesprochen, und er weiß, dass ich an der einen oder anderen Stelle das auch öffentlich kritisiert habe, wenn ich sage, da hat man sich jetzt wieder in die Büsche geschlagen. Er hört das auch gar nicht gern, das kann ich verstehen. Die neue Qualität ist aber - das waren meistens Senatsverständigungen, wo man sich in die Büsche geschlagen hat -, jetzt hat man die eigenen Verhandlungsführer tatsächlich im Regen stehen lassen. Das muss man nur an dieser Stelle zur Kenntnis nehmen.

Herr Dr. Schuster, ich finde, zur politischen Ehrlichkeit gehört auch, dass man natürlich so eine Diskussion fünf Tage vor einem wichtigen Parteitag mit einer Kandidatenaufstellung ungern führt. Ich kann das auch nachvollziehen. Aber es hat natürlich etwas miteinander zu tun gehabt, und nun sagen Sie uns nicht hier, das seien zwei völlig verschiedene Paar Schuhe! Ich finde, das gehört auch zur politischen Ehrlichkeit dazu!

Nun können wir uns nicht einigen, da sage ich auch ganz deutlich, da gibt es Schlimmeres! Wir haben unser Angebot gemacht in den Beschlüssen vom letzten Herbst. Wir müssen das auch an dieser Stelle, finde ich, noch einmal deutlich sagen. Wir sind dafür, Frau Senatorin Wischer, dass wir den Leuten eine Möglichkeit geben, sechsundzwanzigmal den Müll hinauszustellen, ohne dafür eine Gebührenerhöhung zu verlangen, weil wir einfach in dieser Stadt ein Problem haben, dass die Gesamtkapazitäten der Müllentsorgung zu gering sind, und deshalb ist das ein Problem der unsauberen Stadt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns natürlich auch Gedanken darüber machen, wie wir mit der Frage des Altpapiers umgehen. Da haben wir Vorschläge gemacht in unseren Beschlüssen. Wir sind dafür, nach und nach die blaue Tonne einzuführen. Da gibt es Stadtgebiete, in denen es überhaupt kein Problem darstellt, auch eine blaue Tonne zu stellen. Lassen Sie uns mit diesen Stadtgebieten den Anfang machen! Ich bin mir sicher, dass es da eine hohe Akzeptanz für die blaue Tonne geben wird. Lassen Sie uns in diesen Bereichen den Anfang machen, in einem ersten Schritt zur blauen Tonne hin und weg von der Bündelsammlung, weil es einfach ein saubereres System ist und der Stadt zugute kommt und genau das aufgreift, was Rolf Herderhorst vorhin in seiner Rede zur sauberen Stadt gesagt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es macht überhaupt keinen Sinn, lieber Joachim Schuster, Sie haben das vorhin so gesagt, das wäre - -.

(Zurufe von der SPD)

Nein, ich mag ihn ja!

(Heiterkeit - Abg. Frau Jansen [SPD]: Das schadet ihm!)

Das weiß er ja auch! Aber gerade dann darf man auch einmal deutlich in so einer Debatte durchaus die Meinung sagen.

Aber den Eindruck zu erwecken nach dem Motto, es ist kein Problem, da holen ein und dieselben Fahrzeuge die Bündelsammlung und die blaue Tonne ab, so einfach ist es nicht. Die blaue Tonne, lieber Joachim Schuster, das wissen Sie ganz genau, muss ausgeschrieben werden. Das gesamte Verfahren, wenn wir die Stadt damit entsprechend beglücken wollen, muss ausgeschrieben werden. Insofern macht es natürlich keinen Sinn, und das war auch immer unsere Argumentation, in den Stadtteilen, wo wir die blaue Tonne einführen, sozusagen als Alternative auch noch die Bündelsammlung zu erhalten, weil es einfach schizophoren ist, auch vor dem Hintergrund der Gebührensituation, zwei Holsysteme parallel laufen zu lassen. Das werden wir als CDU-Fraktion nicht mitmachen, liebe Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Dann gibt es die entscheidendste Frage, und darüber sind wir jederzeit gern bereit, in eine intensive Diskussion mit Ihnen zu treten, das sind die Aufgaben des Rumpfbetriebes der BEB. Da ist die Diskussion noch längst nicht geführt. Da schrecken mich auch nicht die Zahlen, dass Sie sagen, wir sprechen da über 3,5 Millionen Euro.

Schauen Sie sich die anderen Städte an, mit wie viel Personal die Rumpfbetriebe dort agieren! Sie werden feststellen, in Stuttgart sind es zwischen 15 und 20, in Frankfurt sind es um die 30, und so kann man weitere Zahlen in den einzelnen Großstädten erfragen. Das ist nicht Oberpfaffenhofen, das sind schon vergleichbare Städte. Sie werden feststellen, dass dort mit erheblich weniger Personal im Endeffekt die Aufgaben wahrgenommen werden, die hier auch die Rumpf-BEB machen.

Das wird unsere Aufgabe sein, in den nächsten Jahren festzustellen, an welchen Punkten man im Bereich der BEB entsprechend einsparen kann. Wir haben kein Problem damit, die BEB von ungefähr 100 Mitarbeitern zumindest um die Hälfte zu reduzieren, und dann rechnen Sie einmal aus, was das jährlich für Einsparungen im Bereich der Kostenlandschaft bringt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion!

(Beifall bei der CDU - Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Keine Zwischenfrage im Moment!

Präsident Weber: Herr Kollege, eine Zwischenfrage hätte ich auch nicht zugelassen, weil Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Es blinkt aber gar nichts, Herr Präsident! Das tut mir Leid!

Präsident Weber: Vielleicht hat es schon aufgehört zu blinken!

Abg. **Eckhoff** (CDU): Vielleicht darf ich noch einen Satz sagen!

Präsident Weber: Selbstverständlich!

Abg. **Eckhoff** (CDU): Vor diesem Hintergrund, finde ich, müssen wir jetzt unsere Alternativen auch entsprechend anbieten. Wir hätten gern, Frau Dr. Mathes, die beiden Punkte mitgemacht, was die BEB und auch die Beirätebeteiligung betrifft. Das war leider nicht zu verhandeln. Aber wir sagen Ihnen zu, dass wir auf diese beiden Punkte, die Sie in Ihrem Antrag haben, besonders achten werden. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir dann auch im Lauf dieses Jahres sicherlich einvernehmlich eine vernünftige Mülllösung, vielleicht sogar über alle drei Parteien, hinbekommen werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Zu Müll können alle etwas sagen!)

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich hier heute nicht als Müllexperte darstellen. Das mache ich jetzt als einfacher Abgeordneter. Ich habe etwas gelernt in dieser Debatte, Herr Eckhoff. Ich habe nicht verstanden, warum wir sie so ausführlich geführt haben aus dem Innenleben der Koalitionswohnzimmerdebatte, wo die Grünen dann die nette Tante spielen dürfen, die sich das alles anhören konnte.

Nein, es geht hier offensichtlich um etwas ganz anderes. Es geht bei der Einführung der blauen Tonne oder bei der Beibehaltung der Bündelsammlung überhaupt nicht darum, was uns als Bürgern passt, was wir für die adäquate Lösung halten, was für uns das Bequemste ist. Es geht um die Fortsetzung der Privatisierungsideologie, die Sie betreiben, und Sie wollen einen weiteren

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Bereich schlicht und einfach irgendeinem privaten Unternehmen zuschustern, egal, was es für uns Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt bedeutet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist der Kern Ihrer Ausführungen gewesen, und das verstehe ich jetzt eigentlich erst, und jetzt verstehe ich auch die SPD ein bisschen besser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat getrennte Abstimmung beantragt, so dass ich jetzt über jeden einzelnen der vier Punkte abstimmen lasse.

Ich lasse zuerst über Punkt eins abstimmen.

Wer dem Punkt eins des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Punkt eins ab.

Nun lasse ich über Punkt zwei abstimmen.

Wer dem Punkt zwei des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Punkt zwei ab.

Nun lasse ich über Punkt drei abstimmen.

Wer dem Punkt drei des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Punkt drei ab.

Nun lasse ich über Punkt vier abstimmen.

Wer dem Punkt vier des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt Punkt vier ab. Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich, wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schliesse die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.07 Uhr)